

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Syrien

Jürgen Wagner - Syrien: Giftgasangriffe und die Verstetigung des Bürgerkrieges

Christoph Marischka - Experimentelle Destabilisierung

Drohnen

Christoph Marischka - Drohnenkriegführung über das US AFRI-COM in Stuttgart

Ute Schäfer - „Eine kleine Rüstungsmesse“ Proteste gegen die Drohnenpräsentation in Frankfurt

Deutschland und die Bundeswehr

Thomas Mickan - „Marine live!“ Truppenbesuch bei der Marine in Kiel

Christoph Marischka - „...und irgendwann fahren Panzer drüber“ Ein Beispiel für Geheimdienstforschung und vielsagende Rechtfertigungen

Jürgen Wagner - Deutsche Rohstoffinteressen in Afrika und das Beispiel Kongo

Neue Mächte – Neue Kriege?

Mirko Petersen - Die Multipolarisierung und der falsche Weltordnungsantagonismus

Ägypten

Bernhard Klaus - Ägyptische Militärregierung wird weiter aus der EU unterstützt

Iran

Jürgen Wagner - Iran: Charmeoffensive als Lackmустest



Editorial:

Das Schüren von und Rekurieren auf einen in der Bevölkerung vorhandenen Antiamerikanismus stellt sich zunehmend als beliebtes Vorgehen einer deutschen und europäischen „strategischen Gemeinschaft“ heraus, wenn es darum geht, einer weiteren Aufrüstung und Militarisierung das Wort zu reden. Sehr deutlich wird das gegenwärtig etwa in der Debatte um die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr, für die meist in scharfer Abgrenzung von der Praxis gezielter Tötungen durch die USA geworben wird. Wir haben hingegen schon mehrfach darauf hingewiesen und tun dies in dem Beitrag über das Africom in dieser Ausgabe erneut, wie tief Deutschland bereits jetzt in diese Praxis verstrickt ist.

Besonders ärgerlich jedoch ist es, wenn linke Publikationen eine einseitige und in der Konsequenz pro-interventionistische Perspektive auf Syrien mit der Anrufung antiamerikanischer Klischees

zu kaschieren versuchen. Diesen Eindruck erweckt zumindest ein Beitrag der Redaktion in der aktuellen Ausgabe der von uns ansonsten hoch geschätzten Zeitschrift „Analyse & Kritik“ unter dem Titel „Intervention vertagt, Dilemma bleibt“. Darin kritisiert die Redaktion den „linken Feldherrenblick“ und fordert weiterhin Unterstützung für die syrische „Revolution“ und den dortigen „demokratischen Aufbruch“, wie sie vermeintlich die Gruppe Adopt a Revolution (AaR) leiste, die sich zugleich „klar gegen jedes militärische Eingreifen von außen“ stelle. Letzteres ist schlicht falsch, die Wortführenden von AaR haben sich früh für eine Flugverbotszone ausgesprochen. Im Zuge der aktuellen Diskussion um eine Intervention meinte Sprecher Elias Perabo gegenüber der NWZ: „Die Luftschläge dürfen nur militärische Einrichtungen treffen. Es darf jedoch nicht nur bei ein paar Raketen bleiben... Ich glaube, das Ziel muss sein, ihn [Assad] militärisch

zu schwächen.“ Kritikern dieser Haltung wirft die Redaktion hingegen vor: „Wer nur den Imperialismus und die syrische Opposition kritisiert und dem demokratischen Aufbruch jede Solidarität verweigert, betreibt kostenlose PR-Arbeit für das Assad-Regime“.

Die eigene Analyse der „geopolitischen Interessen des Westens“ fällt hingegen recht dünn, personalisierend und in der Tendenz antiamerikanisch aus, denn der AK-Redaktion fällt hierzu nichts weiter ein, als das Ziehen einer „Roten Linie“ durch Obama und dass die USA nun „den Worten Taten folgen lassen“ müssten, „[u]m nicht als Papiertiger zu erscheinen“. Wir hoffen, in unseren beiden aktuellen Syrien-Beiträgen und einem ausführlichen Text über den „falschen Weltordnungsantagonismus“ demgegenüber eine komplexere Analyse der geopolitischen Dynamiken zu liefern und dadurch zu treffenderen Einschätzungen zu gelangen. *Die Redaktion*

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Christoph Marischka, Drohnenkriegsführung, aus Zeitung gegen den Krieg 36; Δ Christoph Marischka, Experimentelle Destabilisierung, in: Graswurzelrevolution Nr. 382.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Wallpapers RU.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Peter Clausing und Thomas Mickan sind IMI-Beiräte. Mirco Petersen war Praktikant bei der IMI. Berhrad Klaus ist IMI-Mitglied. Ute Schäfer ist bei Pax Christi Idstein aktiv.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist:

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Syrien: Giftgasangriffe und die Verstetigung des Bürgerkrieges

von Jürgen Wagner

Am 21. August 2013 kam es zu einem Giftgaseinsatz in Syrien, dem zahlreiche Menschen zum Opfer fielen¹, soviel ist nahezu sicher. Doch außerhalb dessen sind unzählige Fragen offen: Dies gilt vor allem für die nach wie vor ungeklärte Urheberschaft der Angriffe, mit der sich der erste Teil dieses Artikels beschäftigen wird. Dabei lässt sich zumindest sagen, dass die Fakten, die laut übereinstimmender westlicher Einschätzung zweifelsfrei nahelegen würden, dass Regierungstruppen verantwortlich zu machen seien, eine solch weitreichende Anschuldigung in keiner Weise hergeben. Stattdessen deuten mindestens ebenso viele Indizien darauf hin, dass die Angriffe von Rebellenseite verübt wurden, um so eine westliche Militärintervention zu ihren Gunsten herbeizuführen.

Auch die im zweiten Teil behandelte US-Reaktion auf die Giftgasangriffe sorgt auf den ersten Blick für eine Menge Irritationen. Schließlich hatte Washington (vor allem zusammen mit Frankreich, Großbritannien und den lokalen Komplizen Saudi Arabien und Katar²) viele Jahre lang gezielt auf den Sturz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad hingearbeitet. Doch genau zu dem Zeitpunkt, an dem sich mit den Giftgasangriffen ein „idealer“ Anlass bot, den Bürgerkrieg³ per Militärintervention zugunsten der Aufständischen zu entscheiden, vollzog die US-Regierung einen kompletten Kurswechsel. Schnell war nur noch die Rede von „begrenzten Luftschlägen“ und kurze Zeit später war ein militärischer Angriff ganz vom Tisch. Von einem Regimewechsel will - zumindest im Augenblick - in Washington anscheinend niemand mehr etwas wissen. Betrachtet man die verschiedenen Erklärungsmöglichkeiten für dieses Verhalten, so erscheint es am plausibelsten, dass die USA aktuell tatsächlich kein Interesse mehr an einem Sturz Assads haben, ebenso wenig aber an einem Sieg der Aufständischen und noch weniger an einer Verhandlungslösung. Das derzeit präferierte Szenario scheint darin zu bestehen, eine Verstetigung des Bürgerkriegs zu fördern, um hierdurch US-feindliche Kräfte – die Hisbollah und den Iran auf der einen und radikalislamistische Gruppen auf der anderen Seite – dauerhaft zu binden und zu schwächen.

Die US-Regierung scheint sich dabei ein Beispiel an der US-Strategie im ersten Golfkrieg genommen zu haben, als die USA alles dafür taten, dass sich der Iran und der Irak weiter bekämpften. Das damalige Kalkül scheint auch heute für Syrien zuzutreffen und wurde von Henry Kissinger, einem der Vorgänger Barack Obamas als Friedensnobelpreisträger, mit folgenden Worten bündig zusammengefasst: „Ich hoffe sie bringen sich gegenseitig um!“ (Counterpunch, 19.02.2013)

Teil I: Umstrittene Giftgasangriffe

Man muss kein Freund des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad sein und kann trotzdem anerkennen, dass er sich im bisherigen Verlauf der Auseinandersetzungen durchaus rational verhielt, indem er alles tat, um seine Herrschaft zu erhalten. So besehen müssten ihm die Giftgasangriffe eigentlich mehr als „ungelegen“ gekommen sein. In den Wochen und Monaten zuvor hatten die Regierungstruppen bedeutende Gebietsgewinne verzeich-

net und waren eindeutig dabei, die Oberhand zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund stellt sich insbesondere auch angesichts der von US-Präsident Barack Obama bekanntlich gezogenen „roten Linie“ die Frage, weshalb die Regierungsseite einen militärisch relativ sinnlosen Giftgaseinsatz angeordnet haben sollte. So schreibt etwa

Uli Cremer auf der Homepage der [Grünen Friedensinitiative](#) (22.08.2013): „Welches Motiv sollte das Assad-Regime für den Einsatz von C-Waffen haben? Wir rekapitulieren: Im Sommer 2012 drohen Paris und Washington mit einer Militärintervention, sofern bzw. sobald C-Waffen eingesetzt würden. Daraufhin setzt das Assad-Regime dann immer wieder C-Waffen ein, um beide Regierungen zur Militärintervention einzuladen? Kaum sind die UN-Inspektoren im Land, schon ordnet er den nächsten Chemiewaffeneinsatz an?“

Angesichts dessen sollte man meinen, dass es besonders schlüssiger Beweise bedürfte, um die Assad-Regierung für die Urheberschaft der Giftgasangriffe vom 21. August 2013 verantwortlich machen zu können. Betrachtet man die Argumente aber genauer, so steht die Anklage auf tönernen Füßen und es spricht mindestens ebensoviel dafür, dass es Rebellen waren, die diese Tat verübt haben.

Wacklige westliche Beweislage

Bereits unmittelbar nach den Giftgasangriffen wussten die üblichen Verdächtigen schon ganz genau, dass die Schuld Assad anzulasten sei. Zunächst wurde deshalb teils gar argumentiert, weil die Sache so eindeutig sei, bedürfe der Vorfall überhaupt keiner Untersuchung seitens der Vereinten Nationen. Er sei „absolut davon überzeugt“, dass die syrische Regierung Giftgas eingesetzt habe, gab etwa US-Senator John McCain zu Protokoll: „Wir brauchen keine UN-Bestätigung, auch wenn es gut wäre, eine zu haben.“ (Süddeutsche Zeitung, 26.08.2013)

Nachdem der Untersuchungsbericht der entsendeten UN-Inspektoren dann am 13. September 2013 veröffentlicht wurde⁴, wiederholte sich sofort dasselbe Spiel: Aus dem Dokument sei zweifelsfrei herauszulesen, dass syrische Regierungstruppen verantwortlich wären: „Die technischen Einzelheiten des Uno-Berichts machen deutlich, dass nur das Regime diesen großangelegten Chemiewaffenangriff unternommen haben kann“, sagte Samantha Power, die Uno-Botschafterin der USA. [...] „Es gibt nun keinen Zweifel mehr, dass das Regime Chemiewaffen eingesetzt hat“, sekundierte auch der britische Uno-Botschafter Sir Mark Lyall Grant. Der Bericht habe bestätigt: „Das Regime war verantwortlich.“ Ähnlich äußerte sich Frankreichs stellvertretender Uno-Botschafter Alexis Lamek.“ (Spiegel Online, 16.09.2013)

Auch wenn von vielen Seiten rasch Zweifel angemeldet wurden⁵, wird an diesem Urteil unter Verweis auf den UN-Untersuchungsbericht unbeirrt festgehalten. Tatsächlich hatten die Inspektoren aber nie die Aufgabe, die Urheberschaft der Angriffe zu klären. Sie sollten lediglich untersuchen, ob überhaupt Giftgas eingesetzt wurde. Aufhorchen lässt in diesem Zusammenhang die bislang nicht dementierte Aussage des syrischen Außenministers Walid Muallem, der angibt, es seien die USA und ihre Verbündeten gewesen, die darauf gedrängt hätten, das Mandat in dieser Form zu erteilen: „Wir hatten vorgeschlagen, das Mandat der UN-Experten auch durch die Möglichkeit zu erweitern, die Schuldigen zu ermitteln. [...] Aber die USA und andere Länder wie



US-Präsident Barack Obama mit den beiden Syrien Hardlinern Samantha Power und Susan Rice (sowie mit Tom Donilon). Foto: Whitehouse.gov

Großbritannien sträubten sich dagegen und ließen die Mission nur feststellen, ob Kampfstoffe eingesetzt wurden oder nicht.“ ([Freitag Online](#), 02.10.2013)

Jedenfalls stützen sich die Anschuldigungen gegen Assad im Wesentlichen auf drei Aspekte des UN-Untersuchungsberichts.

Dabei handelt es sich erstens um die beiden Raketen, die im UN-Bericht identifiziert werden konnten und aus syrischen Armeebeständen stammen sollen. Dies ist aber sehr zweifelhaft, wie Ruslan Puchow, Direktor des Moskauer Zentrums für Strategie- und Technologieanalyse, argumentiert. Der eine Raketentyp sei schon lange nicht mehr Teil des syrischen Arsenal, der andere sei es noch nie gewesen: „Das erste Geschoss lässt sich leicht identifizieren: Es wurde im Bericht als 140mm-Rakete vom Typ -14 für den alten sowjetischen Mehrfachraketenwerfer BM-14-17 aus dem Jahr 1952 bezeichnet‘. [...] Die syrische Armee habe alle Mehrfachraketenwerfer BM-14-17 schon längst außer Dienst gestellt, auch die Geschosse des Typs -14 haben ihre Haltbarkeit seit langem überschritten. [...] ‚Das zweite Geschoss vom Kaliber 360 mm stammt offenbar aus einem Eigenbau‘, so der Experte weiter. Er bezweifelte, dass die syrische Armee ‚derart primitive Munition produziert und einsetzt.“ ([RIA Novosti](#), 17.09.2013)

Das zweite westliche Argument bezieht sich auf die Richtung, aus der die Raketen laut UN-Bericht abgefeuert worden sein sollen, ein Gebiet, das sich unter Kontrolle von Assads Truppen befunden haben soll. Allerdings weist etwa Tony Cartalucci in einem Beitrag für das [Ron Paul Institute for Peace and Prosperity](#) (18.09.2013) darauf hin, dass im UN-Bericht lediglich der Begriff „Nordwesten“ verwendet werde. Dies sei überaus vage und könne auch Gebiete außerhalb der Kontrolle von Regierungstruppen umfassen. Darüber hinaus arbeitet Uli Cremer in seiner Analyse für die [Grüne Friedensinitiative](#) (02.10.2013) die eklatanten Unterschiede der US-Einschätzung und des UN-Berichts heraus: „Für den Tathergang ist wichtig, von wo die Trägerwaffen gestartet wurden. Vergleicht man das US-Dokument mit dem UN-Inspektorenbericht im Detail, ergibt sich ein Widerspruch, der medial geflissentlich übersehen wurde: Während das US-Assessment einen Raketenangriff aus dem Nordosten behauptet (aus dem Ort Adra), ist seitens der Inspektoren von „Nordwesten“ die Rede [...]. In dieser Richtung liegt der Kassiu-Berg: ‚Dort befindet sich das Hauptquartier von Assads Elite-Einheit.‘ In gleicher Richtung liegt allerdings auch der von Rebellen kontrollierte Stadtteil Barzeh, den bis Ende September 2013 das Regime trotz massiver Versuche noch nicht zurückerobert hatte.“ Aus der Richtungsangabe lässt sich also in keinem Fall zweifelsfrei auf eine Abschussstelle schließen, die sich unter Kontrolle von Assad-Truppen befand (selbst das wäre von fraglichem Erkenntniswert, da sich Raketenwerfer relativ schnell bewegen lassen). Es scheint ja nicht einmal über die grobe Richtung - Nordost oder Nordwest - zwischen US- und UN-Einschätzung Einigkeit zu geben. Nicht

zu Unrecht findet sich im UN-Bericht eine Passage, in der er selbst auf die fragwürdige Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit seiner Ergebnisse in diesem Zusammenhang hinweist: „Die erforderliche Zeit für eine detaillierte Untersuchung beider Schauplätze und um Proben entnehmen zu können, war sehr begrenzt. Die Schauplätze wurden umfassend von anderen Individuen aufgesucht, sowohl vor als auch während der Untersuchungen. Fragmente und andere mögliche Beweisstücke wurden eindeutig angefasst/bewegt, bevor das Team vor Ort ankam.“

bleibt noch das dritte Argumentationskonstrukt, nämlich dass nur Assad-Truppen über das entsprechende Giftgas verfügen würden. Dem hält Hans

Springstein auf [Freitag Online](#) (16.09.2013) entgegen: „Allgemein wird immer behauptet, die ‚Rebellen‘ seien gar nicht in der Lage, Sarin herzustellen oder einzusetzen. Dazu im Gegensatz gab es seit 2012 mehrere Meldungen, dass bei bewaffneten Extremisten chemische Kampfstoffe gefunden wurden.“ Belegt ist in diesem Zusammenhang etwa, dass türkische Sicherheitskräfte am 30. Mai 2013 einen Wagen anhielten, in dem sie 2kg Sarin fanden und daraufhin 12 Mitglieder der Al-Kaida-nahen Al-Nusra-Front, die in Syrien aufseiten der Aufständischen kämpft, festnahmen ([Global Research](#), 20.09.2013). Dass die Aufständischen zu einem Einsatz von Giftgas zumindest potenziell in der Lage sind, dafür haben laut des [Security Clearance Blogs von CNN](#) (09.12.2012) die „USA und einige europäische Verbündete“ gesorgt. Dem Bericht zufolge hätten von diesen Ländern engagierte Militärdienstleister syrische Rebellen im Umgang mit Chemiewaffen ausgebildet – selbstverständlich offiziell lediglich, um diese bei Eroberung ordnungsgemäß sichern zu können.

Um es deutlich zu sagen: All diese Argumente entlasten keineswegs zweifelsfrei die syrische Regierung, es liegen aber zum jetzigen Zeitpunkt ganz sicher keine glasklaren Beweise vor, die eine Verantwortlichkeit Assads belegen würden.⁶ Die Anklage gegen Assad steht also auf mehr als tönernen Füßen, weshalb der russische Außenminister zu einer gänzlich anderen Einschätzung als seine westlichen Kollegen gelangt: „Sergej Lawrow bleibt hingegen dabei: Die Rebellen hätten die Attacke ausgeführt, um einen internationalen Militärschlag zu provozieren.“ ([Tagesschau Online](#), 17.09.2013)

Giftgasangriff unter falscher Flagge?

Während in den westlichen Medien die „Beweise“ dafür, dass Regierungstruppen für die Giftgasangriffe verantwortlich zu machen seien, in epischer Breite dargelegt werden, finden dem zuwiderlaufende Indizien vergleichsweise geringe Beachtung. Einer der Artikel, der in diesem Zusammenhang für am meisten Wirbel – und Kontroversen – gesorgt hat, wurde auf dem Nachrichtenportal [Mint Press](#) (29.08.2013) veröffentlicht, das dabei als Autoren den jordanischen Journalisten Yahya Ababneh und Dale Gavlak, Korrespondentin der US-Nachrichtenagentur AP, anführt (mehr hierzu später). Nach Befragung zahlreicher Personen vor Ort gelangt der Beitrag zu dem Ergebnis, für die Giftgastoten seien mit hoher Wahrscheinlichkeit Rebellen verantwortlich. Der [Mannheimer Morgen](#) (06.09.2013) fasste die wesentlichen Aussagen des Artikels folgendermaßen zusammen: „Nach Aussagen der befragten Rebellen seien diese von einem Saudi, der unter dem Decknamen Abu Ayesha ein Bataillon von Rebellen gegen Assad anführt, beauftragt worden, verschiedene Waffen, die die ‚Form von Rohren‘ und riesigen Gasflaschen gehabt hätten, in Tunnels zu verwahren. Sie seien nicht informiert worden, worum

es sich bei diesen Waffen gehandelt hätte, noch wie man sie einsetzen würde. Dale Gavlak ist eine seriöse Journalistin, die seit zwei Jahrzehnten aus dem Mittleren Osten für AP, das amerikanische ‚National Public Radio‘ und BBC berichtet. AP allerdings weigerte sich diesmal, ihren Beitrag zu veröffentlichen. Der Artikel erschien erstmals im unabhängigen, im amerikanischen Minnesota stationierten Internetportal ‚Mint Press‘.“

Nachdem der Artikel zunächst zumindest im Netz hohe Wellen schlug, wurde es drei Wochen nach seiner Veröffentlichung dubios: Zunächst teilte Gavlak mit, ihr Ko-Autor Yahya Ababneh habe den Bericht komplett alleine verfasst, sie dränge deshalb über ihren Anwalt darauf, dass das Nachrichtenportal ihren Namen von dem Artikel entferne, was von diesem aber abgelehnt werde. Danach gab sie über ihren Anwalt an, sie habe zwar bei der Übersetzung der Interviews aus dem Arabischen ins Englische und bei der Anfertigung des Artikels geholfen und den Beitrag Mint Press angeboten, noch vor der Veröffentlichung jedoch in einer Mail darum gebeten, nicht als Autorin genannt zu werden ([Global Research](#), 22.09.2013). [Mint Press](#) (21.09.2013) veröffentlichte daraufhin in einer ausführlichen Stellungnahme seine Sicht der Dinge. Man habe korrekt darauf aufmerksam gemacht, dass Gavlak die Interviews vor Ort nicht geführt habe, der Artikel selbst sei aber komplett von ihr verfasst worden, weshalb man sie als Ko-Autorin aufgeführt habe. Das ganze Problem bestehe vor allem deshalb, weil Gavlak, wie die AP-Autorin laut Mint Press in mehreren Mails angedeutet habe, unter „zunehmendem Druck Dritter“ stünde, ihren Namen von dem Artikel zurückzuziehen und so dessen Wahrheitsgehalt zu diskreditieren.

Was genau geschehen ist, bleibt bis zu einem gewissen Grad spekulativ. Phil Greaves erklärt sich die Sache in einem Artikel für [Global Research](#) (22.09.2013) so: „Will man eine hypothetische Erklärung anbieten, so scheint es wahrscheinlich, dass Gavlak den Bericht von einem vertrauenswürdigen Kollegen (Ababneh) erhielt und ihn anonym über ein kleineres Medium schleusen wollte, um mögliche Anfeindungen seitens ihrer Arbeitgeber aus dem Mediengeschäft zu vermeiden; zu dem Zeitpunkt hat Mint Press die kontroverse Natur des Artikels realisiert und Gavlaks Namen hinzugefügt, um seine Glaubwürdigkeit zu stärken (was durchaus sein Recht ist). Wie Gavlak richtig vorhergesehen hatte, wird sie nun unter Druck gesetzt, ihren Namen von der Geschichte zu entfernen und sie so zu diskreditieren. Ob der Bericht selbst wahr ist oder nicht, ist eine ganz andere Sache.“

Weitere Zeugen, die die Rebellen beschuldigen, sind der Lehrer Pierre Piccinin, ursprünglich Sympathisant der Aufstandsbewegung, und Domenico Quirico, Kriegsberichterstatter für die italienische Tageszeitung *La Stampa*. Sie wurden von verschiedenen Rebellengruppen in Haft gehalten und berichteten beide nach ihrer Freilassung, Gespräche belauscht zu haben, die belegen würden, dass die Giftgasangriffe von Aufständischen verübt worden seien. In Deutschland wurden diese Aussagen u.a. von [Frontal 21](#) (17.09.2013) und dem [Tagesspiegel](#) (19.09.2013) aufgegriffen. Hier eine Zusammenfassung von [Radio Utopie](#) (10.09.2013): „So sagte Piccinin in einem Interview mit RTL Radio Belgien, dass es seine moralische Pflicht ist, darauf hinzuweisen, dass nicht die Regierung von Bashar al-Assad Sarin oder andere Arten von Gas in den Außenbezirken von Damaskus eingesetzt hat. Piccinin betonte, dass sie während ihrer Gefangenschaft von der Außenwelt abgeschnitten waren und keine Ahnung davon hatten, dass chemische Waffen eingesetzt wurden. Während diesem Zeitraum hörten sie ein englischsprachiges Skype-Gespräch zwischen ihren Entführern und andere Männern – Rebellen, nicht von der Regierung – über den Einsatz von chemischen Waffen am 21. August in der Nähe von Damaskus als

einen strategischen Schritt der Opposition. In der italienischen Zeitung *La Stampa* sagte Quirico, dass in diesem Gespräch über einen Gasangriff auf zwei Wohnviertel von Damaskus als Provokation gesprochen wurde, um den Westen zu einer militärischen Intervention zu veranlassen. Quirico sagte, dass sie kaum etwas von der Situation im Land und somit nichts von dem Gasangriff in Damaskus erfuhren.“

Wenig Beachtung fand auch ein offener Brief an US-Präsident Barack Obama, der von zwölf ehemaligen, teils hochrangigen US-Geheimdienstmitarbeitern unterzeichnet wurde: „Wir bedauern Ihnen mitteilen zu müssen, daß – entgegen den Behauptungen Ihrer Regierung – Bashar al Assad für den Vorfall mit chemischen Substanzen nicht verantwortlich ist, bei dem am 21. August syrische Zivilisten getötet und verwundet wurden und daß britische Geheimdienstbeamte sich dessen bewußt sind. Mehrere unserer früheren Kollegen haben uns berichtet, daß absolut zuverlässige Geheimdienstinformationen dies eindeutig belegen. [...] Unsere Quellen bestätigen, daß durch einen Vorfall mit chemischen Substanzen am 21. August in einem Vorort von Damaskus Menschen zu Tode kamen und verwundet wurden. Unsere Quellen betonen jedoch, daß dieser Vorfall nicht auf einen Angriff der syrischen Armee mit Chemiewaffen aus ihrem militärischen Arsenal zurückgeht.“ ([junge Welt](#), 10.09.2013)

Ein letzter Hinweis, der die Rebellen belastet, stammt von einer Untersuchung Russlands, deren Ergebnisse von Außenminister Sergej Lawrow so zusammengefasst wurden: „Der Hauptschluss der Ermittlung durch russische Experten besteht darin, dass der Typ Sarin, der bei Aleppo angewendet wurde, primitiv ist. Wir haben auch Zeugnisse, dass das Sarin, das am 21. August bei Damaskus eingesetzt wurde, identisch war, nur in größerer Konzentration.“ ([RIA Novosti](#), 26.09.2013) Diese Aussage ist insofern hochgradig brisant, als sie nahelegt, dass die Täter der Giftgasangriffe in Aleppo im März und in Damaskus im August 2013 entweder identisch waren oder zumindest mit extrem hoher Wahrscheinlichkeit demselben Lager angehören. Was die Angriffe in Aleppo - und damit wohl auch in Damaskus – anbelangt, so gibt es mit Carla del Ponte jedoch eine zumindest bis zu diesem Zeitpunkt im Westen als seriös und glaubwürdig geltende Person, die die Rebellen schwer belastete. Die ehemalige Chefin der Schweizer Staatsanwaltschaft geht als Mitglied der Uno-Sonderkommission für Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Syrien davon aus, dass die Giftgasangriffe von der Opposition verübt wurden: „In einem Interview für die Schweizer Fernseh- und Radioanstalt ‚Radiotelevisione Svizzera‘ stellte sie fest: Ausgehend von den Angaben, die die Kommissionsmitglieder nach ihren Besuchen in an Syrien angrenzenden Ländern bekommen haben, könne man den Schluss ziehen, dass ‚die Opposition und nicht die Regierung‘ C-Waffen, speziell Sarin, eingesetzt hätten. Entsprechende Zeugenaussagen haben die Mitglieder der Kommission von ‚Ärzten, Betroffenen und Mitarbeitern von Feldspitälern‘ bekommen.“ ([RIA Novosti](#), 06.05.2013)

Auch hier handelt es sich keineswegs um glasklare Beweise für eine Täterschaft der Aufständischen, festzuhalten ist aber, dass dies mindestens ebenso wenig für eine Verantwortlichkeit der Regierungsseite zutrifft. Unverantwortlich ist es in jedem Fall zum aktuellen Zeitpunkt das weitere Vorgehen von der Annahme abhängig zu machen, man wisse zweifelsfrei, was in Syrien im Zusammenhang mit den Giftgasangriffen geschehen sei.

Teil II: Die US-Syrien-Strategie: Drei Erklärungsmodelle

Trotz aller ungeklärten Fragen halten die USA weiter an ihrer Einschätzung fest, die Giftgasangriffe seien von Assad-



Das Giftgas vom 21. August 2013 soll von dem Mehrfachraketenwerfer BM 14-17 abgeschossen worden sein. Hier der ähnlich aussehende sechs Jahre ältere Vorgänger, der 1953 in Serie ging. Foto: Lvova Anastasiya. CC-Lizenz (Wikipedia)

Truppen verübt worden. Wie erwähnt, hatte es dabei zunächst den Anschein, als sei die Entscheidung für einen militärischen Angriff bereits beschlossene Sache, bis die US-Regierung dann aber bereits wenige Tage nach den Giftgasangriffen von Präsidentensprecher Jay Carney verkünden ließ: „Die Optionen, die wir erwägen, drehen sich nicht um einen Regimewechsel.“ ([Deutsche Welle](#), 27.08.2013) Für diese erstaunliche Entwicklung bieten sich im Wesentlichen drei Erklärungsmöglichkeiten an, die im Folgenden – nach Plausibilität geordnet – in den Blick genommen werden sollen.

Kritische Antikriegsmasse?

Durchaus denkbar ist, dass die US-Regierung schlichtweg entschied, dass die politischen Risiken eines Militärschlages zu hoch geworden waren. Dafür spricht zunächst einmal der heftige Widerstand Russlands, das mehr als deutlich angekündigt hatte, einen weiteren Regimewechsel per „Libyen-Option“ nicht hinnehmen zu wollen. Darüber hinaus ist Washington international zwar nicht vollkommen isoliert, an einer Militärintervention will sich außer Frankreich aber so gut wie kein Staat direkt beteiligen, nachdem sogar das traditionell fest an US-Seite stehende Großbritannien die Gefolgschaft verweigerte.⁸ Dies trug dann auch nicht gerade zur Popularität einer Militärintervention bei, die von einer großen Mehrheit der US-Bevölkerung ohnehin abgelehnt wird. „Nur neun Prozent befürworten nach einer Reuters-Ipsos-Umfrage vom 23. August ein Eingreifen in Syrien, 60 Prozent sprechen sich dagegen aus. Selbst wenn dem Assad-Regime ein Giftgasangriff nachzuweisen wäre, wären nur 25 Prozent für eine Intervention und immer noch 46 Prozent dagegen.“ ([Die Welt](#), 25.08.2013)

Träfe diese Einschätzung zu, so wäre das von US-Außenminister John Kerry vorgelegte Angebot, Syrien könne einem Militärschlag entgehen, wenn es bereit sei, seine Chemiewaffen zu vernichten, in sich schlüssig. Hierdurch wurde eine unliebsame Intervention vermieden, ohne trotz der roten Linien vollständig das Gesicht zu verlieren, indem argumentiert werden konnte, erst die Drohung mit Gewalt habe Assad in dieser Sache verhandlungsbereit gemacht.

Hiergegen spricht allerdings, dass sich die US-Regierung von völkerrechtlichen Bedenken, dem Widerstand anderer Staaten oder von der Skepsis der eigenen Bevölkerung bislang noch nie von einem Krieg hat abbringen lassen, sollte sie entschieden haben, dass er im nationalen Interesse liegt. Vor allem aber stellt

sich die Frage, weshalb Washington weiter alles dafür tut, den Bürgerkrieg zu verstetigen (siehe unten). Denn wenn es wirklich darum ginge, „glimpflich“ aus der Sache herauszukommen, so würden sie dies tunlichst unterlassen. Generell deutet also wenig darauf hin, dass sich die Obama-Regierung ernsthaft für eine Deeskalation entschieden hat.

Betriebsunfall – Krieg weiter geplant?

Eine andere Erklärungsmöglichkeit für das Verhalten der US-Regierung könnte darin bestehen, dass sie nie wirklich die Absicht hatte, von einer Militärintervention und dem Ziel eines Regimewechsels abzurücken. Die Vehemenz, mit der seit Jahren hierauf hingearbeitet wurde, spricht eindeutig für diesen Verdacht. Auch die Zielstrebigkeit, mit der versucht

wurde, Assad für die Giftgasangriffe verantwortlich zu machen und parallel dazu die „Notwendigkeit“ von Militärschlägen ins Spiel zu bringen, passt in dieses Bild. Zumal einflussreiche Regierungsmitglieder, allen voran die nationale Sicherheitsberaterin Susan E. Rice und UN-Botschafterin Samantha Power, nach wie vor massiv auf eine Militärintervention drängen.

Auch in der Ende September 2013 gehaltenen Rede von US-Präsident Barack Obama vor der UN-Generalversammlung gibt es wenig Hinweise darauf, dass die USA von dem Ziel, einen Regimewechsel in Syrien herbeiführen zu wollen, abgerückt wären: „Ein Führer, der seine Bürger dahingeschlachtet und Kinder zu Tode vergast hat, kann keinerlei Legitimität zurückgewinnen, ein schwer zersplittertes Land zu führen. Die Vorstellung, Syrien könnte zu einem Prä-Kriegsstadium zurückfinden, ist reine Fantasie. Es ist an der Zeit, dass der Iran und Russland realisieren, dass ihr Beharren auf Assads Herrschaft direkt zu dem Ergebnis führen wird, das sie fürchten: ein zunehmend gewaltsamer Raum, in dem Extremisten operieren können.“ ([New York Times](#), 24.09.2013)

So besehen könnte es sich bei Kerrys Äußerung, eine Vernichtung der Chemiewaffen könne eine Intervention abwenden, um eine Art „Versehen“ gehandelt haben – dies legt zumindest die eilig nachgeschobene, aber zu späte Klarstellung des US-Außenministers nahe: „Der Durchbruch begann mit einer beiläufigen Bemerkung. US-Außenminister John Kerry war nach London gereist, um über die ausweglose Situation in Syrien zu beraten. Da sagte Kerry den Satz, der viel mehr veränderte, als der erfahrene Diplomat beabsichtigte. Die syrische Regierung, so Kerry, könne ihre Chemiewaffen unter internationale Kontrolle stellen und so einem Militärschlag entgehen. Das stiftete erst einmal: Verwirrung. Später betonte Kerry, das sei nur ‚rhetorisch gemeint‘ gewesen, doch da war es schon zu spät. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hatte aus dem Satz bereits ein konkretes Angebot gemacht.“ ([Süddeutsche Zeitung](#), 14.09.2013)

Aus dieser Sicht war das Kind mit Kerrys unbedachter Äußerung im Brunnen, eine Intervention war nun nicht mehr ohne weiteres durchführbar. Auch die Versuche, in der betreffenden UN-Resolution die Tür für einen Militärschlag wieder weit aufzustoßen, scheiterten: „Einer internationalen Militärintervention in Syrien wird ein bedeutendes Hindernis in den Weg gestellt. Der ausgehandelte Entwurf für eine UN-Sicherheitsrat-Resolution sieht keinen Automatismus vor, wonach die syrische Regierung bei Nichteinhaltung der Abmachungen unweigerlich militärische Strafmaßnahmen auslöst. Dazu braucht es eine erneute Entschei-

derung des UN-Sicherheitsrates. Diese kann nur mit Zustimmung Russlands und China erfolgen. So wurde eine weitere Eskalation des Krieges in Syrien zunächst verhindert.“ ([Telepolis](#), 27.09.2013)

Gegen diese Interpretation spricht allerdings vor allem eines, nämlich dass die USA allem Anschein nach tatsächlich kein Interesse mehr an einem Sturz Assads haben. Dies hängt maßgeblich mit der „Radikalisierung“ der Aufstandsbewegung zusammen, über die seit Kurzem recht konkrete Erkenntnisse vorliegen. So kommt eine neue Studie der Beratungsfirma IHS Jane's (Spezialgebiet Militärfragen) zu dem Ergebnis, insgesamt bestünde die Aufstandsbewegung aus 100.000 Kämpfern. Diese würden sich allerdings auf etwa 1.000 unterschiedliche Gruppen verteilen, die gegen die Regierung (und zunehmend auch untereinander⁹⁾ kämpfen. Etwa 10.000 Aufständische würden direkt von Al-Kaida kontrolliert und 30.000-35.000 weitere seien als „Dschihadisten“ einzustufen, die Al-Kaida naheständen. Moderaten islamischen Fraktionen werden schließlich etwa 30.000 Kämpfer zugeordnet ([Antiwar.com](#), 15.09.2013). „In der bewaffneten Opposition dominieren Gruppen, die die Ideen der Islamisten in diesem Konflikt zumindest teilen. Die Idee, dass weltliche Oppositionsgruppen in diesem Konflikt kämpfen, ist unbegründet“, wird Charles Lister, der Verfasser des Berichts, zitiert ([RIA Novosti](#), 16.09.2013).

Die von Jane's diagnostizierte Radikalisierung der Aufstandsbewegung dürfte sich durch die am 25. September 2013 verkündete Abspaltung von dreizehn bewaffneten Gruppen, die laut [Washington Post](#) (25.09.2013) rund 75% der bewaffneten syrischen Aufständischen repräsentiert, noch weiter verschärfen. Die Gruppen haben sich zu einer Art „Islamistischen Allianz“ (IA) zusammengeschlossen und mit der vom Westen gestützten Nationalen Syrischen Koalition (und ihrem militärischen Arm, der Freien Syrischen Armee) gebrochen, die – so heißt es in einer IA-Erklärung – „uns nicht repräsentiert und die wir nicht anerkennen.“ Stattdessen fordern die IA-Gruppen in ihrem ersten Internetvideo, das als „Kommentar Nr. 1“ bezeichnet wurde, „alle militärischen und zivilen Gruppen auf, sich in einem eindeutig islamischen Kontext zu vereinigen, der auf dem Scharia Recht als einziger Quelle der Rechtsprechung basiert.“ ([Strategic Culture Foundation](#), 30.09.2013) Die Gründung der IA sei, wie Dmitry Minin plausibel argumentiert, ursächlich darauf zurückzuführen, dass die Versuche gescheitert sind, den Westen zu einer Militärintervention zu bewegen, was die besagten IA-Gruppen dazu veranlasst habe, nun die Masken und damit auch jeglichen pseudodemokratischen Anstrich fallenzulassen (ebd.).

Faktisch sind die mutmaßlich als „moderat“ geltenden pro-westlichen Kräfte der Nationalen Koalition bzw. der Freien Syrischen Armee stark geschwächt und marginalisiert, weshalb davon auszugehen ist, dass nach einem Sturz Assads radikalislamistische Gruppen die Kontrolle im Land übernehmen würden. Dies erklärt wiederum die Tatsache, dass die US-Regierung in den letzten Wochen und Monaten eine zunehmende Skepsis gegenüber der Aufstandsbewegung an den Tag legte, deren Sieg inzwischen nicht mehr im Interesse Washingtons zu liegen scheint. So erklärte US-Generalstabschef Martin Dempsey am 19. August 2013: „In Syrien geht es nicht darum, sich für eine von zwei Seiten, sondern für eine von vielen Seiten zu entscheiden. [...] Ich bin der festen Auffassung, dass die Seite, die wir wählen, in der Lage sein muss, sowohl ihre als auch unsere Interessen zu verfolgen, sollte sich die Balance zu ihren Gunsten verändern. Gegenwärtig ist sie es nicht.“ ([CBSNews](#), 21. August 2013)

Verstetigung des Bürgerkrieges als präferierte Option

Einen Sieg der Rebellen wollen die USA also ebenso wenig, wie dass sich Assad durchsetzt – was bezwecken sie aber dann?

Um diese Frage zu beantworten, gilt es zunächst zu klären, wie realistisch die jüngste Ankündigung der USA und Russlands ist, im November 2013 mit Friedensverhandlungen beginnen zu wollen – schließlich ist es nicht die erste Absichtsbekundung dieser Art. Wie außerdem erst kürzlich bekannt wurde, wurde eine bereits vor über einem Jahr von Kofi Annan vermittelte Einigung mit Russland, in Kürze Friedensverhandlungen aufzunehmen, von den USA systematisch hintertrieben: „Frühere Mitglieder von Annans Verhandlungsteam geben an, dass es – nachdem die damalige Außenministerin Hillary Clinton und Russlands Außenminister Sergei Lawrow am 30. Juni 2012 ein von Annan verfasstes Kommuniqué unterzeichnet hatten, das eine politische ‚Transition‘ in Syrien forderte – ein ebenso großes Momentum gab, einen Deal zu erreichen, wie ihn Kerry ein Jahr später über chemische Waffen erzielte. Danach flog Annan von Genf nach Moskau und gewann etwas von dem er glaubte, es sei die Zustimmung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, damit zu beginnen, hinter den Kulissen auf Assads Abtritt hinzuwirken. Aber urplötzlich gaben beide, die USA und Großbritannien, öffentliche Stellungnahmen ab, in denen Assads Abtritt gefordert wurde, wovon sich Annan überrumpelt fühlte. Unmittelbar danach, legte die damalige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Susan Rice, gegen Annans Rat eine ‚Kapitel-7-Resolution‘ vor, die die Tür für Gewaltanwendung gegen Assad aufstieß, was Annan für voreilig hielt. Annan trat einen Monat später zurück.“ ([National Journal](#), 03.10.2013) Vor diesem Hintergrund lässt sich die Skepsis von Annans Nachfolger als Syrien-Sondergesandter der Uno, Lakhdar Brahimi, wohl besser nachvollziehen, der erklärte er sei skeptisch, ob es gelinge die Gespräche auf den Weg zu bringen ([Spiegel Online](#), 06.10.2013).

Sicher lässt sich argumentieren, dass sich die Bedingungen vor Ort seit Sommer 2012 radikal verändert haben und die USA hierdurch ein gesteigertes Interesse an Friedensverhandlungen haben könnten. Wenn dem aber so wäre, weshalb um alles in der Welt wurden dann die Waffenlieferungen an Teile der Rebellen nach den Giftgasangriffen noch einmal deutlich intensiviert ([Washington Post](#), 11.09.2013)?

Offiziell heißt es dazu, nur so könne Assad zu Gesprächen gezwungen werden. Doch die Aussichten auf Friedensverhandlungen verschlechtern sich durch die Lieferung von Waffen, weil sie die Gesprächsbereitschaft der Rebellen massiv unterminiert, worauf etwa eine Analyse des [European Council on Foreign Relations](#) (24.05.2013) warnend hingewiesen hat: „Das Problem der mutmaßlichen Genf-2-Anstrengungen ‚für den Frieden aufzurüsten‘ besteht darin, dass selbst eine begrenzte westliche Militärunterstützung das Streben der Opposition nach einem vollständigen Sieg verstärkt (was auch für die fortgesetzte Ausrüstung der Regierung zutrifft; beides muss enden), was innerhalb der Opposition gegen eine Akzeptanz für die Notwendigkeit arbeitet, Kompromisse und Machtteilung zu suchen. [...] Begierden werden befördert, dass, wenn der Westen erst einmal direkt im Spiel ist, der Grad der Intervention sich unweigerlich erhöhen wird.“ Konsequenterweise will selbst die – im Vergleich zu den Radikalislamisten – als „moderat“ geltende Freie Syrische Armee von Verhandlungen derzeit dem Vernehmen nach nichts wissen. Ihr Generalstabschef Selim Idriss erklärte in Reaktion auf die Option zur Zerstörung der syrischen Chemiewaffen: „Wir werden den Vorschlag vollständig ignorieren und bis zum Sturz des Regimes weiterkämpfen.“ ([Zeit Online](#), 14.09.2013)¹⁰

Für Friedensgespräche sind Washingtons Waffenlieferungen also kontraproduktiv – ebenso wenig tragen sie jedoch zu einem Sieg der Aufständischen bei, wie US-Generalstabschef Martin Dempsey betonte. Damit könne lediglich die gegenwärtige Übermacht der Assad-Truppen ausgeglichen werden, wodurch die Auseinandersetzung aber drohe in eine „Sackgasse“ zu geraten (*junge Welt*, 19.04.2013). Und womöglich ist es genau diese „Sackgasse“, in die man die Auseinandersetzung hineinsteuern möchte. Denn wenn die USA durch die Intensivierung der Waffenlieferungen an Teile der Rebellen lediglich noch weiter Öl ins Feuer gießen, sie den Bürgerkrieg damit verstetigen und jede Aussicht auf Friedensverhandlungen zunichtemachen, so liegt der Verdacht nahe, dass genau dies das Ziel der aktuellen US-Politik ist.

Gemäß diesem – wohl plausibelsten – Erklärungsversuch der gegenwärtigen US-Strategie stellt derzeit eine Art „Abnutzungsbürgerkrieg“ die bevorzugte Option dar. Denn ein fortdauernder (Bürger)Krieg bindet und schwächt auf der einen Seite Kräfte der feindlichen „Schiitischen Achse“ (Hisbollah, Syrien, zunehmend auch Irak, vor allem aber der Iran), die sich hauptsächlich im Kampf mit den ebenfalls anti-amerikanischen radikalislamistischen Gruppen gegenseitig aufreiben sollen. So wird etwa auf *Time.com* (14.06.2013) spekuliert, Ziel der USA sei es, „gerade einmal genug zu tun, dass beide Seiten weiterkämpfen. Das Assad-Regime stützt sich für die Kämpfe im Land zunehmend auf die Hisbollah. Die Rebellen stützen sich wiederum auf Dschihadisten und Al-Kaida-Verbündete, um zurückzuschlagen. Manche Kreise mögen es als nicht die schlechteste Sache sehen, die beiden aktivsten anti-amerikanischen Terrororganisationen dazu zu bewegen, sich weiterhin gegenseitig zu bekämpfen.“ In etwa dieselbe Richtung geht die nachvollziehbare Einschätzung des gewöhnlich gut informierten Nachrichtendienstes *Strategic Forecast* (14.06.2013): „Das strategische Interesse der USA besteht darin, nicht tiefer in einer weiteren uralten sektiererischen Blutfehde zu versinken, die die US-Fähigkeit ihre Position in anderen Ecken der Welt zu halten, beeinträchtigt. Der Iran kann aufgrund der jüngsten Erfolge der Loyalisten in Syrien Zuversicht an den Tag legen, aber hierbei handelt es sich nicht um einen Konflikt, der bald enden wird. Er wird deshalb immer größere Opfer von Syriens Verbündeten fordern, um zu verhindern, dass die Alawiten an Boden gegenüber der sunnitischen Mehrheit einbüßen. Aus Sicht der USA ist das keine schlechte Sache.“¹¹

Anmerkungen

- 1 Die genaue Zahl der Todesopfer ist vollkommen unklar und wird sehr unterschiedlich angegeben: „Die Amerikaner sprechen von 1429, darunter 426 Kindern, der britische Geheimdienst von mindestens 350 und die Franzosen von 281 Toten.“ (*Mannheimer Morgen*, 06.09.2013)
- 2 Die Aufzählung dieser Protagonisten soll nicht bedeuten, dass Deutschland keine unrühmliche Rolle bei der Unterstützung der Eskalation gespielt hätte, allerdings war die der oben benannten Länder deutlich größer. Siehe zur deutschen (und europäischen) Rolle etwa *IMI-Studie* 2012/12.
- 3 Ob angesichts der vielfältigen Einflussnahmen von außen mit Blick auf Syrien wirklich von einem Bürgerkrieg gesprochen werden kann, ist zumindest fraglich. In Ermangelung eines treffenderen Begriffs wird er hier jedoch ebenfalls verwendet.
- 4 *United Nations Mission to Investigate Allegations of the Use of Chemical Weapons in the Syrian Arab Republic*, Report on the Alleged Use of Chemical Weapons in the Ghouta Area of Damascus on 21 August 2013.
- 5 schrieb etwa Clemens Ronnefeldt auf der Homepage des *Versöhnungsbunds* (17.09.2013): „Nach intensiver Lektüre des Dokumentes [...] konnte ich keinen einzigen Satz oder Abschnitt im UN-Dokument finden, der die Interpretation rechtfertigt, dass Truppen des Regimes von Präsident Baschar al-Assad die Urheber sind.“

- 6 Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass *Spiegel Online* (16.09.2013) unter Verweis auf Aussagen der amerikanischen UNO-Botschafterin Samantha Power angibt, ausgerechnet die „professionelle“ Machart der Waffen belege die Verantwortlichkeit von Regierungstruppen. Tatsächlich handelt es sich aber um vollkommen veraltete und ungenaue Waffen. Nachdem die allgemein als bestens ausgerüstet geltende syrische Armee über deutlich modernere und zuverlässigere Systeme verfügt, stellt sich zu Recht die Frage, weshalb sie für den Einsatz auf ein solches Equipment zurückgegriffen haben sollte.
- 7 In diesem Zusammenhang geisterte bereits kurz nach den Giftgasangriffen die u.a. von *Bloomberg* (28.08.2013) kolportierte Mitteilung durch den Raum, eine (anonyme) UN-Quelle habe bestätigt, die USA hätten Telefonate abgefangen, die belegen würden, Maher Assad, der jüngere Bruder von Baschar al-Assad, habe den Einsatz autorisiert. Auch diese Meldung erscheint mittlerweile mehr als fragwürdig, nachdem der renommierte Journalist Robert Fisk im *Independent* (19.09.2013) schrieb, er stünde in Kontakt mit einem aus seiner Sicht glaubwürdigen Augenzeugen, der diese Aussage widerlege und zur fraglichen Zeit mit den infrage kommenden Einheiten vor Ort unterwegs gewesen sei.
- 8 Der britische Premier David Cameron hatte eine Beteiligung an einer möglichen Syrien-Intervention von einem positiven Votum des Parlaments abhängig gemacht, was zur Folge hatte, dass das britische Unterhaus dies knapp (285 zu 272 Stimmen) ablehnte.
- 9 Berichte, denen zufolge es zu vermehrten Kämpfen unter den Aufständischen kommt, gibt es schon länger. Bislang dominierten allerdings Auseinandersetzungen zwischen radikalislamistisch und kurdischen und/oder säkularen oder als „moderat“ islamisch geltenden Gruppen. So wurde im September 2013 die nahe der Türkei gelegene Stadt Azaz von radikalislamistischen Kräften erobert und die Freie Syrische Armee vertrieben, wie u.a. die *BBC* (20.09.2013) berichtete. Nun scheinen aber besagte radikalislamistische Gruppen auch begonnen zu haben, sich untereinander zu bekämpfen, wie das Nachrichtenportal *NOW* (23.09.2013) berichtet. Demzufolge sei es am 20. September 2013 in der Stadt Shaddadi zu Kämpfen zwischen den beiden Al-Kaida nahen Gruppen Islamic State of Iraq and al-Sham (ISIS) und Jabhat al-Nusra (JN) gekommen.
- 10 Die zunehmende Marginalisierung der Freien Syrischen Armee könnte allerdings dazu führen, dass sie in absehbarer Zeit die Ablehnung von Verhandlungen überdenken – zumal sie zunehmend in Kämpfe mit radikalislamistischen Gruppen verwickelt ist. Jedenfalls berichtete Robert Fisk im *Independent* (30.09.2013), es habe bereits ein Treffen einer Delegation der Freien Syrischen Armee mit einem hochrangigen Regierungsmitglied stattgefunden, in der die Möglichkeiten für die Aufnahme von Friedensverhandlungen erörtert worden seien.
- 11 Dies scheint auch im Interesse Israels zu sein, wie der bereits zitierte Brief ehemaliger US-Geheimdienstler unter Verweis auf einen Artikel der *New York Times* (05.09.2013) betont: „In einem wichtigen Artikel in der [...] New York Times widmet sich die Jerusalem Korrespondentin Judi Rudoren in ungewöhnlich offener Weise den israelischen Beweggründen. In dem Artikel ‚Israel Backs Limited Strike Against Syria‘ (Israel unterstützt begrenzten Militärschlag gegen Syrien) berichtet sie, daß die Israelis etwas weniger hörbar argumentieren, daß kein Ergebnis das beste Ergebnis des zweieinhalbjährigen syrischen Bürgerkriegs wäre, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Rudoren fährt fort: ‚So schrecklich er – unter humanitären Gesichtspunkten – auch sein mag, für Jerusalem ist der Status quo besser als ein Sieg der Assad-Regierung und seiner iranischen Unterstützer oder die Stärkung der Rebellengruppen, die zunehmend von den sunnitischen Dschihadisten dominiert werden. ‚Dies ist ein Entscheidungsspiel, in dem beide Teams verlieren sollten, oder zumindest, in dem keines gewinnen sollte – wir würden uns mit einem Unentschieden zufriedengeben, sagte Alon Pinkas, der ehemalige israelische Generalkonsul in New York. ‚Beide sollten bluten, sich zu Tode bluten: das entspricht dem strategischen Denken hier. Solange es so weitergeht, geht von Syrien keine wirkliche Gefahr aus.‘“ (*junge Welt*, 10.09.2013)

Experimentelle Destabilisierung

von Christoph Marischka

In gewisser Weise scheint der mutmaßliche Einsatz von Giftgas in Vororten von Damaskus am 21. August 2013 das Beste zu sein, was der Regierung Assad passieren konnte. Denn plötzlich wird sie international wieder als Regierung anerkannt.

Der Präsident, dessen Rücktritt etwa die Bundesregierung bereits im Mai 2011 gefordert hatte – während ihre Verbündeten mit einer ähnlichen Begründung Libyen mit dem Ziel eines Regime Change bombardierten – beantragte den Beitritt Syriens zur Chemiewaffenkonvention, der von den Vertretern Russlands, den maßgeblichen NATO-Staaten und dem UN-Generalsekretärs begrüßt wurde. Gut zwei Jahre zuvor hatte u.a. die Bundesregierung die diplomatischen Kontakte zur syrischen Regierung fast vollständig eingefroren, später gemeinsam mit der EU und den „Freunden Syriens“, die Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte als „legitime Vertreter der Bestrebungen des syrischen Volkes“ anerkannt.

Zwei Jahre lang hatte die Bundesregierung nichts dagegen einzuwenden, dass ihre Partnerstaaten Waffen an die Opposition lieferten und hat sie auch selbst ihre Hilfslieferungen lieber (streng genommen) illegal und humanitäre Prinzipien verletzend über von den Rebellen besetzte Grenzposten in die von Rebellen gehaltenen Gebiete geliefert, als mit der syrischen Regierung zusammenarbeiten bzw. ihre Hoheit über das syrische Territorium anzuerkennen. Im Rahmen der EU hat sie noch im Mai 2013 mitgetragen, dass das EU-Waffenembargo gegen Syrien nicht verlängert wird, weil u.a. Frankreich und Großbritannien die Rebellen auch offen und mit schwererem militärischen Gerät unterstützen wollten. Am 10. September 2013 hingegen, knapp drei Wochen nach dem mutmaßlichen Giftgasangriff, begrüßte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton die Vorschläge, die syrischen Chemiewaffenbestände unter internationale Kontrolle zu stellen, und bot hierbei die Hilfe der EU an. Weiter heißt es in der entsprechenden Pressemitteilung: „Wir erwarten von den syrischen Autoritäten, volle Verantwortung dafür zu übernehmen, dass ihre chemischen Waffen bis zu ihrer von unabhängiger Seite bestätigten Zerstörung sicher aufbewahrt werden und nicht in die Hände anderer staatlicher oder nicht-staatlicher Akteure geraten“.

Das kann geradezu als Aufforderung verstanden werden, unter dem Vorwand, Chemiewaffen zu sichern, noch offensiver gegen die bewaffnete Opposition vorzugehen und die vollständige Herrschaft über das syrische Territorium wieder herzustellen. Die Medien zogen schnell nach: Assad ließ nicht mehr „sein Volk bombardieren“ oder setzte die „Luftwaffe gegen die eigene Bevölkerung“ ein sondern führte nur noch die „Luftschläge gegen bewaffnete Milizen“ fort, er war nun nicht mehr „Machthaber“, sondern wieder „Präsident“.

Was passiert war, ist bekannt: Am frühen Morgen des 21. August 2013 wurden mehrere Vororte von Damaskus mit Granaten beschossen. Kurz darauf machten schreckliche Videos mit dutzenden Leichen ohne sichtbare Verletzungen und von Sterbenden mit Vergiftungserscheinungen die Runde, die aus Orten stammen sollten, die nur wenige Kilometer von dem Hotel entfernt liegen, in dem UN-Inspektoren untergebracht waren, die drei frühere mutmaßliche Einsätze von Giftgas untersuchen sollten. Die USA, Großbritannien, Frankreich und Israel zeigten sich davon

überzeugt, dass Assad oder zumindest sein Regime hinter dem Einsatz standen, behaupteten zunächst auch über Beweise, später nur noch über starke Hinweise hierfür zu verfügen. Obama ließ öffentlich militärische Optionen ausarbeiten und verlegte zusätzliche Truppen, insbesondere Kriegsschiffe,

in die Region, Frankreich und Großbritannien sowie mehrere Golfmonarchien kündigten ihre Unterstützung für Militärschläge an. Sowohl innenpolitisch wie in der internationalen Öffentlichkeit wuchs der Druck, die von Obama gezogenen „Roten Linien“ durchzusetzen und militärisch zu intervenieren, zugleich zeigten jedoch Umfragen in den beteiligten NATO-Staaten eine deutliche Mehrheit gegen Militärschläge an. Vor allem aber machten China und Russland klar, dass sie einem Mandat hierfür nicht zustimmen würden. Aus den Reihen wichtiger Verbündeter – in diesem Falle auch der im Wahlkampf befindlichen deutschen Bundesregierung – kamen Signale, dass man sich zwar peripher an einem solchen Krieg beteiligen, ihn aber nicht voller Inbrunst guthießen würde.

Das erste Zurückrudern mit der Behauptung, man wolle militärisch nicht den Sturz des Assad-Regimes durchsetzen, sondern dieses nur durch Luftschläge „bestrafen“, bestärkte international Zweifel an Sinn und Zweck der Intervention. Für einen entschiedeneren Rückzug von der vorherigen Festlegung auf Militärschläge nutzte zunächst der britische Premierminister Cameron, später auch Obama die Parlamente: Indem sie diese befragten (was beide nicht hätten tun müssen) schufen sie sich eine Möglichkeit, den bevorstehenden neuen Krieg erst einmal aufzuschieben, ohne vollständig das Gesicht zu verlieren. Was für Gründe hatte dieses Vorgehen, die wachsende Skepsis auch innerhalb der strategischen Gemeinschaft und unter den Kriegsbefürwortern?

Der wichtigste Grund dürfte darin bestehen, dass nach den Debakeln in Afghanistan und dem Irak eine langfristige Besatzung mit Bodentruppen vermieden werden soll und es unter den bewaffneten syrischen Kräften keine „natürlichen Verbündeten des Westens“ (Süddeutsche Zeitung) gab, denen man die flankierenden Offensiven am Boden hätte überlassen können. Hinzu kommt ein offensichtlich immenser Respekt vor der syrischen Luftverteidigung, die mit russischer Hilfe noch während des Bürgerkrieges massiv ausgebaut wurde. Die großzügig an die interessierte Öffentlichkeit lancierten vermeintlichen Angriffspläne schienen sich allesamt daran die Zähne auszubeißen, wie mit Cruise Missiles und Drohnen alleine die hinter dicht bebauten Küsten verteilte Luftverteidigung ausgeschaltet werden könnte, bevor bemannte Kampfflugzeuge mit schwereren Geschützen die eigentlichen Ziele ins Visier nehmen könnten. Zunehmend wurde in der Debatte außerdem das immense Eskalationspotential anerkannt, wenn sich etwa mögliche Gegenschläge – vielleicht gar nicht unter Kontrolle oder Zustimmung des Assad-Regimes – gegen Israel gerichtet und damit womöglich den Krieg gegen den Iran ausgelöst (oder besser: offen eskalieren lassen) hätten. An dieser Stelle kam dann sicherlich auch der Aspekt der innenpolitischen und Internationalen Legitimität ins Spiel: Nicht dass die NATO-Staaten grundsätzlich Hemmungen hätten, einen völkerrechtswidrigen Krieg auch gegen den Willen einer Mehrheit ihrer Bevölkerung zu führen, aber dazu braucht es dann doch klare strategische Ziele (wie bei der Zerschlagung Jugoslawiens im Kontext der NATO-Osterweiterung) und ein gewisses Maß an Geschlossenheit. Alleine mit den Golfmonarchien ohne klares Ziel einen völkerrechtswidrigen Krieg zu führen, der Gefahr läuft, in eine Art Dritten Weltkrieg auszuarten, das wollten sich

auch die USA unter dem Friedensnobelpreisträger Obama nicht mehr wirklich leisten.

An dieser Stelle kamen dann die vermeintlich flapsige Aussage des US-Außenministers in London, man könne auf die Luftschläge verzichten, wenn Syrien seine Chemiewaffen abgibt, und die daraufhin von Russland ins Spiel gebrachte Verhandlungslösung gerade recht. Sie gibt allen Beteiligten Zeit, ihre Ausgangslage zu verbessern. Assad kann die vielleicht nur kurze Phase internationaler Anerkennung nutzen, um gegenüber den Rebellen militärisch weiter Boden zu gewinnen. Die USA nutzen die Zeit offenbar, um in Syrien und den Nachbarstaaten jene Milizen auf- und auszubauen, die sie für den Fall tatsächlicher Luftschläge am Boden brauchen und vermutlich auch an der Konstruktion neuer Legitimationsfiguren hierfür. Und die Bundesregierung braucht sich nicht mitten im Wahlkampf hinter einen Krieg zu stellen, den sie zumindest zu diesem Zeitpunkt und unter den gegebenen Umständen gar nicht will. Deshalb hat sie sich vermutlich auch so schnell und entschieden hinter die Verhandlungslösung in Sachen Chemiewaffen gestellt. Am feinsten heraus scheint gegenwärtig die russische Diplomatie, nachdem sie über zwei Jahre der Kumpanei mit Assad und einer Blockade im Sicherheitsrat bezichtigt wurde und nun als Vermittler auftritt.

Mit Syrien und der Lage der Menschen dort hat das alles so wenig zu tun, wie die internationale Politik bezüglich Syriens von Anfang an mit Demokratie und Menschenrechten zu tun hatte. Es waren lange die unterschiedlichen Projektionen auf das verworrene Konglomerat der syrischen Oppositionsgruppen als „Revolutionäre“, „Menschenrechtsaktivisten“, „Befreiungskämpfer“, „Milizen“, „Söldner“, „Dжихадisten“ und „Terroristen“, in denen sich die politischen und internationalen Auseinandersetzungen ausgedrückt, während sie in Syrien selbst die Militarisierung, die Barbarisierung und das Blutvergießen vorangetrieben haben.

Es sollte außer Frage stehen, dass etwa im Falle Deutschlands die Rücktrittsforderungen an Assad, die Anerkennung der Opposition, die Förderung von Gesprächskreisen zum „Day After“ und die Gründung einer Arbeitsgruppe „Wirtschaftlicher Aufbau und Entwicklung“ mit Vertretern der Opposition (noch vor der Eskalation zum Bürgerkrieg), die Diskussionen um eine militärische Intervention zugunsten der Rebellen bei ausbleibender Verurteilung terroristischer Akte und Massaker gegen die Regierung und ihre „Anhänger“, die Duldung der Aufrüstung und die geheimdienstliche Unterstützung des militarisierten Aufstandes usw. vor dem Hintergrund des Regime Change in Libyen zumindest dazu beigetragen haben, dass die Opposition trotz offensichtlicher militärischer Unterlegenheit nicht nur zu den Waffen gegriffen hat, sondern in der Hoffnung, zukünftig selbst die Macht im Staate zu übernehmen, auch in Gebiete vorgestoßen ist, deren Bevölkerung mehrheitlich hinter Assad standen oder zumindest mit dem Aufstand nicht sympathisierten. Die unterschiedlichen Projektionen auf den „Widerstand“ sind nun vorübergehend nicht minder irreführende aber dennoch ehrlicheren Personalisierungen gewichen: Obamas „Glaubwürdigkeit“ steht auf dem Spiel, er dürfe „keine Schwäche zeigen“, Cameron sei vom Parlament „gedemütigt“ worden und Merkel habe sich „blamiert“, als sie beim G20-Treffen in St. Petersburg nicht sofort eine Erklärung unterzeichnet hat, mit der sie sich und damit (im Verbund mit Frankreich, Großbritannien und Italien) gleich die ganze EU hinter eine US-Militärintervention gestellt hat.

Das Gerede vom „starken Mann“ verschleiert ebenso wie die Projektionen auf die „Revolutionären“ die zugrundeliegenden Dynamiken internationaler Politik. Die Politik der NATO-Staaten hat sich im Kontext von Ideologien der humanitären

Intervention und der „Schutzverantwortung“ zunehmend auf die experimentelle Destabilisierung von politischen Gefügen ausgerichtet, die sich in ihrer Wirtschafts- oder ihrer Bündnispolitik als unzuverlässig erweisen. In Syrien, das als enger Partner des Iran gilt, wurden die aufkeimenden Proteste im Zuge der Ereignisse 2011 in Tunesien und Ägypten entsprechend als Möglichkeit wahrgenommen, ein unliebsames Regime zu destabilisieren und zu ersetzen – ganz anders als die Proteste etwa in Bahrain, die von einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit getragen waren und damit im Verdacht standen, iranischen Interessen Vorschub zu leisten. Aus keinem NATO-Staat kam hier die Aufforderung nach einem Rücktritt des Königs, Deutschland hielt an seinen umstrittenen Waffenlieferungen an die Staaten des Golf-Kooperationsrates fest. Es ist bemerkenswert und bedenklich, dass sich zivilgesellschaftliche Netzwerke wie „adopt a revolution“ und sogar linksradikale Strukturen aus dem IL-Spektrum diesen doppelten Standards anpassen (vgl. dazu GWR 369).

Zugleich (und vielleicht deshalb) gibt es jedoch auch entgegengesetzte Tendenzen innerhalb der Linken, die dazu tendieren, Assad zu glorifizieren und die russische Außenpolitik zu feiern. Es hat einen wahren Kern, dass die russische Diplomatie gegenwärtig und in Bezug auf Syrien den Vorrang der Diplomatie vor der Kriegführung, das Völkerrecht und das Souveränitätsprinzip verteidigt. Auch das allerdings geschieht vor dem Hintergrund geopolitischer Interessen, ungeklärter Territorialkonflikte und hat nichts mit den Interessen der syrischen Bevölkerung zu tun. Im Gegenteil: Russland bietet sich damit als Partner – vor allem in Sachen Luftverteidigung und Propaganda – gerade besonders repressiven Regimen an, um sie vor einem von außen geförderten „Regime Change“ zu bewahren. Es ergibt sich somit eine Konstellation zwischen experimenteller Destabilisierung unerwünschter Regime durch die NATO-Staaten und der Verteidigung autoritärer Systeme durch China und Russland. Jede Revolte droht, dazwischen erstickt und zerrieben zu werden und muss neue Wege suchen – die Zapatistas in Mexiko haben womöglich Antworten, die syrische Exil-Opposition und andere „Befreiungsbewegungen“, die sich auf Luftunterstützung der NATO verlassen, scheinen keine zu haben.



Drohnenkriegführung über das US AFRICOM in Stuttgart

von Christoph Marischka

Das US AfriCom wurde 2008 gegründet, um die Aktivitäten der US Army auf dem afrikanischen Kontinent zu koordinieren. Eigentlich wurde hierfür ein Standort auf dem afrikanischen Kontinent angestrebt, bislang fand sich dort jedoch kein Staat bereit, das AfriCom zu beherbergen. Deshalb führt die US Army ihre Einsätze auch in Afrika weiter von Stuttgart-Möhringen aus. Seine Aufgaben wurden gegenüber dem Streitkräfteausschuss des US Repräsentantenhauses so definiert: „United States Africa Command schützt und verteidigt die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten durch die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten der afrikanischen Staaten und Regionalorganisationen und führt auf Befehl militärische Operationen durch, um transnationale Bedrohungen abzuwenden und zu bekämpfen und ein Sicherheitsumfeld zu schaffen, das gute Regierungsführung und Entwicklung fördert.“

Zentral sind dabei Spezialeinheiten, die zuvor dem ebenfalls in Stuttgart ansässigen US EUCOM unterstellt waren, und nun insbesondere am Horn von Afrika, zwischen Uganda und der Zentralafrikanischen Republik und in der Sahel-Region informelle Basen unterhalten und dort Milizen und Sondereinheiten der jeweiligen Staaten ausbilden. Zugleich bauen die USA ein Netz kleiner Stützpunkte auf afrikanischen Flugplätzen auf. Oft als zivile Firmen getarnt, unterhalten sie kleine Flugzeuge, die „vollgestopft mit neuester Spionage-Technik“ (Spiegel Online) sind: „Video-Ausrüstung, Wärmebildkameras und Technik zur Ortung und Bepitzelung von Mobiltelefonen“. Im AfriCom sitzen „Analysten“, die diese und andere Informationen auswerten und nach Angaben des ARD-Magazins „Panorama“ Einzelpersonen insbesondere aus Nord- und Westafrika für gezielte Tötungen „nominieren“, gemeint ist auswählen und damit quasi zum Abschuss freigeben. Diese werden dann überwacht und ggf. durch Drohnen getötet, wenn sie in einen Staat reisen, der – wie augenblicklich v.a. Somalia; zukünftig könnte Libyen eine vergleichbare Rolle spielen – eine dermaßen schwache oder abhängige Regierung hat, dass sie sich gegen solche Gewaltakte nicht wehren kann. Dabei läuft die „Mission Control“ und wohl ein beträchtlicher Teil der Steuerung über die US-Stützpunkte in Stuttgart und Ramstein. Rechtsexperten, die Linkspartei und der Grünen-Abgeordnete Ströbele machten der Bundesregierung gegenüber ihre Auffassung klar, dass sie sich damit dem Verdacht der Beihilfe zu Mord und Totschlag und der Beihilfe zu Verbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch aussetzt. Die Bundesregierung allerdings will angeblich von den gezielten Tötungen der USA über Stuttgart und Ramstein nichts gewusst haben und sieht auch jetzt noch „keine Anhaltspunkte dafür ... dass sich die Vereinigten Staaten auf deutschem Staatsgebiet völkerrechtswidrig verhalten hätten“ (BT-Drucksache 17/14401). Der US-Außenminister habe seinem Amtskollegen Westerwelle gegenüber versichert, „dass jedwedes Handeln der Vereinten Staaten, auch von deutschem Staatsgebiet aus, streng nach den Regeln des geltenden Rechts erfolge“.

Damit scheint sich für die Bundesregierung die Sache erledigt zu haben. Gegenwärtig jedoch arbeiten u.a. der Menschenrechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz und der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke an einer Strafanzeige gegen die Bundesre-

gierung wegen Beihilfe zur Tötung und zu Kriegsverbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch. Das kann die Bundesregierung zwar in Erklärungsnot bringen. Dennoch muss bezweifelt werden, dass ernsthaft ermittelt wird. Das wird insbesondere mit dem Vorgehen des Generalbundesanwaltes im Fall der Tötung eines deutschen

Staatsbürgers bei einem US-Drohneinsatz am 4. Oktober 2010 in Pakistan dokumentiert. Dieser stellte das Ermittlungsverfahren u.a. wegen der Behauptung ein, „bei keinem der Getöteten handelte es sich um eine Zivilpersonen (sic)“. Kurz zuvor wird in der Begründung noch angegeben, dass bei dem Angriff „drei nicht identifizierte paschtunische Einheimische ums Leben“ (generalbundesanwalt.de) kamen. Diese oberflächliche Auseinandersetzung – sowohl der Bundesregierung als auch des Generalbundesanwaltes – steht in krassem Widerspruch zu dem Argument, das in der Debatte um die Anschaffung bewaffneter Drohnen immer wieder vorgetragen wird: Danach würden Deutschland und die Bundesregierung solche Drohnen niemals zu gezielten Tötungen entsprechend der US-Praxis anwenden, weil sie „sich sicher nicht der amerikanischen Rechtsauffassung annähern und diese legitimieren“ wolle (Stiftung Wissenschaft und Politik) bzw. weil „gezielte Mord-Missionen in der Bundesrepublik ... nie durchsetzbar“ wären und „gegen das Grundgesetz verstoßen“ würden (Süddeutsche Zeitung 11./12. Mai 2012).

Hinzu kommt jedoch, dass die Drohnenkriegführung in einem undurchdringlichen Dickicht militärischer und nachrichtendienstlicher Geheimhaltung stattfindet. Nur das ermöglicht es der Bundesregierung auch, trotz ihrer engen Zusammenarbeit mit der US-Army und speziell auch dem AfriCom, Ahnungslosigkeit vorzuschützen. Diese ist tatsächlich äußerst unglaubwürdig. So wurden die US-Beiträge zum NATO-Krieg gegen Libyen vom AfriCom aus koordiniert. In diesem Zuge wurden auch tödliche Kampfeinsätze durch US-Drohnen geflogen und wie später bekannt wurde, war die Bundeswehr während des Krieges u.a. in jenen Stäben beteiligt, die „im Bereich der sogenannten Zielauswahl“ tätig waren (Spiegel Online). Außerdem unterhält die Bundeswehr ein eigenes Verbindungskommando, das gegenüber dem AfriCom und dem EUCOM u.a. den Auftrag hat, an „Planung, Vorbereitung, Anlage und Analyse von NATO-Übungen und -Einsätzen oder sonstigen Übungen und Einsätzen, an denen sich deutsche und amerikanische Streitkräfte beteiligen oder bei denen amerikanische und deutsche Interessen berührt sind“, mitzuwirken.

Sowohl gemeinsame Einsätze, als auch enge Überschneidungen deutscher und US-amerikanischer Einsätze gab es bereits viele. So beteiligt sich die Bundeswehr spätestens seit 2005 an regen Aktivitäten und regelmäßigen Manövern in Westafrika, welche die US-Streitkräfte seit 2002 im Zuge des „Krieg gegen den Terror“ durchführen. In deren Rahmen hat seit 2008 unter Koordination des AFRICOM auch das Kommando Spezialkräfte „Ausbildungsunterstützung für einzelne militärische Gruppen aus westafrikanischen Staaten geleistet“, so die Bundesregierung, ohne jedoch auch auf näheres Fragen der Abgeordneten Sevim Dagdelen Angaben zu Herkunft und Umfang dieser militärischen Einheiten machen zu können. Verschiedene Quellen jedoch geben an, dass mehrere der zumindest von den USA im Antiterrorkampf ausgebildeten Gruppen an den Gefechten Anfang 2013 in Mali beteiligt waren und zwar im Kampf gegen die französische Intervention. Zugleich haben die USA diese Intervention mit Aufklärungsdrohnen unterstützt (und gleich dafür genutzt, zusätzliche Drohnen im Nachbarstaat Niger zu stationieren).

Auch am Horn von Afrika ist die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den USA weit fortgeschritten. In Djibouti haben die USA ihre wichtigste Drohnenbasis – gleichzeitig hat die Bundeswehr dort Aufklärungsflugzeuge stationiert. In Somalia unterhalten die USA gemeinsame Militär- und Geheimdienstbasen, von denen aus sie die (bisweilen sehr jungen) Männer rekrutieren, die dann in Uganda u.a. von Bundeswehrsoldaten ausgebildet werden, um anschließend von den USA nach Somalia zurückgeflogen zu werden und im dortigen Bürgerkrieg gegen die radikalislamistischen Al Shabab zu kämpfen.

Was letztlich wem auf welcher Seite im Einzelnen über die Aktivitäten der anderen in ihrem gemeinsamen „Krieg gegen den Terror“ bekannt ist, wird sich vermutlich nie herausfinden lassen. Fest steht jedoch: Wer sich an diesem weltweiten Krieg beteiligt oder dafür auch nur Militärbasen zur Verfügung stellt, macht sich in vollem Umfang mitschuldig.



US-Spezialeinheiten bilden Soldaten in Mali aus, Foto: Wikipedia, Staff Sgt. Edward Braly, USAF

US-Drohnen über französischen Uranminen in Niger

Der Krieg gegen Libyen 2011 hat nicht nur Mali destabilisiert, sondern die gesamte Region. Auch die französisch geführte Intervention Anfang 2013 hat sich nicht nur auf Mali beschränkt, sondern u.a. den Niger betroffen. Bereits im Juni 2012 hatte der Rat der Europäischen Union die Mission EUCAP Sahel Niger beschlossen, die, in der Hauptstadt Niamey stationiert, dem Ausbau der nigrischen Polizei- und Gendarmeriekräfte dienen soll. Zuvor waren bewaffnete Gruppen aus Libyen durch Niger nach Mali gezogen, um dort die Unabhängigkeit des Azawad – des Norden Malis – auszurufen und damit die malische Krise zu eskalieren.

Als Frankreich dann mit internationaler und deutscher Unterstützung (im Übrigen völkerrechtswidrig, auf der Grundlage einer Einladung durch eine demokratisch nicht legitimierte Regierung) intervenierte, verstärkte Niger seine militärische Grenzsicherung, um ein Einsickern der Islamisten und Sezessionisten in den Niger bzw. deren Flucht zurück nach Libyen zu behindern. Da Niger ein sehr armes Land ist und deshalb über keinen allzugroßen Sicherheitsapparat verfügt – mit dieser Begründung findet dort die EU-Mission statt, obwohl sich Niger trotz angeblich mangelnder Kapazitäten an den Interventionen Frankreichs 2011 in der Elfenbeinküste und 2013 in Mali beteiligte – wuchs damit die Gefahr eines Putsches oder sonstiger Destabilisierungen in der Hauptstadt, sowie möglicher Anschläge auf die französischen Uranminen in Niger. Tat-

sächlich haben die Islamisten bzw. ihre Unterstützer auf die französischen Luftangriffe in Mali ja u.a. mit der Besetzung eines Gasfeldes in Algerien reagiert. Die von Areva betriebenen Uranminen im Niger waren demgegenüber als Rückgrat der französischen Energieversorgung ein ungleich wichtigeres Ziel, eine ungleich „kritischere“ Infrastruktur.

Mit dieser Begründung haben die USA und Frankreich im Zuge der Intervention in Mali zusätzliche Spezialeinheiten nach Niger entsandt – zur Sicherung der Hauptstadt und der Minen. Die USA, die bereits zuvor einen Stützpunkt in Niamey unterhielten, stationierten hierzu auch zusätzliche Aufklärungsdrohnen vor Ort. Die Nigrische Regierung hatte wenig dagegen einzuwenden, ihr Land zum internationalen Truppenstützpunkt zu machen. Im Gegenteil gewann sie damit wichtige Verbündete vielleicht nicht im eigenen Land, aber international – schließlich hatten Frankreich und die USA erst 2011 in ihrer Nachbarschaft zwei Regime – in Côte d’Ivoire und Libyen – gestürzt, die sich einer solch engen Zusammenarbeit verweigerten und diente auch die Intervention in Mali im Wesentlichen dazu, auf die zukünftige Regierungsbildung dort Einfluss zu nehmen.

Mitte September 2013 lobte der Nigrische Außenminister, Mohamed Bazoum, nun die Intervention in Mali und ihre Folgen ausdrücklich. Die anschließenden Wahlen unter französisch geführter internationaler Besatzung hätten bewiesen, dass die Islamisten gegenwärtig unfähig

wären, Angriffe auszuführen. Zugleich aber warnte er, dass sich einige islamistische Kämpfer nach Niger zurückgezogen hätten und auch der zuvor über Mali abgewickelte Drogenhandel nun in Niger blühe. Vermutlich versuchte er dabei auch, seine Verbündeten gegeneinander auszuspielen, als er – wohl wissend, dass Frankreich noch über keine bewaffneten Drohnen bzw. Infrastruktur hierzu verfügt – meinte: „Ich würde bewaffnete Drohnen wirklich begrüßen, um Drogenhändler niederschließen, und alle, die von Aktivitäten in Verbindung mit Drogenhandel leben. Ich weiss nicht, warum das nicht möglich sein sollte.“ Die Drohnen könnten außerdem dazu genutzt werden, den Terror dauerhaft zu bekämpfen und die Uranminen zu sichern, die eine der wichtigsten Einkommensquellen des Nigrischen Staates sind. In Frankreich wurde diese Aussage natürlich als Argument dafür genutzt, dass Frankreich und am besten gleich auch die Europäische Union eigene bewaffnete Drohnen anschaffen müssten – um einige hundert Kilometer südlich seiner Außengrenzen in einem beständigen Krieg gegen den Terror die Energieversorgung zu sichern. Das lässt auch einige Schlüsse darüber zu, welche Konsequenzen das DESERTEC-Projekt, das Europa mit „sauberm Strom aus der Wüste“ versorgen will, mit sich bringen könnte. Die Drohnen werden jedenfalls schon einmal in der Region stationiert.

Christoph Marischka

„Eine kleine Rüstungsmesse“

Sechs Jahre Proteste gegen Drohnenpräsentation in Frankfurt

Ute Schäfer/Pax Christi Idstein

Peter Dietz, lokaler Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Rundschau (FR), erregte mit dieser Überschrift die Aufmerksamkeit der Pax Christi-Gruppe Idstein: die airtec, Messe für mittelständische Zulieferer aus der Luft- und Raumfahrtindustrie, öffnet im zweiten Jahr mit der Sonderausstellung „UAV World“ einer Sonderschau für militärische Drohnen. Die FR zitiert die Geschäftsführerin der airtec Diana Schnabel: „Viele Zulieferer bedienen nicht nur den zivilen, sondern auch den militärischen Bereich.“ Dazu die FR weiter: „Die Gewinnmargen seien bei letzterem schlicht höher. Deshalb hätten die Aussteller die Erweiterung der Messe auf Militärtechnik gewünscht. Und der Bereich soll weiter ausgebaut werden.“ In ihrem Programm kündigt die airtec als Höhepunkt einen Flugwettbewerb für Drohnen unter dem Motto „Bodennahe Aufklärung in urbanem Gelände“ an.

Die Idsteiner Gruppe engagiert sich seit vielen Jahren gegen Rüstungsexport. Einige von ihnen denken sofort daran, dass es zu Beginn der achtziger Jahre gelang, als Teil eines breiten Bündnisses die Military Electronic and Defense Exhibition (M.E.D.E.) aus der Rhein Main Halle in Wiesbaden dauerhaft zu vertreiben – damals durch eine mehrtägige gewaltfreie Aktion, begleitet von umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit. Die Kürze der Zeit zwischen dem Zeitungsartikel und dem Beginn der Messe am 26.10.2007 ließ an Vergleichbares nicht denken.

Ziel des ersten Protestes 2007 war es, die Öffentlichkeit weiter darüber zu informieren, was auf einem Gelände präsentiert wird, das anteilmäßig zu 60% der Stadt Frankfurt und zu 40% dem Land Hessen gehört. „Mords-Geschäfte auf der Frankfurter Messe“ titelte das Flugblatt, mit dem gegen die Zurschaustellung von Kriegsgerät auf der Messe protestiert wird, insbesondere gegen Drohnen, die die Möglichkeit sauberer Kriege suggerie-

GASTBEITRAG

ren. Zum Messebeginn hielt die Pax Christi-Gruppe zusammen mit einigen „Ordensleuten für den Frieden“ eine Mahnwache auf der Verkehrsinsel vor dem Haupteingang der Messe. Besondere Aufmerksamkeit der Presse erregten zwölf aufsteigende weiße Tauben, Friedenssymbole, die sonst im Rahmen von Hochzeiten eingesetzt werden. Sie schafften es am folgenden Tag auf die Titelseite der Frankfurter Rundschau.

Parallel zur Vorbereitung der Proteste vor der Messe haben wir versucht, über die Stadtverordnetenversammlung Einfluss auf die Stadt Frankfurt als Anteilseignerin zu nehmen, damit die Geschäftsführung in Zukunft keine Präsentation von Rüstungsgütern mehr gestattet. Diese Forderung machte sich die Fraktion der Flughafenausbaugesegner mit einem Antrag zu eigen, der im Wirtschaftsausschuss allerdings keine Mehrheit fand. Bemerkenswert war die Stellungnahme der grünen Stadtverordneten, Ulrike Gauderer, Rüstungsgüter könne man doch zeigen, wenn man sie schon produziert habe. Im Weiteren haben wir die damalige Oberbürgermeisterin, Petra Roth, und den hessischen Minister Alois Rhiel als Vertreter/in der Anteilseigner um ein Gespräch gebeten. Beide lehnten ab, wobei der Minister sich eindeutig für militärische Einsätze und entsprechende Ausstattung der Truppen aussprach.

Angesichts der kurzen Vorbereitungszeit und der bescheidenen Mahnwache vor der Messe war das Presseecho ausgesprochen positiv. Wir beschlossen den Protest zu verstärken und ein Bündnis aufzubauen. Dazu kamen in den nächsten Jahren

- Attac AG Globalisierung und Krieg
- Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Hessen und Gruppe Frankfurt
- Friedens- und Zukunftswerkstatt
- Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs/ IPPNW
- Pax Christi Bistumsstelle Limburg
- Ordensleute für den Frieden
- Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Zum aktuellen Stand der Drohnen-Kampagne

Die IMI ist eine von mittlerweile 140 unterstützenden Gruppen der Kampagne „gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ mit dem dazugehörigen Appell „Keine Kampfdrohnen!“.

Mitte November fand im Anschluss an den Antikriegstag in Berlin eine Pressekonzferenz der Kampagne statt. Dort wurde das gute Zwischenergebnis von über 10.000 vor allem offline und auch online gesammelten Unterschriften für den Appell bekanntgegeben. Mittlerweile sind etwas mehr als 13.000 Unterschriften. Auch prominente Unterstützerinnen und Unterstützer sprechen sich für den Appell aus: der US-amerikanische Sprachwissenschaftler und Kritiker Noam Chomsky, die Band TOCOTRONIC, der Kabarettist Volker Pispers sowie Rolf Gössner, Florence Hervé, Jürgen Grässlin,

Anne Roth, Saskia Sassen, Hans-Christoph von Sponneck und Günter Wallraff.

Alle sind weiterhin aufgerufen, Unterschriften zu sammeln. Fertige Listen können auf der Kampagnenhomepage heruntergeladen werden

Die Kampagne hat zudem Wahlprüfsteine erstellt, auf die alle Parteien im Bundestag und unterstützende Parteien der Kampagne (Grüne, Linke, Piraten, DKP) bezüglich ihrer Positionen zu Drohnen antworteten (drohnen-kampagne.de/wahlprufsteine-btw-2013/). Nach der Wahl wird es nun zu prüfen sein, wie sich diese Verlautbarungen mit dem politischen Handeln decken.

Das nächste große Kampagnentreffen, findet voraussichtlich am 27. Oktober ab 12Uhr in der Café Buch-Oase in Kassel statt. Dazu sind alle eingeladen teilzunehmen, auch all jene, die sich jetzt einbringen möchten.

Viele weitere Informationen, Termine, Bundestagsdrucksachen und Aktionsvorschläge können auf der Kampagnenhomepage gefunden werden: drohnen-kampagne.de.

Auch sei noch einmal auf die FAQs zum Thema Drohnen der IMI hingewiesen. FAQ ist die englische Abkürzung für Frequently Asked Questions – häufig gestellte Fragen. Darin wird eine Zusammenstellung der aus unserer Sicht wichtigsten Daten, Fakten, Argumente und Entwicklungen rund um das Thema Drohnen und Krieg präsentiert. Jedes einzelne Info-Blatt behandelt einen bestimmten Teilaspekt des Themas. Sie können wie alle IMI-Materialien kostenlos von der IMI-Homepage heruntergeladen werden.

Thomas Mickan

Bis 2011 führten wir die Mahnwache zur Eröffnung der airtec auf der Verkehrsinsel vor dem Haupteingang durch, mit steigender Beteiligung. Ein professionell gestalteter Flyer mit leicht verfremdetem airtec-Logo wird von den Passant/innen gerne angenommen. Große Transparente („Rüstungsmesse: Nicht in Frankfurt!“, „Bücher statt Rüstung“) nehmen vor allem passierende Autofahrer/innen wahr. Ein weiterer Blickfang ist ein riesengroßes, silbriges Drohnenmodell. Inhaltlich beziehen wir uns auf die Verantwortung Frankfurts als Stadt, in der der Friedenspreis des deutschen Buchhandels vergeben wird und mit einer Bürgermeisterin, die zu den „Mayors for Peace“ gehört. Während zu Beginn unserer Aktionen das Thema „Drohnen“ relativ unbekannt war, müssen wir zunehmend Bezug auf Berichte von Drohneneinsätzen mit hohen Zahlen von Toten und Verletzten nehmen. „Ich habe Verwandte in Afghanistan durch Drohnen verloren. Bisher hat das niemand interessiert. Und jetzt steht ihr hier und protestiert dagegen“, sagt eine Passantin, kann nicht weitersprechen und geht vorbei. Die Namen von Opfern, soweit uns zugänglich, und die Umstände ihres Todes, sind bei jeder Mahnwache auf großen Tafeln präsent. Das Thema „Extralegale Hinrichtungen“ empört auch Menschen, die sich nicht zur Friedensbewegung zählen. Auch im Programm der airtec ändert sich etwas. Ein unbefangener angekündigter Flugwettbewerb von Drohnen findet sich nicht mehr im Programm, die Vorträge sind weniger an Berichten vom praktischen Einsatz von Drohnen als an technischen Komponenten orientiert. Das Interesse der Presse wächst. Wir bekommen zunehmend Interviewanfragen. Pressevertreter/innen befragen Aussteller nach der militärischen Verwendung Ihrer Produkte und der eigenen Verantwortung für das, was diesem geschieht.

Wir führen die Versuche fort, Einfluss auf die Stadt Frankfurt zu nehmen. Ein Gespräch mit dem Referenten des neuen Ober-

bürgermeisters Feldmann zeigt uns neue Wege auf. Nach den Wahlen 2013 werden wir uns erneut an alle Stadtverordneten wenden, mit der Bitte um einen Gesprächstermin in den Fraktionen. Außerdem werden wir eine Berichts-anfrage an den Bürgermeister direkt richten, sich über die auf der airtec präsentierten Güter sachkundig zu machen und eine Position dazu zu finden.

2012 verlagerten wir den Protest auf einen der belebtesten Plätze Frankfurts, an die Hauptwache, vor der Katharinenkirche, diesmal mit 60 Teilnehmer/innen. Motto: „Der Krieg beginnt hier!“ Wir lassen wieder Tauben steigen, und hunderte selbstgebastelte Papierflieger mit unserem Protest gegen Drohnen segeln vom Kirchturm auf den Platz. Wir werden von wesentlich mehr Menschen wahrgenommen als vor dem Messegelände, das Echo ist überwiegend positiv. Es ist nicht einfach, die Wirksamkeit unserer Aktionen zu beurteilen. Sicherlich ist es gelungen, Öffentlichkeit herzustellen und die Drohnen von einem Wirtschaftsgut zu dem Skandal zu machen, der sie sind. Damit sind wir ein kleiner Teil der wachsenden internationalen Bewegungen und Kampagnen, die sich gegen Drohnen engagieren. Sicherlich würde es auffallen, wenn wir nicht mehr protestierten.

Zu den diesjährigen Protesten:

Am 4.11., dem Vortag der diesjährigen airtec 2013, findet wieder Protest gegen bewaffnete Drohnen und Überwachungsdrohnen statt:

Mahnwache vor der Katharinenkirche/Hauptwache, Frankfurt am Main, 15.30 - 16.30 Uhr. Posaunenklänge begleiten die Erinnerung an die Drohnenopfer, große Papierflieger starten, vom Turm der Katharinenkirche steigen weiße Tauben auf. An den Messetagen vom 5. - 7.11. von 8.45 - 9.15 Uhr werden an Besucher/innen vor dem Messegelände Protestflyer verteilt.

Kissinger-Professur: Gefährlicher Präzedenzfall

Vor einiger Zeit wurde bekannt, das Verteidigungs- und das Außenministerium hätten beschlossen, eine Kissinger-Stiftungsprofessur an der Uni Bonn einzurichten (siehe AUSDRUCK, August 2013). Schon allein aufgrund der zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen, derer sich Henry Kissinger in seiner Zeit als nationaler Sicherheitsberater und US-Außenminister schuldig gemacht hat, war die Empörung hierüber groß und es hat sich mittlerweile ein Protestbündnis gegen die Einrichtung der Stiftungsprofessur gebildet.

Nachdem unlängst die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen veröffentlicht wurde, sind nun auch weitere Infos durchgesickert, die den ganzen Vorgang noch problematischer machen (Drucksache 17/14706). Als Ziel des Unterfangens gibt die Bundesregierung an: „Mit der Professur soll die außen- und sicherheitspolitische Ausbildung gestärkt und zugleich ein Beitrag zur Verbreitung des außen- und sicher-

heitspolitischen Bewusstseins sowie zur Vertiefung des transatlantischen Verhältnisses geleistet werden.“

Die Professur werde für fünf Jahre eingerichtet, Kostenpunkt 300.000 Euro jährlich, wobei 250.000 das Verteidigungs- und 50.000 das Außenministerium übernehmen. Wie aus den Angaben der Bundesregierung hervorgeht, finanziert das Verteidigungsministerium (außerhalb der Bundeswehr-Unis) keine anderen Professuren, wodurch der ganze Vorgang umso mehr Gewicht erhält: „Mit anderen Worten: Bei der vom Verteidigungsministerium an die Uni Bonn herangetragenen Professur handelt es sich um einen Präzedenzfall. Um einen Tabubruch, würden die Kritiker sagen.“

In diesem Zusammenhang ist die berechtigte Sorge, dass das Verteidigungsministerium als Geldgeber Druck ausüben wird, damit im Rahmen der Professur auch militärraffine Forschungsergebnisse produziert werden. Einen solchen Verdacht weist Matthias Herdegen,

Direktor am Bonner Institut für Völkerrecht, der laut Universitätsangaben mit für die Einrichtung der Stiftungsprofessur verantwortlich sein soll, natürlich weit von sich. Beim Onlineportal [Telepolis](#) (15.09.2013) wird er folgendermaßen zitiert: „Im laufenden Betrieb hat der Geldgeber keinen Einfluss auf Forschung und Lehre oder die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen.“

Diese Aussage darf aber getrost bezweifelt werden, so zitiert Telepolis weiter aus einer Untersuchung des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2011: „Bei der Besetzung der Stiftungsprofessuren sowie bei deren inhaltlicher Ausrichtung waren teilweise erhebliche Einflussnahmen der Stifter festzustellen“, hieß es im entsprechenden Jahresbericht. Der Landesrechnungshof forderte, dass durch die Annahme und Fortführung von Stiftungsprofessuren die Wissenschaftsfreiheit der Hochschulen nicht beeinträchtigt werden dürfe.“

Jürgen Wagner

„Marine live!“

Truppenbesuch bei der Marine in Kiel

von Thomas Mickan

In der Werbeanzeige der Marine klingt es nach Abenteuer. Mit Actionfilmmusik, einigen Szenen aus dem vermeintlichen Marinealltag – viel Schießen und schnelle Bootsfahrten – wird in einem kleinen Clip auf Nachwuchssuche gegangen: „Du suchst: Herausforderungen!“ „Du willst: Abwechslung!“ „Dann erlebe jetzt die Marine! LIVE!“¹

Voraussetzungen zur Teilnahme an dieser „Sonderaktion Marine live!“ ist ein Alter zwischen 18 und 30 Jahren und Interesse an den Verwendungs- und Karrieremöglichkeiten bei der Marine. Nach meiner kurzen E-Mail an die Marine erhalte ich zwei Wochen später einen Brief mit meinem Reisegutschein zum „BW-Dienstantritt“ Stuttgart-Kiel-Stuttgart und ein Einladungsschreiben mit Anfahrtsplan. Zusätzlich befinden sich im Brief eine Freistellungsbescheinigung für Schule und Arbeit, ein Hinweisblatt für den freiwilligen Wehrdienst und ein Musterlebenslauf, um eine mögliche spätere Bewerbung zu vereinfachen. Da die Marine insbesondere Mannschaftsdienstgrade sucht, ist dieser Musterlebenslauf entsprechend aufgebaut: Hauptschulabschluss, männlich, 24 Jahre alt, ledig, handwerkliche Berufsausbildung, deshalb Realschulabschluss, Hobbys: Online-Spiele und Football bei Germania List, deutsch.

Altersgrenzen und erste Kontakte mit der Gruppe

Schon während meiner Anreise nach Kiel sitze ich neben einem Soldaten mit Seesack. Kiel, als einer der größten Marine-Standorte, beheimatet zum Beispiel die Einsatzflottille 1 und das Schiffahrtsmedizinische Institut der Marine, aber auch die skandalträchtige Gorch Fock, auf der seit Anfang 2013 wieder ausgebildet wird. Nach kurzer Einlasskontrolle von Personalausweis und Einladung kann ich das weitläufige Gelände betreten. Den Hafen ausgenommen, in dem das Kriegsmaterial vor Anker liegt, kann die Anlage mit ihren langen Kasernenbauten gut mit dem Wort *trostlos* beschrieben werden.

Im Truppenbesuchszentrum lerne ich gleich einige aus meiner 74-köpfigen Besuchsgruppe kennen. Obwohl eine Altersuntergrenze von 18 Jahre ausgeschrieben war, zeigt sich schnell, auch später per Handzeichen, dass mindestens ein Drittel der Gruppe aus 17-jährigen besteht, auch 16-jährige sind dabei. Die Karriereberater_innen der Bundeswehr werden sie auf die gleiche Weise für eine soldatische Laufbahn anwerben wie mich. Die „Straight-18“-Forderung, nachdem keine Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren für das Militär angeworben werden dürfen, wie sie beispielsweise das Deutsche Bündnis Kindersoldaten vertritt, spielt hier keine Rolle.² Einzig als ein Kamerateam des NDR beim späteren Schiffsausflug unsere Gruppe begleitet,³ unterrichtet uns der betreuende Offizier, dass sich die unter 18-jährigen wegen „rechtlicher Geschichten“ nicht unbedingt interviewen lassen sollen.

Vom Truppenbesuchszentrum aus geht es mit der Gruppe zu unserer Unterkunft für die nächsten zwei Nächte, dem Wohnschiff Knurrhahn. Den fünfminütigen Fußweg „marschieren“ wir in Dreierreihe, einschließlich Appellaufstellung, Handyverbot und straffem Tempo. Auch wenn am ersten Tag der Marsch

eher an einen Schulausflug erinnert (auch aufgrund der vielen Jugendlichen), internalisiert die Gruppe über die kommenden Tage das Aufstellen in Dreierreihe schnell und Untertan_innengeist und Gruppendynamik verleiten einige dazu, verspätete Gruppenmitglieder zur Ordnung zu rufen.

Rassistische und sexistische Verstörungen

Ein junger Soldat begleitet unsere Gruppe über den Besuchszeitraum von Montagnachmittag bis Mittwochvormittag. Als ich das Erlebte in einem Gedächtnisprotokoll dokumentiere, erinnere ich ihn insbesondere wegen seiner sexistischen Kommentare: um seine Kameraden zu grüßen, schrie er beispielsweise das F*-Wort über das Kasernengelände, oder gab spätpubertäre Witze grölend zum Besten – etwa, wie stotternde Menschen beim Sex stöhnen. Sein Verhalten färbt schnell auf die Gruppe ab, oder war bei ihren männlichen Vertretern zum Teil wohl auch ohnehin vorzufinden. Der Spruch „Laufen, Rauchen, Frauen missbrauchen“ macht in der Gruppe die Runde. Am Montagabend unterrichtete uns ein Offizier in einem mehr als zweistündigen Vortrag über die Ausbildungs- und Verwendungsmöglichkeiten. Im freundlich-norddeutschen Dialekt versucht der Mittvierziger dabei Militärsprache mit einer leger, jugendlichen Sprache zu mischen. Vor einem in schwarz-rot-gold gestrichenen, mehrere Meter langem Podest will er unsere Abenteuerlust wecken: So könne es beispielsweise bei einer Auslandsverwendung bei der Marine bei Landgängen auch vorkommen, „dass ihr im Hafen von Kuala-Lumpur liegt, Bacardi-Rum trinkt und euch von einer braunen Perle den Rücken massieren lasst.“

Vor kurzem sagte der Präsident des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) Ulrich Birkenheier, die Bundeswehr sei für „Rechtsextremisten“ besonders attraktiv, „weil dort eine bestimmte Struktur herrsch[e].“⁴ Er bezog sich dabei auf seinen Bericht über die bei der Bundeswehr als „Extremisten“ Enttarnten. Solch traurige Selbsteinsicht des Bundeswehr-Geheimdienstes in die anscheinend verbreiteten nazistischen Realitäten bestätigte sich auch in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Partei die Linke (Drucksache 17/14670) im Anschluss an die Enttarnungen des MADs. In dieser Antwort wird eine Auswahlliste von 67 Fällen mit den jeweiligen Vergehen der Rechtsradikalen in Uniform für das Jahr 2012 im Anhang präsentiert. Zum Beispiel wurde ein Kind in Afghanistan zum Zeigen des „Deutschen Grußes genötigt“, eine Zivilistin als „Kommunistenschlampe“ beschimpft, Hakenkreuze an der Stubentür aufgehängt, die Shoa geleugnet und besonders häufig der Hitlergruß gezeigt oder rechte Musik gehört.⁵

Mit diesem Vorwissen beobachte ich meine Gruppe beim Truppenbesuch. Da am Vortag Bundestagswahlen stattfanden, diskutieren einige junge Männer beim ersten Antreten in Dreierreihe vor dem Wohnschiff: „Außer der NPD kann man doch eh nichts wählen“, sagt einer, den ich aufgrund seines Kleidungsstiles als Neonazi zu erkennen glaube. Einige aus der Gruppe widersprechen. Um 22.30 Uhr ist Zapfenstreich, das Zeitfenster zu duschen nach dem montäglichen Vortrags- und Essmarathon bis kurz vor 22 Uhr ist also kurz. Doch als ich mich mit dem Handtuch unter dem Arm der Gemeinschaftsdusche nähere, grölt es aus der Dusche, „ich male dir gleich ein Hakenkreuz auf die Stirn“, „und ich dir Nachts eins auf den Bauch“ – an diesem Abend verzichtete ich darauf zu duschen. Am nächsten Morgen



Antreten in Dreierreihen zur Einschiffung auf dem Einsatzgruppenversorger. Foto: IMI/Thomas Mickan.

weckt uns um 5.45 Uhr eine Lautsprecherstimme „Rrrreise, Rrrreise, aufsteeehen“ und das grelle Licht in der engen 6-Personen-Kammer vollbringt ein Übriges. Nach dem Appell marschieren wir verschlafen eine viertel Stunde zum Frühstück. In Dreierreihe geht es von dort weiter Richtung Schiff. Als der uns begleitende Soldat kurz stehen bleibt und mit seinen Kameraden raucht, entsteht Unsicherheit, welcher Weg durch die eintönig aussehende Kasernenlandschaft weiter zu wählen ist. „Immer der politischen Richtung nach: Rechts!“ schreit es in der ersten Reihe, die Gruppe lacht und dreht inklusive mir nach Rechts um. Am Schiff angekommen, gehen wir nach kurzer Einweisung auch durch den bereits erwähnten Presseoffizier an Bord des Einsatzgruppenversorgers Frankfurt am Main. An der Gangway steht ein junger Soldat Wache. „Bei dem muss aber erst einmal überprüft werden, ob der überhaupt Deutscher ist“, tönte es abfällig mit dem dazugehörigen Gelächter aus unseren Reihen. Im späteren Verlauf der Reise versuche ich meine Eindrücke immer wieder mit Personen aus der Gruppe zu reflektieren, ich spreche sie beispielsweise an, wie sie denn die rechtsradikalen Vorfälle finden: „Schlimm“, sagt einer, der sich zur Offizierslaufbahn beworben hat, „aber besonders schlimm finde ich, wenn die Türken sich in Deutschland nicht integrieren.“

Ein Schiffsausflug und das Verständnis von Elite

Ein kleiner Teil der Gruppe verbringt die gut siebenstündige Ausfahrt auf dem Minenjagdboot Herten. Warum gerade diese 15 Personen das Glück hatten, aufgerufen zu werden und was sie erlebten, weiß ich nicht. Lediglich das Verteilen von Brechtüten an diese erfreut mich und den Rest der Gruppe. Nachdem der Montagabend mit den Rekrutierungsvorträgen bis spät in die Nacht mich eher an eine Verkaufsveranstaltung auf einer schlechten Kaffeefahrt erinnerte, genieße ich das sonnige Wetter an Bord bei ruhiger See am Dienstag. Für reichlich Essen, schmissige Musik und ein Grillfest mit reichlich Fleisch am Abend ist jedenfalls gesorgt. Der Ausflug dient aber nicht nur der Unterhaltung, sondern auch dem Kennenlernen eines Schiffes als Einsatzort und den Gesprächen mit der Besatzung und den Karriereberater_innen, die uns nie von der Seite weichen. Einer von ihnen erzählt mir später im lockeren Gespräch, dass in den letzten zwei Monaten über 3.500 junge Menschen die Sonderaktion nutzten,⁶ dass die Marine sich das richtig was kosten lasse und dass die

Ausfahrt extra für uns stattfindet. Die angekündigte Hubschrauberlandung muss bei unserer Gruppe leider wegen technischer Probleme abgesagt werden,⁷ aber immerhin findet ein Manöver mit der Herten statt: ein Postsack wird herüber geschossen und gezogen.

Auf Deck der Frankfurt am Main teilt sich die Gruppe in kleinere Grüppchen je nach gewünschtem späteren Verwendungszweck beziehungsweise Dienstgrad auf. Bei den Offizieren (m/w) und Unteroffizieren (m/w), finden sich je ausreichend Personen (ich melde mich bei den Offizieren). Erstaunlicherweise meldet sich niemand bei den Mannschaftsdienstgraden, obwohl ich aus vorangegangenen Gesprächen sicher weiß, dass einige aufgrund ihrer Schulabschlüsse sich nur hierfür bewerben können. Ich vermute, dass soziale Unsicherheit und die Angst vor einem vermeintlichen Eingeständnis von Leistungsschwäche dahinterstecken, die in dem hierarchischen System Militär sich potenzieren.

Dieser Umstand fiel mir bereits am Vorabend auf, als in den Vorträgen die Offiziere immer wieder auf die Kampfschwimmer zurückkamen, eine als Elite vermittelte Spezialeinheit der Marine. Nach Aussage der Karriereberaterin gebe es seit Bestehen der Bundeswehr erst 100 Männer, die dort aufgenommen wurden, im Grunde für eine solche Veranstaltung also kein nennenswerter Laufbahnweg. Doch in der andauernden Präsentation als geheimer, waffenstarrer Orden begannen die Augen der Jugendlichen und jungen Menschen zu leuchten. Die Kampfschwimmer bestimmten fortan die Pausengespräche und die Nachfragen bei den Karriereberater_innen. Militärische Hierarchie heißt bei der Bundeswehr selbstverständlich auch Befehl und Gehorsam. Es bedeutet aber ebenso, dass eine Welt des sozialen Aufstiegs den potenziellen Rekrut_innen präsentiert wird, die Karriere und Prestige unabhängig vom Schulabschluss usw. versprechen. Dass Spezialeinheiten wie die Kampfschwimmer für die Bundeswehr zunehmend zum Rekrutierungswerkzeug werden, zeigt auch das zum Zeitpunkt des Besuches gerade erschienene Y, das Magazin der Bundeswehr (Höhepunkt des Heftes ist ein, wie bei der Bravo, herausnehmbares Poster mit der klassischen Formation des Kommandotrups anhand ihrer Funktion und Waffen). Auch in der Darstellung der Y umgibt die Spezialeinheiten der Hauch des Geheimen und Effizienten. Sie werden dort zu einer unsichtbaren Elite, die zwar Großes vollbringe, aber keine öffentliche Anerkennung erfahre.⁸ Hier ergänzt sich ein vormodernes ständisches Prinzip (Mannschaften, Unteroffiziere, Offiziere), mit dem neo-



Abschlussgrillen an Deck der Frankfurt a. Main ... Foto: IMI/Thomas Mickan

liberalen Geist, dass jede_r, wenn sie oder er sich nur genügend anstrengt, zur Elite gehören kann. Ein Versprechen, das selbstverständlich den gleichen neoliberalen Mechanismen wie im zivilen Leben zum Opfer fällt, gleichsam wie die vermeintliche Durchlässigkeit der Militärstände auch schon zuvor stark von der sozialen Herkunft usw. geprägt war.⁹

Die Frage des Tötens

Ein letztes noch zu der Frage des Tötens. Die Bundeswehr erwidert bei Kritik an ihren Werbe- und Rekrutierungsveranstaltungen beispielsweise an Schulen, dass dort durchaus über die Gefahren und moralischen Probleme beim Bundeswehreinsatz offen gesprochen wird. Ich muss jedoch für meinen Besuch feststellen, dass dieses zentrale Thema zu einer wirklichen Randbemerkung verkommen ist. Formulierungen wie „es müsse auch einmal die Waffe gebraucht werden“, sind eben etwas ganz anderes, als „ihr werdet unter Umständen auch töten müssen, und falls ein Kind mit einem Bombengürtel auf euch zufährt, auch dieses, dessen toter Blick euch ein Leben lang verfolgt; oder ihr müsst unter Umständen Bombenabwürfe befehlen, die viele Zivilisten zerfetzen“ beziehungsweise in Bezug auf den eigenen Tod: „es ist möglich, dass ihr getötet werdet, das kann ein langes Sterben sein, ihr könnt querschnittsgelähmt sein oder schwer traumatisiert werden, so dass ihr euch und eure ganze Familie ins Unglück reißt“. Dass die Marine sich aber anscheinend nicht in diesen Szenarien sieht, legt der Offizier am ersten Tag des Truppenbesuches mit seiner Folie zum Auftrag der Marine auf. Darauf ist unter anderem zu lesen: Schutz von Handelswegen und humanitäre Hilfe. Er fragt in die große Runde, ob uns denn eine solche humanitäre Hilfe einfallt. Großes Schweigen, dann zögerliches Melden „Kosovo?“, „Ja, auch, aber noch etwas ganz anderes – na, die Fluthilfe in Deutschland!“ Die Bundeswehr als Technisches Hilfswerk verkauft sich eben besser als ihr militärisches Wirken. Wenig später wird noch ein ähnliches, quasi ziviles Beispiel genannt: die von der Marine betriebenen zwei Dornier Do 228 Maschinen, die vor der deutschen Küste Schiffe dokumentierten, die illegalerweise ihr Altöl ins Meer ablassen.

...ich werde mich nicht bewerben.

Mein Interesse an den Verwendungen bei der Marine ist gestillt, ich werde mich nicht bewerben. Einige Eindrücke meines Besuches habe ich hier versucht auszuführen. Was noch unerwähnt

ist für Menschen, die mit dem Gedanken spielen, sich in Uniform zu kleiden, ist die große Langeweile an Bord bei den 4-6 monatigen Einsätzen in der kargen Schiffsatmosphäre, das Ende von Privatsphäre in den engen Mehrpersonenkammern und von selbstbestimmter Freizeitgestaltung. Auch die hohen Trennungsraten von Paaren, insbesondere bei Offizieren, aufgrund häufiger Standortwechsel sollen nicht unerwähnt sein. Vielleicht mache ich noch ein Truppenpraktikum, das den Meisten mit denen ich sprach, auch im Gespräch mit den Karriereberater_innen immer wieder empfohlen wurde. Dafür müsse ich nur bei der Personalstelle der jeweiligen Kaserne anrufen. Die Marine letztlich feiert „Marine LIVE!“ als großen Renner und möchte es nächstes Jahr wieder stattfinden lassen.¹⁰ Vielleicht melden sich ja auch ein paar Friedensbewegte, um der Marine einen Besuch abzustatten. LIVE!

Anmerkungen

- 1 BMVg (2013): Die Marine stellt sich vor. www.bmvg.de.
- 2 Zu den Forderungen des Bündnisses und dem deutschen Ausnahmefall für Straight-18, vgl. www.kindersoldaten.info/Forderungen.html.
- 3 Zum leider ausgesprochen unkritischen Bericht des NDR vgl.: Hain, Frauke (NDR, 24.9.2013): „Marine muss man erleben“, www.ndr.de/regional/schleswig-holstein/marine641.html.
- 4 Vgl. z.B.: tagesschau.de (14.7.2013): Etwa 400 Extremisten in der Bundeswehr, www.tagesschau.de/inland/bundeswehr666.html.
- 5 Auch die große Diskrepanz von „Verdachtsfällen“ (2010/2011: 963; 2012: 338) zu „erkannten Rechtsextremisten“ (2010/2011: 69; 2012: sieben!) und vorzeitigen Entlassungen (2010-2012: 18!) zeigt kein entschlossenes Vorgehen des Verteidigungsministeriums gegen Rechtsradikale in der Truppe.
- 6 Bei der Homepage der Bundeswehr wird von 800 verfügbaren Plätzen, bei über 1.000 Bewerbungen gesprochen. Vgl. BWTV (2013): Berufsorientierung - Die Marine live erlebt, www.marine.de.
- 7 Wie eine solche Übung mit gezückten Waffen und dem Abseilen vom Hubschrauber aussehen kann, dokumentiert BWTV, vgl.: BWTV (2013): Berufsorientierung - Die Marine live erlebt, www.marine.de.
- 8 Vgl. Y, Ausgabe Spezial September 2013, u.a. Thiels, Christian: Die Öffentlichkeit wird es nie erfahren, S. 110. Besonders hervorheben möchte ich den Artikel mit der unsäglichen Überschrift „Das tapfere Leben einer Soldatenfrau“, bei der über die Partnerschaft mit einem Kampfschwimmer berichtet wird: „Liebe ist stärker als Angst.“ vgl. Jüttner, Björn (2013): Das tapfere Leben einer Soldatenfrau. Liebe ist stärker als Angst, S. 104-107.
- 9 Vgl. vom Hagen, Ulrich (2012): Homo militaris. Transcript, insbesondere 242f.
- 10 BWTV (2013): Berufsorientierung - Die Marine live erlebt, www.marine.de.

„...und irgendwann fahren Panzer drüber“

Ein Beispiel für Geheimdienstforschung und vielsagende Rechtfertigungen

von Christoph Marischka

So richtig will es Alexander Waibel vom berühmten Karlsruher Institut für Technologie (KIT) niemand abnehmen, dass er sich nichts zu Schulden hat kommen lassen. Mit der arg flapsigen Rechtfertigung, „[d]ie Forschung seiner Arbeitsgruppe diene ‚humanitären Einsätzen‘... Waibel: „Das ist alles öffentliche Grundlagenforschung“ beendete etwa der Spiegel Online seinen Bericht über die mutmaßliche Zusammenarbeit des Kognitionswissenschaftlers mit dem US-amerikanischen und dem deutschen Geheimdienst.¹ Die Sendung „Campus & Karriere“ des Deutschlandfunks zitiert ihn mit den Worten, „[j]a, wir kennen natürlich die Leute alle in der amerikanischen Regierung, ja, aber wir haben nie classified research gemacht“, um dann zu schlussfolgern: „Professor Waibel ist sich also bewusst, dass seine Forschung auch durch Geheimdienste genutzt wird, aber, er habe keine direkten Aufträge von ihnen erhalten und durchgeführt.“² Fast alle berichtenden Medien griffen folgendes Bild aus der Rechtfertigung Waibels auf: „Das gesamte Wissen, das in der Spracherkennung entsteht, das ist wie Straßenbau. Wissen Sie, Sie können Straßen bauen und dann fahren Autos drüber und irgendwann fahren Panzer drüber.“³ Das ist die Argumentation des „Dual Use“ in Reinform: Man baut eine Straße und interessiert sich nicht, wer darauf fährt - als ob das nicht davon abhinge, von wo die Straße wohin führt und für wen sie gebaut würde.

Der Vorwurf, gegen den Waibel sich wehrte, bestand darin, dass der US-amerikanische Geheimdienst NSA seine Forschung nutze, um abgehörte Telefongespräche quasi in Echtzeit in einen digitalen Text der jeweiligen Sprache und ins Englische zu übersetzen, der dann mit verschiedenen Datenbanken abgeglichen und auf bestimmte Schlagwörter untersucht würde. Außerdem berichtet das ARD-Magazin Fakt, dass Waibel u.a. für das US-amerikanische Forschungsprogramm „Total Information Awareness“ gearbeitet habe, dessen Gelder 2003 vom Kongress gestrichen wurden, das anschließend jedoch aus eigenen Mitteln der Geheimdienste inoffiziell weitergeführt wurde. Das Karlsruher Institut für Technologie räumte auch ein, dass Projekte von Waibel von der Forschungsagentur des US-Verteidigungsministeriums, DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency), und ihrem Pendant für die Geheimdienste, der IARPA (Intelligence Advanced Research Projects Activity), gefördert worden seien. Diese Projekte habe Waibel allerdings nicht am KIT, sondern als Professor an der Carnegie Mellon Universität in den USA durchgeführt. Das ARD-Magazin behauptet jedoch, auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung habe bis zum Jahr 2000 Aktivitäten Waibels finanziert, „die amerikanischen Geheimdienst- und Militärprogrammen zugute kamen“.⁴ Zudem habe Waibel eine Firma gegründet und mitsamt Know How an einen Unternehmer verkauft, der diese Technologien für den deutschen Auslandsgeheimdienst BND weiterentwickelt und diesem zur Verfügung gestellt habe.⁵

Interessant ist es nun zu beobachten, wie sich die beteiligten Akteure rechtfertigen und aus der Verantwortung zu winden ver-

suchen. Das KIT, an dem seit seiner Gründung aus der Fusion der Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum Karlsruhe heftig um die Einführung einer Zivilklausel gestritten wird, die zumindest Forschung im Auftrag der DARPA verhindern sollte, verweist darauf, dass Waibel eben diese Forschung lediglich an der Carnegie Mellon Universität durchgeführt habe, während er von seiner 50%-Stelle in Karlsruhe beurlaubt

war.⁶ Das zweite Argument, welches das KIT vorbringt, besteht darin, dass Waibel in Karlsruhe keine „Geheimforschung“ betrieben hätte. In einer Mail an die Informationsstelle Militarisierung macht das eine Pressereferentin geradezu überdeutlich: „Professor Waibel hat keine Geheimforschung betrieben, an seinen Instituten wird ausschließlich öffentliche Forschung gemacht, alle Ergebnisse sind öffentlich zugänglich.“

Diese Argumentation, „dass durch eine Veröffentlichung der Forschungsergebnisse ein kriegerischer Missbrauch ausgeschlossen werden kann“, ist auch aus der Auseinandersetzung um die Zivilklausel an der Universität Tübingen gut bekannt.⁷ Sie wurde dort etwa vom für die Forschung zuständigen Prorektor Herbert Müther auf einer Podiumsdiskussion zum Abschluss einer Ringvorlesung zur Zivilklausel vorgebracht. Das Schwäbische Tagblatt berichtete hierüber unter dem Titel „Transparenz ist der Schutz“⁸: „...als Physiker erlebte er [Müther] in den USA, wie militärische Forschung an Universitäten durch Geheimhaltung gekennzeichnet war. Militärische Forschung ‚in dem Sinn‘ sei aber an einer deutschen Uni mit ihrem Freiheits- und Offenheitsgebot gar nicht machbar... Der beste Weg, nicht-zivile Ziele, Ergebnisse oder Verwertungen von Forschungsprojekten zu erkennen, ist für Müther die größtmögliche Transparenz und Öffentlichkeit.“ Untermauert hatte Müther das mit der Beschreibung einer Situation damals in den USA, als plötzlich ein Panzer vor ihm gestanden und seine Kanone auf ihn gerichtet hätte, als er auf den falschen Teil des Campus geraten sei.⁹ Da war er auch schon, der Panzer als Symbol des Militärs. Es sollte nicht verwundern, dass allzu plumpe Vorstellungen des Militärischen zu ebenso plumpen Vorstellungen des Zivilen führen. Als „Mindestforderungen für die Umsetzung einer Zivilklausel“ schlussfolgert Thomas Nielebock dann auch in dem Sammelband über die Tübinger Ringvorlesung¹⁰ (der mit Fug und Recht als Argumentationsanleitung für Befürworter von Feigenblatt-Zivilklauseln gelten darf) ergebe sich somit „das Verbot von Forschung mit Geheimschutzklauseln (militärischer oder privater Art)“ und „das Veröffentlichungs- und das Vorab-Informationsgebot über Forschungsprojekte, um dem Transparenzversprechen Genüge zu tun.“

Was hätte nun ein solches „Vorab-Informationsgebot“ im Falle des Herrn Waibel am KIT bedeutet? Es hätte sich sicherlich nicht auf die Forschung an der Carnegie Mellon Universität erstreckt und auch nicht auf seine privatwirtschaftlichen Aktivitäten, die wohl mittlerweile dem BND dienen. „Wenn dieselbe Person einen Hochschul-Lehrstuhl und ein außerhochschulisches Institut leitet, könnte die militärische Forschung in das letztere ausgelagert werden“,¹¹ warnt schon Jürgen Altmann in einem der Beiträge des Sammelbandes. Die Forschung Waibels am KIT, die jedoch sicherlich auch in seine privatwirtschaftliche Tätigkeit und Projekte in den USA eingeflossen sein dürfte, hätte hingegen wenig Verdacht erregt. Das durch das Bundesministerium geförderte Projekt Waibels jedenfalls trug den unscheinbaren Titel „Verbamobil“ und zielte vermeintlich auf die maschinelle



Screenshot von der Homepage des EU-Projektes Bridge

Übersetzung von Spontansprache primär für Geschäftsreisende, beinhaltet jedoch auch tiefgehendere Forschung zur Integration verschiedener Ebenen semantischer Analyse. Träger dieses Projektes war das Deutsche Zentrum Luft- und Raumfahrt (DLR), federführend war das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), eine GmbH, an der mehrere Bundesländer und Industrieunternehmen bei Förderung durch den Bund beteiligt sind. Sowohl das DLR, wie auch das DFKI pflegen enge Beziehungen mit den wichtigsten deutschen Rüstungsunternehmen und sind u.a. wichtige Akteure bei der Forschung an Drohnen. Als privatwirtschaftliches "Spin-Off" hat die in Pittsburgh, USA, ansässige Firma "Mobile Technologies" unter Prof. Waibel unter anderem eine Anwendung für Smartphones zur mobilen Sprachübersetzung entwickelt.

Das KIT hingegen hebt in seiner Stellungnahme insbesondere die von der Europäischen Union geförderte Forschung Waibels hervor: "Am KIT wird seine Arbeit vor allem von der Europäischen Union gefördert und dient z. B. der Übersetzung gesprochener Sprache zur Kommunikation in der EU. Im Projekt EU-Bridge entwickelt er am KIT eine Software zur Vorlesungs-Simultan-Übersetzung, mit deren Hilfe ausländische Studierende deutsche Vorlesungen verstehen können." Eine solche Projektbeschreibung an sich hätte bei Vorab-Information gegenüber einer Ethik-Kommission sicherlich wenig Zweifel erweckt, selbst wenn es auf der Homepage des Forschungsvorhabens bereits etwas ausführlicher heißt: „Das Projekt wird Streaming-Technologie bereitstellen, die Sprache aus Vorlesungen, Meetings und Telefongesprächen in Text in einer anderen Sprache konvertieren kann“.¹² Unter dem vertraueneinflößenden Namen „Bridge“ (Brücke) geht man dabei natürlich zunächst intuitiv von einer konsensualen Konvertierung in digitalen Text und Übersetzung aus. Die Verschränkung mit geheimdienstlich und militärisch geförderter Forschung und privaten wirtschaftlichen Aktivitäten und Kontakten, die letztlich dazu führten, dass die Technologie nicht „irgendwann“, sondern zuerst großflächig von Geheimdiensten und damit sicherheitspolitsich eingesetzt wird – dass die Strasse in Wirklichkeit für Panzer gebaut ist, um dieses plumpe Bild mit einhergehender Ungenauigkeit zu bemühen –, wären einer solchen Kommission wahrscheinlich verborgen geblieben. Selbst wenn sie offen gelegt worden wären, hätten sie kaum zu einer Ablehnung des Projektes geführt, weil ja die Wissenschaftsfreiheit ein hohes Gut ist und die meisten Wissenschaftler_innen sich gegen Kontaktverbote zu Akteuren wie den Geheimdiensten und dem Militär verwehren.

Letzteres vermag dann vielleicht auch die – gerade für einen Sprachforscher – ungeschickt erscheinende, weil militärisch konnotierte Formulierung „humanitäre Interventionen“ erklären, wo Waibel doch eigentlich Folgendes meinte: „Diese Übersetzungsprogramme seien ... vorrangig für Katastrophenhilfe-Einsätze der Army im Ausland gedacht“ und seine Forschung ermögliche, „dass in Entwicklungsländern Ärzte mit ihren Patienten kommunizieren können“.¹³ Beispiele aus Tübingen zeigen, dass die Argumentation von Wissenschaftlern, denen militärnahe oder militärische Forschung vorgeworfen wird, sehr häufig zweigleisig verläuft: Erstens diene die Forschung nicht primär dem Militär (wobei als Beweis deren „Öffentlichkeit“ dient) und zweitens hätten sie an einer Nutzung durch das Militär auch nichts auszu-

setzen. So äußerte sich etwa der in der Drohnenforschung tätige Neurowissenschaftler Professor Hanspeter Mallot gegenüber dem Deutschlandfunk einst mit den Worten: „Es ist erstens keine Militärforschung“. Zugleich machte er jedoch deutlich: „Wenn der Staat sich eine Armee leistet, und es steht im Grundgesetz, dass er das darf, und das finde ich auch richtig, dann können die Forschungseinrichtungen eigentlich nicht sagen: Wir entwickeln Euch aber keine Ausrüstung. Das finde ich unehrlich“.¹⁴ Ähnliche Argumentationen zeigten sich bei der Rechtfertigung der Honorarprofessur für den Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Ischinger, und bei der Forschung zu Organophosphaten, also chemischen Waffen und möglichen Gegenmitteln, für das Verteidigungsministerium.

Etwas ungewöhnlich hingegen war die Strategie Waibels, sich aus der Schusslinie zu nehmen, indem er andere beschuldigte: „Waibel sagte weiter, in Deutschland gebe es jede Menge wissenschaftliche Institute, die geheime Militärforschung betreiben. 'Dass die Recherchen ausgerechnet zu mir geführt haben, macht mich sprachlos.'“¹⁵ Das Waibel und seine Forschung kein Einzelfall und vielleicht auch gar nicht besonders militär- und geheimdienstnah sind, mag durchaus zutreffen. Ein gutes Beispiel für die vielfältigen Verquickungen zwischen Geheimdiensten, Militär und Wissenschaft ist er allemal – und für die plumpen Rechtfertigungsstrategien der beteiligten Wissenschaftler_innen und ihr häufig fehlendes Verantwortungsbewusstsein erst recht.

Anmerkungen

- 1 „Spracherkennung: Deutsche Uni forschte mit Geld von US-Geheimdienstagentur“, Spiegel Online vom 4.9.2013.
- 2 „Waibel: Habe keine Geheimforschung für NSA betrieben“, in: Campus & Karriere, Deutschlandfunk vom 4.9.2013.
- 3 Ebd.
- 4 „Deutsche Forschung für US-Geheimdienste“, FAKT-Sendung vom 3.9.2013, Manuskript unter: <http://www.mdr.de/fakt/ueberwachung144-download.pdf>.
- 5 Zur Rolle der Firma „Lernout & Hauspie“ ausführlich: Matthias Monroy: Deutsche Forschungen zu Spracherkennung für US-Geheimdienste erinnern an Lernout & Hauspie, den BND und EUROPOL, in: Netzpolitik.org vom 4.9.2013.
- 6 Die Angaben in diesem Absatz beziehen sich auf eine Stellungnahme des KIT, die dem Deutschlandfunk vorlag und auf Anfrage auch der Informationsstelle Militarisierung zugesandt wurde.
- 7 Thomas Nielebock: Zur Ausgestaltung einer Zivilklausel - Anregungen aus den Tübinger Vorträgen und Debatten, in: Simon Meisch, Thomas Nielebock, Volker Harms: Zivilklauseln in Forschung, Lehre und Studium - Hochschulen zum Frieden verpflichtet, Baden-Baden 2012.
- 8 „Transparenz ist der Schutz - Wo darf die Zivilklausel der Forschung Grenzen setzen?“, Schwäbisches Tagblatt vom 2.2.2012.
- 9 Erinnerung des Verfassers.
- 10 Meisch, Nielebock, Harms, a.a.O.
- 11 Ebd.
- 12 Startseite der Homepage www.eu-bridge.eu.
- 13 NSA-Abhörskandal - Deutsche Forschung für die NSA?, Heise Newsticker (mit Update) vom 4.9.2013.
- 14 Andrea Rehmsmeier: Kalter Krieg am Campus - Der Streit um die Zivilklausel an deutschen Hochschulen, in: Wissenschaft im Brennpunkt, Deutschlandfunk vom 3.3.2013.
- 15 „Karlsruher Forscher wehrt sich gegen NSA-Verdacht“, welt.de vom 4.9.2013.

Deutsche Rohstoffinteressen in Afrika und das Beispiel Kongo

von Jürgen Wagner

Afrika ist nicht zuletzt aufgrund seines Rohstoffreichtums zum Objekt der Begierde und damit zunehmend auch und gerade Schauplatz deutscher Interessenspolitik geworden. Diesem Thema widmete sich ausführlich ein Mitte August 2013 von der CDU-nahen „Konrad Adenauer Stiftung“ (KAS) veröffentlichter Sammelband mit dem Titel „[Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe](#)“. In dem Bericht wird massiv gefordert, sich stärker um afrikanische Rohstoffe zu bemühen, während gleichzeitig für Armut und Unterentwicklung auf dem Kontinent primär lokale Faktoren verantwortlich gemacht werden. Demgegenüber beschäftigt sich der ebenfalls kürzlich erschienene „[Africa Progress Report 2013](#)“ kritisch mit den Folgen westlicher Rohstoffausbeutung am Beispiel des Kongo.

Rohstoffe und Interessenspolitik

An der Notwendigkeit, Rohstoffe stärker in den Blick zu nehmen, lässt Günter Nooke, der persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, in seinem KAS-Beitrag keine Zweifel aufkommen: „Das Interesse Deutschlands: Unsere Exportwirtschaft ist mehr als jede andere auf freien Handel und ein ausreichendes Angebot an Rohstoffen zur Versorgung der Industrie angewiesen.“ Afrika komme dabei eine zunehmende Bedeutung zu: „Fast die Hälfte der 54 Staaten des afrikanischen Kontinents wird zu Recht als rohstoffreich bezeichnet. Hier wurden und werden auch in den nächsten zehn Jahren mit der Vergabe von Explorations- und Abbaulizenzen Weichen für Jahrzehnte gestellt.“

Auffällig ist, dass militärpolitische Maßnahmen zur Rohstoffkontrolle in dem Sammelband keine Erwähnung finden. Vielmehr sieht man vor allem die Entwicklungspolitik in der Pflicht, „geeignete“ Rahmenbedingungen für die deutschen Unternehmen zu schaffen. Erste positive Schritte in diese Richtung seien Nooke zufolge bereits unternommen worden: „Unsere Entwicklungszusammenarbeit widmet sich stärker als früher der Umfeldgestaltung für Privatinvestitionen; in mehreren Ländern sind Berater im Rohstoffbereich tätig.“

Gleichzeitig mangelt es nicht an Lippenbekenntnissen, man sorge sich auch sehr um das Wohlergehen der lokalen Bevölkerung. Allerdings sieht man die Hindernisse für eine gerechtere Verteilung der Rohstoffeinnahmen nahezu ausschließlich bei den Regierungen vor Ort. Diese Kernbotschaft, dass Afrikas Probleme primär hausgemacht seien, wird im Fazit der beiden KAS-Mitarbeiter Sebastian Barnet Fuchs und Christian Hübner folgendermaßen transportiert: „Ob Rohstoffe Fluch oder Segen bringen, entscheidet vor allem die Politik vor Ort.“

Eine lange Liste von – an sich nicht einmal falschen – lokalen Problemen präsentieren Stormy-Annika Mildner und Julia Howald, beide von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“: „Viele [Entwicklungsländer] weisen schlechte oder nicht funktionierende Institutionen, weit verbreitete Korruption, Rentierverhalten und Misswirtschaft, massive Einkommensunterschiede in der Bevölkerung, hohe Armut vor allem in den ländlichen Gegenden und ein erhöhtes Risiko von Konflikten und Gewaltausbrüchen innerhalb ihrer Gesellschaft auf. Häufig fließt nur ein

Bruchteil des Steuerpotenzials in die Staatskassen. Umwelt- und Ressourcenschutz sowie soziale Aspekte werden oft vernachlässigt, wichtige Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur unterbleiben und die Einnahmen aus der Rohstoffförderung kommen nur wenigen zugute. Die Liste der rohstoffreichen Länder, die sich mit internen

Konflikten konfrontiert sehen, ist lang: die DR Kongo, der Sudan und Angola sind nur einige der prominenteren Beispiele.“

Allerdings ist es wohlfeil, die Verantwortlichkeit derart abzuwälzen und selbst die Hände in Unschuld zu waschen. Bei aller Kritik an vielen Regierungen auf dem Kontinent, die westliche Politik ist mindestens ebenso schädlich – etwa im Kongo.

Kongo: Ungerechte Rohstoffausbeutung

Um kaum ein anderes Land hat sich die „internationale Gemeinschaft“ derart intensiv bemüht, wie um den Kongo. Allein vier Einsätze der sog. „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) fanden dort statt, zwei davon dauern bis heute an. Darüber hinaus ist in dem Land die mit Abstand größte UN-Truppe – MONUSCO mit etwa 22.000 Mann – stationiert, die zunehmend offensiver gegen Gruppen vorgeht, die gegen die Regierung kämpfen.

Was neben dem Bürgerkrieg auch noch floriert, sind augenscheinlich die Profite multinationaler Konzerne, die sich die desolate Situation des Landes zunutze machen. So untersuchten verschiedene Nichtregierungsorganisationen die Vertragsabschlüsse des kongolesischen Staates mit zwölf internationalen Bergbau-Unternehmen. Die 2008 veröffentlichten Resultate waren ernüchternd und veranschaulichten, weshalb sich Präsident Joseph Kabila im Westen bis heute großer Beliebtheit erfreut: „Von den 61 begutachteten ‚Joint Venture‘-Verträgen wurde hier kein einziger als akzeptabel bewertet, 38 hingegen als revisionsbedürftig und 23 als nicht verhandelbar, also aufzulösen. Nicht weniger als zwei Drittel der Verträge waren in den Jahren 2003 bis 2006 abgeschlossen worden, also während der Interimsregierung.“ ([afrika-bulletin Jan./Feb. 2008](#))

Viel hat sich an diesen Ausbeutungsmechanismen leider nicht geändert, wie aus dem kürzlich erschienenen „[Africa Progress Report 2013](#)“ zum Thema „Gerechtigkeit mit Rohstoffen“ hervorgeht. In der [Pax Christi-Pressemitteilung](#) zum Bericht wird Jean Djamba von der Pax Christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika folgendermaßen zitiert: „Die Studie ‚Gerechtigkeit mit Rohstoffen‘ legt die Finger auf offene Wunden. Sie zeigt z.B. auf, dass multinationale Konzerne durch Rohstoffausbeutung doppelt so viele Geldmittel aus Afrika abziehen, als durch sogenannte Entwicklungshilfe den Kontinent erreichen. Am Beispiel der Demokratischen Republik Kongo wird dargestellt, wie Briefkastenfirmen für Schürfrechte ‚einen Pappenstiel‘ bezahlen und diese in Einzelfällen in Steueroasen kurz darauf mit hohem Profit weiter veräußern.“ Exemplarisch seien fünf Fälle ausgewählt worden und obwohl die kongolesische Regierung zugesagt habe, bei der Vergabe künftig transparenter und stärker im Interesse der Bevölkerung (bzw. der Staatskasse) vorzugehen, seien die Resultate weiterhin schockierend: „Allein für die fünf untersuchten Verträge beläuft sich der Verlust für den Kongo auf 1,36 Mrd. Dollar. Eine aufschlussreiche Bezugsgröße zu solchen Summen sind die 698 Mio. Dollar, die der kongolesische Staat derzeit für Gesundheitsfürsorge und Bildung ausgeben kann und die Tatsache, dass im Kongo 17 von 100 Kindern sterben bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen.“

Die Multipolarisierung und der falsche Weltordnungsantagonismus

von Mirko Petersen

Nach dem Ende des Kalten Krieges schien die Macht der USA absolut zu sein. Die Vorstellung, dass am Ende der Blockkonfrontation zwei Großmächte auf Augenhöhe Frieden schließen, musste schnell begraben werden. Der offizielle Ausruf „No Winners, no losers“ war reine Kosmetik und die neuen Machtverhältnisse nach der Auflösung des Warschauer Pakts und der Implosion der Sowjetunion wurden schnell deutlich. Am 28. Januar 1992 nahm der damalige US-Präsident George H.W. Bush keine Rücksicht mehr und verkündete: „Mit Gottes Gnaden, Amerika hat den Kalten Krieg gewonnen.“⁴

Der Hauptnachfolgestaat der Sowjetunion, Russland, versank im Chaos und war vorübergehend kein bestimmender Akteur auf der internationalen Ebene mehr. Der Politologe Janusz Bugajski meint sogar: „Russland erlebte den tiefgehendsten ökonomischen, politischen und militärischen Kollaps eines Imperiums, das nicht im Krieg besiegt wurde.“² In Osteuropa eröffneten sich dadurch für die einzig verbliebene Weltmacht vollkommen neue Möglichkeiten. Der Geostratege Zbigniew Brzezinski war einer der Vordenker des westlichen Vormarsches in den ehemaligen Ostblock. Sein strategischer Plan, den er 1997 formulierte, sah das Vordringen der Vereinigten Staaten und seiner Verbündeten bis nach Zentralasien vor. Durch die Erweiterung der NATO und der EU sowie die Schaffung neuer Pipeline- und Handelsrouten sollte Russland komplett umgangen und marginalisiert werden. Der Geostratege sprach sich gar für eine Dreiteilung des größten Landes der Erde aus.³ Mit der Osterweiterung von NATO und EU, der Unterstützung der pro-westlichen „bunten Revolutionen“ in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und in Kirgisien (2005) sowie diversen Pipelineprojekten wurden bedeutsame Schritte in diese Richtung unternommen und hätte Russland, besonders seit der ersten Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahre 2000, nicht auf internationaler Ebene wieder an Macht zugelegt, wäre eine Umsetzung der ambitionierten Pläne Brzezinskis durchaus möglich gewesen. Doch die Verhältnisse haben sich verschoben und Russland hat zumindest Teile seiner früheren Einflussphäre wieder an sich binden können.

Wenn nun im vergangenen Jahr von ebendiesem Brzezinski zu hören ist, dass die Rolle der Vereinigten Staaten „in Zukunft angesichts der neuen Realitäten in Eurasien subtiler und verantwortungsbewusster ausgeübt werden“ muss und dass „Dominanz durch einen einzigen Staat, egal wie mächtig er ist, [...] nicht länger möglich“ ist, so ist dies ein deutliches Indiz für globale Kräfteverschiebun-

gen in den vergangenen Jahren. Dies lässt sich nicht nur auf Russland, sondern auch auf China und andere aufstrebende Mächte beziehen. Brzezinskis Auffassung nach bedeutet diese neue Epoche in erster Linie, dass die USA „nicht mehr diktieren können. Wir können nicht mehr der abschreckende und für alle internationalen Belange zuständige Akteur auf der globalen Szene sein.“⁴ Auch der National Intelligence Council der Vereinigten Staaten sagt ökonomische und politische Verschiebungen sowie die Entstehung einer zunehmend multipolaren Welt voraus.⁵ In diesem Artikel sollen wichtige Charakteristika dieser aufkommenden multipolaren Welt aufgezeigt werden, vor allem aus wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Perspektive heraus. Im Anschluss erfolgt ein Vorschlag, wie eine Positionierung zu diesen Entwicklungen aussehen könnte.

Weltwirtschaftliche Verschiebungen

Trotz der Vormachtstellung der Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges betont der US-amerikanische Intellektuelle Noam Chomsky, dass die USA bereits seit den 1970er Jahren im wirtschaftlichen Abstieg begriffen sind „und dass der wunderliche Triumphalismus der 1990er Jahre [...] größtenteils auf Selbsttäuschung beruhte.“⁶ Denn auch wenn die Vereinigten Staaten eine Phase von Prosperität und nahezu uneingeschränkter Macht auf der Weltbühne erlebten, so stützte sich ihr Wirtschaftsmodell, vor allem ab den 1970er Jahren, jedoch hauptsächlich auf die Expansion des Finanzmarkts. Die Instabilität dieses Wirtschaftsmodell lässt sich besonders seit dem Platzen mehrerer Spekulationsblasen in den Jahren 2001 und 2002 immer deutlicher beobachten. Trotzdem weiß sich das Finanzkapital, auch in der verschärften Krise ab 2007/2008, an vielen Stellen weiterhin zu behaupten, da es seine Machtressourcen keineswegs eingebüßt hat.⁷

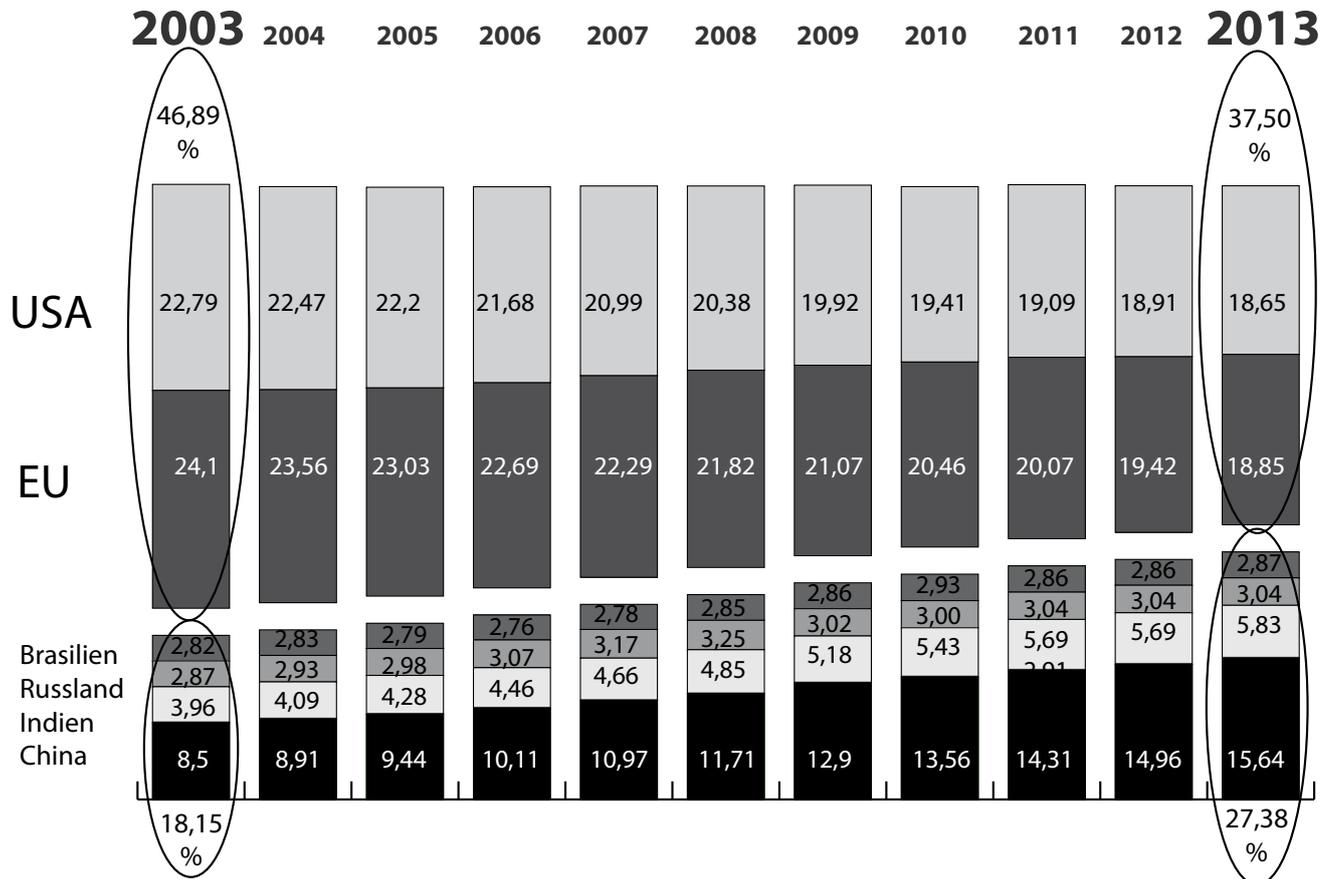
Nach dem Zweiten Weltkrieg – von 1945 bis ca. 1965 – erlebten die USA ihre größte wirtschaftliche Blüte. Als sie ihre Führungsrolle im Produktionsbereich an Westdeutschland und Japan zu

verlieren drohten, konterten sie dies mit der Expansion des Finanzsektors.⁸ Um den Raum für diese Expansion zu sichern, musste – mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) – die bedingungslose Öffnung ausländischer Märkte erzwungen werden. Dies geschah besonders seit den 1980er Jahren, als Lateinamerika eine ganze Reihe von Schuldenkrisen erlebte. „Von verschuldeten Ländern forderte man als Gegenleistung für ein Umschuldungsprogramm die Umsetzung institutio-



Die BRICS-Staatschefs bei ihrem Gipfeltreffen 2012. Foto: Wikipedia, Agencia Brasil CC.

eller Reformen, also etwa die Kürzung der Sozialausgaben, die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und natürlich Privatisierungen. Das Ganze lief unter dem Begriff ‚strukturelle Anpassung‘.“⁹ Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der blitzschnellen



Der Abstieg des Westens - Aufstieg der BRIC-Staaten - Anteile der Staaten/Staatenbünde am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2003 bis 2013 - Grafik IMI auf der Basis von statista.com, IMF

Transformation von real existierendem Sozialismus zu Kapitalismus eröffneten sich noch größere Möglichkeiten für das Finanzkapital. In den betroffenen Regionen konnten lokale Eliten von dem neoliberalen Modell profitieren – der Großteil der Bevölkerung hatte hingegen zeitgleich mit gravierenden sozialen Folgen zu kämpfen. Während das Wachstum der Weltwirtschaft seit der Umsetzung des Neoliberalismus insgesamt nachließ¹⁰, bescherte dieses Wirtschaftsmodell den Vereinigten Staaten – besonders in den 1990er Jahren – eine ökonomische Vormachtstellung. Parallel zum finanzwirtschaftlichen Boom fand in den USA selbst eine enorme Deindustrialisierung statt und insbesondere mit China ist ein neues Produktionszentrum des Industriekapitalismus entstanden (ehemalige US-amerikanische Industriestädte wie die „Motor City“ Detroit bieten heutzutage einen gespenstischen Anblick).

Durch den Absturz der US-Finanzwirtschaft seit dem Platzen der Internet-Spekulationsblase 2001 und verstärkt seit der Wirtschaftskrise ab 2007/08, durch die Loslösung Russlands und Lateinamerikas vom Einfluss des IWF und durch das anhaltende Wachstum Chinas sowie die Ausweitung seines globalen Einflusses scheint die alleinige US-amerikanische Führung in der Weltwirtschaft inzwischen nicht mehr haltbar zu sein. Dies bedeutet, dass wir uns von einer unipolaren hin zu einer multipolaren Weltordnung bewegen. Laut dem Wirtschaftswissenschaftler Robert Kappel „bricht sich eine überwältigende und unaufhaltsame Dynamik Bahn, die vornehmlich in Richtung Asien und Süd-Süd-Kooperationen führt. Viele Regierungen wenden sich von den USA und der EU ab und den regionalen Führungsmächten zu, die zu den neuen Zentren mit Welteinfluss geworden sind.“¹¹ Trotz der Betonung der besonderen neuen Dynamik handelt es sich hier jedoch um einen langsamen, allmählichen Vorgang, weshalb der Begriff „Multipolarisierung“ passend erscheint, um den prozesshaften Charakter hervorzuheben.

Im Zuge der Multipolarisierung steht besonders die globale

Anordnung des Kapitalismus zur Disposition. Die Konflikte um „die Neuorganisation des Kapitalismus“ werden zukünftig „nicht mehr ausschließlich – vielleicht sogar nicht mehr hauptsächlich – in den Ländern der nördlichen Zentren ausgefochten“.¹² Wir sehen uns einer Verschiebung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte Richtung Osten und Süden gegenüber. Bereits zwischen 1980 und 2007 sank der Anteil der G7-Länder¹³ an der Weltproduktion von 55,1 auf 39,5 Prozent.¹⁴ Zudem sind die USA im Jahr 2005 zum größten Schuldenstaat weltweit geworden, während sie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg noch der größte Kreditgeber waren.¹⁵ Die BRICS-Länder – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – hingegen haben ihre Produktion seit 1990 verdoppelt. Dem „Brics Trade and Economic Research Network“ zufolge repräsentieren die BRICS-Staaten schon heute 43 Prozent der Weltbevölkerung, zeigen sich für 18 Prozent des globalen Handels zuständig und ziehen 53 Prozent des globalen Finanzkapitals an.¹⁶ Auch wenn sich das Wachstum dieser Staaten nicht im gleichen Maße wie in den letzten Jahren fortsetzen kann, wird der Trend der Machtverschiebung voraussichtlich anhalten.¹⁷ Vor allem da das nachlassende Wachstum der aufstrebenden Ökonomien nicht durch eine wirtschaftliche Erholung der USA und Europas begleitet wird, scheint das Ende der weltwirtschaftlichen Verschiebungen, wie es u.a. durch den Ökonomen Ruchir Sharma prophezeit wird¹⁸, unwahrscheinlich zu sein. Besser abgewogen wirkt die Aussage des Ökonomen Antoine van Agtmael in Bezug auf die BRICS-Staaten: „Sicherlich, sie sehen sich vielleicht harten Anpassungen bei der Gewöhnung an weniger herausragende Wachstumserwartungen gegenüber, während sie anspruchsvollere Bevölkerungen zufriedenstellen müssen. Aber so oder so kann man mit Sicherheit sagen, dass diese großen aufsteigenden Ökonomien dem 21. Jahrhundert ihren Stempel aufdrücken werden.“¹⁹

Zunächst wurde das BRIC-Kürzel (damals noch ohne das S für

Südafrika) vom Goldman- Sachs-Ökonomen Jim O'Neill zur Bezeichnung für neue Investitionsmärkte geprägt. Der indische Historiker Vijay Prashad betont, dass O'Neil hier keineswegs eine politische Dimension im Sinn hatte: „Für den Goldman-Sachs-Analysten war die Größe ausschlaggebend: Die BRICS-Staaten umfassten riesige Landflächen, auf denen große Bevölkerungen lebten, die nun begonnen hatten, enorme Mengen an Gütern und Dienstleistungen hervorzubringen. [...] Goldman Sachs hoffte, dass das Potenzial der BRIC-Staaten den Norden vor der Krise der Deindustrialisierung und finanzieller Instabilität retten würde.“²⁰ Doch aus diesen Staaten hat sich inzwischen auch ein politisches Bündnis gebildet, das den globalen Kapitalismus entscheidend zu den eigenen Gunsten zu verändern versucht. Hierzu haben die BRICS die Gründung einer eigenen Entwicklungsbank (als Konkurrenz zur Weltbank) beschlossen, drängen auf Reformen internationaler Institutionen und sind um Alternativen zum US-Dollar als dominante Weltwährung bemüht.²¹ Neben diesem interkontinentalen Bündnis ist ebenfalls das Aufkommen anderer neuer Regionalbündnisse zu beobachten, die sich explizit zur wirtschafts- und sicherheitspolitischen Ausgrenzung der USA gegründet haben – hier seien v.a. die lateinamerikanischen Bündnisse CELAC, UNASUR und ALBA sowie die durch China und Russland dominierte Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) genannt.

Trotz dieser zahlreichen neuen Initiativen muss an dieser Stelle jedoch eine Relativierung erfolgen. Es lässt sich nicht behaupten, dass sich alle Anstrengungen dieser Organisationen und ihrer Mitglieder ausschließlich gegen die USA (und/oder Europa) richten. Hier sei beispielsweise darauf verwiesen, dass China kein Interesse an einem schwächelnden US-Binnenmarkt haben kann, wohin viele seiner Exporte gehen. Im sicherheitspolitischen Feld stehen Russland, China, Indien und die USA allesamt für eine strikte Anti-Terror-Politik. Innerhalb der Bündnisse existiert zudem Dissens über die Positionierung gegenüber Washington, beispielsweise in der UNASUR. Dort pflegt Brasilien eine moderate Distanzierung von den USA, während Venezuela für einen konfrontativeren Ansatz steht.²² An diesen Beispielen zeigt sich, dass wir uns einem komplexen Netz von Interessenkongruenzen und -konflikten gegenübersehen, das die globale Politik dieser Tage prägt.

Die militärische Übermacht

Wie beschrieben, nimmt die globale Vormachtstellung der USA wirtschaftlich gesehen ab. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Washington allen anderen Staaten militärisch weiterhin deutlich überlegen bleibt. Die Militärausgaben des Pentagons sind mehr als viermal so hoch wie die des zweitplatzierten (sich massiv aufrüstenden) China²³ und die US-Navy ist größer als die Seestreitkräfte der 17 nächstplatzierten Staaten zusammen.²⁴ Der britische Geograf David Harvey sieht die militärische Überlegenheit vor allem in Bezug auf die Kontrolle von Ressourcen als entscheidend an. Sollten die USA ihre militärische Macht dazu einsetzen, „den globalen Ölhahn fest unter ihrer Kontrolle [zu] haben“, könnten sie ihm zufolge sogar darauf „hoffen, die nächsten fünfzig Jahre lang wirksam die Weltwirtschaft zu kontrollieren.“ Zudem würde „jeder künftige militärische Konflikt [...] einseitig sein, wenn die USA die Macht haben, ihrem Gegner den Ölhahn abzudrehen.“²⁵ Aus dieser Perspektive heraus wird die geostrategische Bedeutung des Putschversuches gegen Hugo Chávez in Venezuela im Jahre 2002, des Irak-Krieges seit 2003 oder auch der momentanen Auseinandersetzung des Westens mit dem Iran deutlich, um nur einige prominente Beispiele zu nennen.

Die große Frage ist nun, ob die wirtschaftliche Schwächung der USA schlussendlich auch ihre militärische Dominanz bedroht. Der US-amerikanische Außenpolitikexperte Leslie Gelb warnt sein Land vor einer Überbetonung des Militärischen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Wirtschaft: „Die meisten Nationen spielen ihre Außenpolitikstimmeln größtenteils zu ökonomischen Rhythmen, aber nicht so die Vereinigten Staaten. Die meisten Nationen definieren ihre Interessen größtenteils als ökonomische Macht, aber nicht so die Vereinigten Staaten. Die meisten Nationen haben ihre nationalen Sicherheitsstrategien angepasst, um sich auf ökonomische Sicherheit zu fokussieren, aber nicht so die Vereinigten Staaten.“²⁶ Der hier eingangs zitierte Zbigniew Brzezinski vergleicht die heutigen Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion der 1980er Jahre und zeigt auf, dass der Pax Americana ein ähnlicher Kollaps droht.²⁷ Dieser Vergleich kommt David Harvey ebenfalls in den Sinn: „Wenn die Sowjetunion wirklich durch die Überlastung ihrer Wirtschaft aufgrund des Rüstungswettrennens zu Fall gebracht wurde, werden dann die USA in ihrem blinden Streben nach militärischer Vorherrschaft die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer eigenen Macht unterminieren?“²⁸

Vonseiten der US-amerikanischen Politik scheint es hierzu zwei verschiedene Strategien zu geben. Die eine, v.a. durch RepublikanerInnen vertretene Strategie scheint ein schlichtes Ignorieren der US-amerikanischen Schulden vorzuschlagen. Frei nach dem ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney lässt sich dazu die einfache Formel anführen: „[Der ehemalige Präsident Ronald] Reagan hat bewiesen, dass Defizite nicht von Bedeutung sind.“²⁹ Dass dieses Denken weiterhin sehr präsent ist, zeigte das Programm des republikanischen Präsidentschaftskandidaten bei den Wahlen 2012, Mitt Romney. Hier wurde ein Umdenken in der militaristischen Außenpolitik ganz grundsätzlich abgelehnt – man ist gewillt und sieht sich in der Lage, sowohl weitere Kriege gegen „kleinere“ Länder zu führen als auch eine scharfe Eskalationspolitik gegenüber potenziellen Rivalen zu betreiben und für beides die Militärausgaben sogar noch weiter zu erhöhen.³⁰

Die zweite Strategie, eher von AnhängerInnen der Demokratischen Partei vertreten, zollt den wirtschaftlichen Problemen Washingtons Tribut, ohne dabei auf die Gewalt basierende Vormachtstellung der USA verzichten zu wollen. Die Kriege in Afghanistan und im Irak werden dabei als „politisches, ökonomisches und militärisches Desaster“ bewertet. „Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass gegenwärtig innerhalb der Eliten weiteren Militäreinsätzen mit mehreren zehntausend oder womöglich noch mehr Bodentruppen wenig Begeisterung entgegengebracht wird.“³¹ Die neuen Mittel der Wahl sind stattdessen Drohnen, Cyberangriffe und Spezialeinheiten. Die punktuellen Einsätze von Spezialkräften sind besonders attraktiv, „weil sie weit weniger Ressourcen verschlingen als groß angelegte Bodeninvasionen.“³² Dies ermöglicht es, sowohl die Militärausgaben (moderat) zu senken (oder zumindest nicht noch weiter nach oben zu treiben) als auch teils freiwerdende Ressourcen für die Eindämmung Chinas zu verwenden, wie es nun mit der Schwerpunktverlagerung der US-Truppen nach Ostasien geschieht.³³

Wie hier ansatzweise gezeigt, haben die Probleme der USA und der Aufstieg anderer Mächte einen ganz neuen politischen Fragenkatalog erstellt. Die Dynamiken in der Weltwirtschaft und in den außenpolitischen Strategien verschiedener Staaten nehmen viele Formen an und sind keineswegs widerspruchsfrei. Insgesamt, wie die Soziologen Matthias Ebenau und Stefan Schmalz feststellen, „zeichnet sich eine Epoche ab, die von äußerst unterschiedlichen nationalen und regionalen Akkumulationsstrategien und Machtblöcken mit stark variierenden Regulationsvorstellungen gekennzeichnet ist. Diese fügen sich zu keiner kohärenten Weltordnung zusammen.“³⁴

EUropas Position

Wie bereits betont, geht die Multipolarisierung in langsamen Schritten voran und so muss zunächst betont werden, dass „Europa nach wie vor der größte Wirtschaftsraum der Welt mit einem Anteil am Weltbruttosozialprodukt von knapp 20 Prozent [ist]. Auch die Pro-Kopf-Einkommen und die durchschnittlichen Produktivitäten in der EU sind weitaus höher als die Chinas, Indiens, Brasiliens und Russlands. Von hohem Niveau ausgehend, sind die Wachstumsraten der EU aber im Schnitt der letzten drei Jahrzehnte niedriger als die der aufstrebenden Mächte. Dies zeigt eine mangelnde Dynamik und führt zu einem schleichenden Bedeutungsverlust.“³⁵ Der Politologe Luk van Langehove fasst den Abstieg Europas so zusammen: „Es gibt viele Zeichen, dass ein Höhepunkt erreicht wurde und dass die Indikatoren von hier an nach unten gehen.“³⁶

Nach dem Ende des Kalten Krieges schien es zunächst, als ob die Europäische Gemeinschaft, die mit den Maastrichter Verträgen zur Europäischen Union wurde, zu einem relativ eigenständigen Akteur in einer durch die USA dominierten Weltordnung werden würde. Besonders im Anschluss an den Kosovo-Krieg wurde der Ausbau der militärischen Komponenten europäischer Machtausübung forciert, um auch unabhängiger von Washington mit sogenannter Hard Power agieren zu können. In den Regierungsjahren Gerhard Schröders in Deutschland (1998-2005) und Jacques Chiracs in Frankreich (1995-2007) wurde von einigen europäischen Staaten eine Lockerung der transatlantischen Ausrichtung in der Außenpolitik forciert und etwas engere Kontakte zu anderen Partnern, besonders zu Russland, gesucht. Diese Tendenz ist vorerst beendet. Europa scheint sich mit den USA darüber einig zu sein, dass sie nur gemeinsam den weltwirtschaftlichen Verschiebungen Richtung Osten und Süden etwas entgegensetzen können – dazu noch einmal Luk van Langehove: „Vielleicht wird sogar ein vollkommen integriertes Europa nicht groß genug sein, um seine globalen Ambitionen zu realisieren. In diesem Kontext gewinnt die transatlantische Beziehung an Bedeutung.“³⁷ Daniel Korski vom Think Tank „European Council on Foreign Relations“ bezeichnet die Vereinigten Staaten und Europa sogar als „die besten Verbündeten“, die sich beide Seiten nur wünschen können und erklärt, dass die USA und Europa „über ähnliche Traditionen verfügen, dieselben Werte teilen und eine lange Geschichte gemeinsamer Zusammenarbeit hinter sich haben. [...] Aber am Wichtigsten ist, dass sich die USA und Europa auf derselben Seite der heutigen geopolitischen Trennlinie befinden: beide sind absteigende Mächte mit einem gemeinsamen, starken Interesse am liberalen Status quo. [...] Gemeinsam können die USA und Europa sich helfen, ihren kollektiven Abstieg zu managen, womöglich ihn sogar abzumildern. Allein jedoch werden beide verloren sein.“³⁸ Neben einer verstärkten außenpolitischen Kollaboration zeigt sich das transatlantische Zusammenrücken auch in den Plänen für eine gemeinsame Freihandelszone zwischen der EU und den USA.

Wie bereits hervorgehoben, werden die BRICS-Staaten und andere wachsende Volkswirtschaften global bedeutender und so versuchen auch europäische Staaten und die EU als Gesamtes, ihre politischen und wirtschaftlichen Strategien verstärkt auf diese Länder auszurichten. Das deutsche Außenministerium unter Guido Westerwelle legte hierzu 2012 ein Konzept vor, in dem eine Zusammenarbeit mit den sogenannten „Gestaltungsmächten“ angepriesen wird.³⁹ Doch ob die europäischen Staaten auf die durch die BRICS angestrebten Veränderungen der internationalen Wirtschaftsstrukturen (Repräsentation im IWF, der WTO und der Weltbank) und der Sicherheitsarchitektur (UNO-

Sicherheitsratsreform)⁴⁰ nur kooperativ reagieren werden, bleibt abzuwarten. Dass sich die EU auf globaler Ebene durchaus auch als Gegenspieler der aufstrebenden Ökonomien positioniert, kann anhand eines Werbevideos für die EU-Erweiterung aus dem Jahr 2012 illustriert werden. In diesem Clip ist eine Frau im hautengen gelben Kampfanzug zu sehen, die wie eine brünette Version der Schauspielerin Uma Thurman im Film „Kill Bill“ wirkt. Sie befindet sich in einer leeren Fabrikhalle. „Plötzlich erfüllt ein ohrenbetäubender Gong die Stille, im nächsten Augenblick springt ein eiskalt blickender asiatischer Angreifer aus der Galerie herab und auf die [...] [Frau] zu. Tauben flattern auf, schon steht der nächste Feind bereit, ein Meister der indischen Kampfkunst Kalaripayattu, der seinen Säbel durch die Luft schnellen lässt. Nicht genug: Eine Tür fliegt auf, schon turnt ein muskelbepackter schwarzer Rasta-Mann im brasilianischen Capoeira-Stil Räder schlagend durch die Halle. [...] Die europäische Uma holt tief Luft, streckt die Arme aus – und schon gesellen sich 14 geklonte Kämpferinnen zu ihr, einen gelben Kreis um die Angreifer schließend, die tief beeindruckt und zur Verhandlung bereit in den Schneidersitz gleiten. [...] Die Damen verwandeln sich daraufhin zu Sternen, den 15 Sternen des EU-Logos. ‚Je mehr wir sind, umso stärker sind wir‘, lautet die abschließend eingeblendete Erklärung.“⁴¹ Während die EU sich hier als friedlicher Akteur präsentiert, werden ihr symbolhaft drei der BRICS-Staaten gegenübergestellt: „die bösen Nicht-Europäer, die die friedliebende alte Welt mit Gewalt überziehen wollen – und obendrein auch noch eine wehrlose Frau angreifen.“⁴² Der Sturm des Protestes gegen dieses Video war nach kurzer Zeit bereits so groß, dass es nach wenigen Tagen wieder aus dem Netz genommen werden musste.⁴³

Wie durch einen solchen Werbefilm angedeutet, wächst mit den Zweifeln der EU über ihre Rolle in einer aufkommenden multipolaren Welt auch ihr Bedarf, sich deutlich von den BRICS abzugrenzen und als Alternative darzustellen. Abschließend soll nun thematisiert werden, wie eine andere Art von Positionierung gegenüber den beschriebenen Multipolarisierungstendenzen aussehen könnte.

Das falsche Weltordnungsdilemma

Bei einer Rede in London im Jahre 2003 versuchte die damalige nationale Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten Bush und spätere Außenministerin, Condoleezza Rice, die angeblich einigende Wirkung einer unipolaren Weltordnung zu beschwören: „Der Bankrott von Faschismus, Nationalsozialismus und imperialem Kommunismus ist einem auf politischer und wirtschaftlicher Freiheit gründenden Paradigma des Fortschritts gewichen. [...] Dieses Zusammenwirken gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Werte schafft eine historische Chance, das zerstörerische Muster der Rivalitäten zwischen Großmächten zu durchbrechen, das die Welt seit dem Aufstieg des Nationalstaats im 17. Jahrhundert belastet.“⁴⁴ Dieser historischen Chance stellt Rice die Multipolarität gegenüber, die sie als „eine Theorie der Rivalität, der konkurrierenden Interessen – und im schlimmsten Fall – der konkurrierenden Werte“⁴⁵ betitelt.

Das „Paradigma des Fortschritts“, das Rice nach dem Ende der Sowjetunion gegeben sieht, kann aus der Retrospektive nicht von vielen als solches wahrgenommen werden. Afrika, Lateinamerika, Osteuropa und Russland sahen sich durch neoliberale „Strukturanpassungsmaßnahmen“ vor erheblichen Problemen, die ganz im Gegenteil als fortschrittsfeindlich einzustufen sind – profitieren konnten im Wesentlichen nur kleine Eliten der jeweiligen Länder. Von Rivalitäten zwischen Großmächten lässt

sich im Anschluss an den Kalten Krieg zwar nicht sprechen, doch dafür von vielen kleineren Kriegen. Zudem initiierten die USA – teils mit, teils ohne UNO-Zustimmung – zwischen dem Fall der Berliner Mauer und dem Irak-Krieg von 2003 zehn große Militärinterventionen.⁴⁶ Wenn Rice hier also eine friedliche, fortschrittsorientierte Weltordnung unter Führung der USA nach dem Ende des Kalten Krieges suggerieren möchte, so steht dies argumentativ auf tönernen Füßen. Dass ihre Meinung global nicht geteilt wurde, zeigte sich u.a. in einer in 21 Ländern durchgeführten Umfrage des BBC im Jahr 2004. In 16 dieser Länder wünschten sich eine absolute und in zwei weiteren eine relative Mehrheit die Abwahl George W. Bushs, der zur Verkörperung der von Rice gepriesenen Weltordnung geworden war.⁴⁷

Die – meistens von liberalen DenkerInnen postulierte – Idee einer kosmopolitisch-demokratischen Weltordnung nach dem Ende der Bipolarität wird von AutorInnen wie u.a. der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe zu Recht kritisiert, da hier die globalen Kräfteverhältnisse vollkommen ausgeblendet werden. Der Versuch der Durchsetzung einer globalen Demokratie – wobei sich auch über die genaue Bedeutung dieses Begriffes ausführlich streiten ließe – kann nur die Universalisierung des westlichen Modells unter der Kontrolle eines Hegemons bedeuten. Die vermeintlich demokratische Weltordnung wäre „eine unipolare Welt, wo im Namen des Universalismus das westliche Modell der Demokratie weltweit aufgezwungen worden wäre.“⁴⁸ Mehr noch: Die Mär einer angeblich segensreichen Wirkung westlicher Vorherrschaft liefert einen „perfekten“ Vorwand, (auch militärisch) alles dafür tun zu dürfen, diese Position ad infinitum zu erhalten.⁴⁹ Und in der Tat gibt es viele Hinweise darauf, dass eine im Abstieg begriffene Weltmacht wie die Vereinigten Staaten (in Kollaboration mit der EU) bereit ist, ihren Niedergang mit gewaltsamen Mitteln aufzuhalten.⁵⁰

Angesichts dessen ist die Versuchung groß, sich in diesem Prozess der Multipolarisierung einfach dem „anderen Lager“ anzuschließen und sich vorbehaltlos positiv auf Länder wie China oder Russland zu beziehen. Doch unsere Kritik darf an dieser Stelle nicht verstummen. Wenn wir uns gegen den Interventionismus der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union (oder einzelner europäischer Staaten) aussprechen, darf dem nicht ein simples Abstecken von Einflussphären für andere Mächte gegenübergestellt werden. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der dem Nationalsozialismus nahestehende Staatsrechtler Carl Schmitt, der durchaus als einer der Vordenker der multipolaren Idee bezeichnet werden kann⁵¹, von einem „Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ sprach und „den faschistischen Raub- und Vernichtungskrieg zu einer Maßnahme gegen den universalistisch ausgreifenden Imperialismus britischer Provenienz“⁵² erklärte und damit legitimierte. Zudem forderte er eine Nicht-Einmischung der USA in die europäischen Angelegenheiten. So wie die USA durch die Monroe-Doktrin eine Nicht-Einmischung in Lateinamerika postulierten, so sollte nach Schmitt eine solche Doktrin auch für die Geopolitik des Deutschen Reiches in Europa gelten.⁵³ Der Verweis auf Schmitt soll keinen Nazi-Vergleichen dienen, die an dieser Stelle mehr als absurd wären. Worauf hingewiesen werden soll, ist, dass die reine Zurückweisung des westlichen Imperialismus noch nichts über andere Formen der (Geo-) Politik aussagt, die an dessen Stelle praktiziert werden. Auf die heutige Situation übertragen, müssen also die Politikmodelle der BRICS-Staaten und deren Auswirkungen in ihren jeweiligen Regionen ebenfalls betrachtet werden.

An Kritik der westlichen Globalpolitik mangelt es in den einzelnen BRICS-Staaten nicht – als Beispiel seien hier die zahllosen Seitenhiebe Wladimir Putins gegen die USA genannt. Dass diese

Rhetorik von sozialer Gerechtigkeit – bei aller berechtigter Kritik an westlicher Politik – jedoch häufig fehl am Platze ist, hebt der Politologe Markus Spöndli in einem Kommentar zum diesjährigen BRICS-Gipfel in Südafrika hervor: „Innert kurzer Zeit hat diese Gruppierung der Welt gezeigt, dass sie die Basis einer neuen gerechteren Weltordnung darstellt.“ Südafrikas Präsident Jacob Zuma sagte dies nicht am Weltsozialforum [...]. Er sagte dies an einem Galadinner in Durban, wo er [...] das fünfte Gipfeltreffen der großen Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika [...] eröffnete. [...] Nicht nur die traditionellen Industrieländer beobachten den zunehmenden Einfluss der Brics-Gruppe argwöhnisch. Selbst viele VertreterInnen des Südens fühlen sich von den fünf Schwellenländern mehr bedroht als vertreten. Die Nationalökonomien dieser Staaten sind alles andere als gerecht; sie beruhen zumeist auf extremer sozialer Ungleichheit; sie zerstören die Umwelt und erwärmen das Klima. Und die Außenwirtschaftspolitik der neuen Wirtschaftsmächte ist überaus aggressiv: etwa im subsaharischen Afrika, wo sich Indien, China und Südafrika riesige Landwirtschaftszonen aneignen und Rohstoffe ausbeuten.“⁵⁴ Auch Vihay Prashad spricht den BRICS emanzipatorisches Potential ab: „Ein frontaler Angriff auf die institutionelle Hegemonie des Nordens oder den neoliberalen politischen Rahmen findet bisher nicht statt. Im Gegenteil: Das BRICS-Projekt ist – bis jetzt – ein konservativer Versuch der treibenden Kräfte des Südens, sich selbst dorthin zu befördern, wo ihrer Ansicht nach ihr eigener Platz auf der Weltbühne ist.“⁵⁵ In ihrer jetzigen Verfasstheit bringen die BRICS Prashads Auffassung nach „keine Freiheit [...] für den Süden.“⁵⁶

Zunächst einmal ist zwar zu begrüßen, dass durch die Verschiebung der weltwirtschaftlichen Kräfte der vollkommen überproportionierte Anteil des Westens am globalen Reichtum angetastet wird, doch leider führt dies anderswo nur in Maßen zu sozialen, egalitäreren Gesellschaften. Die BRICS-Länder und andere aufstrebende Akteure bieten viel zu wenige gute Alternativen zur westlichen Politik und sie sind deshalb in einem nur sehr geringen Maße progressive Gegenkräfte. Weder sollte in der heutigen Machtkonstellation ein Kampf des westlichen Liberalismus gegen Autokratien im Sinne des US-Politologen Robert Kagan gesehen⁵⁷, noch andersherum den BRICS-Staaten eine Heldenrolle im Kampf gegen neokoloniale Ausbeutungsstrukturen zugeschoben werden.

Wenn wir uns an einem Antagonismus in der globalen Politik orientieren wollen, was immer nur eine Vereinfachung sein kann, dann sollte dieser nicht „Uni- vs. Multipolarität“, sondern vielmehr – in Anlehnung an den US-Soziologen Immanuel Wallerstein – „der Geist von Davos“ vs. „der Geist von Porto Alegre“ sein. Gemeint sind hier die beiden ideologischen Ansätze um das Weltwirtschaftsforum im Schweizer Urlaubsort Davos und das Weltsozialforum (WSF) in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre.⁵⁸ Während das Erstgenannte Politikern, Managern und Medienmogulen zur Verteidigung und Vertiefung der neoliberalen Globalisierung dient, diskutiert Zweitgenanntes unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ über soziale Alternativen zum globalen Kapitalismus. Es ist wahr, dass die Grenzen zwischen den beiden Foren manchmal zu verschwimmen drohen, wie etwa der slowenische Philosoph Slavoj Žižek anmerkt: „Wohin sind bloß all die leuchtenden Sterne von Porto Alegre verschwunden? Ein paar von ihnen sind auf alle Fälle nach Davos umgezogen.“⁵⁹ Es ist ebenfalls richtig, dass das WSF in den ersten Jahren nach seiner Gründung (2001) auf der Welle der Antiglobalisierungsproteste schwamm und nun weniger Aufmerksamkeit erreicht. Trotzdem bleibt es ein „Kristallisationspunkt vielfältiger Kämpfe und Themen“⁶⁰, wie der Politikwissenschaftler Ulrich

Brandt attestiert, und es „trägt [...] weiterhin zur Selbstverständigung und Strategieentwicklung der sozialen Bewegungen auf globaler Ebene bei“.⁶¹

An diesem Ansatz globaler Solidarität sollte festgehalten werden, und zwar nicht nur, um dem in Davos und anderswo gepredigten Neoliberalismus entgegenzutreten, sondern ebenfalls um dem falschen Weltordnungsantagonismus, in dem eine unipolaren Welt gegenübersteht, eine Absage zu erteilen. Anders als in dieser Auseinandersetzung „hat der Konflikt zwischen dem Geist von Davos und dem Geist von Porto Alegre keine Geografie“, wie Immanuel Wallerstein hervorhebt. „Er geht quer durch die gesamte Welt, genauso wie die Bewegungen.“⁶² Es geht darum, Asymmetrien zu überwinden, die durch die geopolitischen Auseinandersetzungen ständig reproduziert werden. Ohne diese Auseinandersetzungen um die Weltordnung zu unterschätzen oder gar ignorieren zu können, ist der Versuch wichtig, ihre räumlichen, sozialen und moralischen Kategorien zu überwinden.

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Hiro, Dilip: *After Empire. The birth of a multipolar world*, Nation Books, New York 2010, S.23.
- 2 Zitiert nach Liuhto, Kari: *Energy in Russian Foreign Policy*. Electronic Publications of Pan-European Institute (Turku School of Economics), 10/2010. www.tse.fi/FI/yksikot/erillislaitokset/pei/Documents/Julkaisut/Liuhto_final.pdf.
- 3 Vgl.: Ritz, Hauke: Warum der Westen Russland braucht. Die erstaunliche Wandlung des Zbigniew Brzezinski, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2012, S. 91.
- 4 Zitiert nach ebd., S. 93-94.
- 5 Vgl.: National Intelligence Council: *Global Trends 2025. A Transformed World*, November 2008. www.acus.org/files/publication_pdfs/3/Global-Trends-2025.pdf; noch aktueller: National Intelligence Council: *Global Trends 2030. Alternative Worlds*, Dezember 2012. globaltrends2030.files.wordpress.com/2012/12/global-trends-2030-november2012.pdf.
- 6 Chomsky, Noam: *Amerika im Niedergang*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/2011, S. 52.
- 7 Vertiefend dazu vgl.: Scherrer, Christoph: *Das Finanzkapital behauptet sich in der Krise*, in: Dürmeyer, Thomas/Overwien, Bernd et al. (Hg.): *Perspektiven auf die Finanzkrise*, Verlag Barbara Budrich, Opladen und Farmington Hills 2011, S. 159-176; Crouch, Colin: *Das lange Leben des Neoliberalismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 56, Nr. 11, 2011, S. 49-62.
- 8 „Während die Jahre von 1945 bis 1970 die größte Expansion produzierender Unternehmen und daraus resultierender Gewinne in der Geschichte des modernen Weltsystems darstellten, war die Zeit von 1970 bis 2010 jene der größten Expansion von Spekulationsgewinnen“, diagnostizierte der US-amerikanische Soziologe Immanuel Wallerstein bei einer Vorlesung am 27. Oktober 2010 (Wallerstein, Immanuel: *Das Weltsystem nach 1945* (eurozine.com, 29.04.2011). www.eurozine.com/articles/2011-04-29-wallerstein-de.html).
- 9 Harvey, David: *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, Rotpunktverlag, Zürich 2007, S. 42.
- 10 In den 1960er Jahren lag die jährliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft bei 3,5 Prozent, selbst in den durch Krisen geprägten 1970er Jahren bei 2,4 Prozent. Als die neoliberale Politik nach und nach umgesetzt wurde, also in den 1980er und 1990er Jahren, verzeichnete die Weltwirtschaft lediglich 1,4 bzw. 1,1 Prozent Wachstum (vgl.: ebd., S. 191).
- 11 Kappel, Robert: *Der Abstieg Europas und der Vereinigten Staaten. Verschiebungen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik*, Giga Focus 1/2011, S. 4.
- 12 Ebenau, Matthias/Schmalz, Stefan: *Auf dem Sprung. Brasilien, Indien und China*, Dietz Verlag, Berlin 2011, S.22.
- 13 USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Italien.
- 14 Vgl.: Boris, Dieter/ Schmalz, Stefan: *Eine Krise des Übergangs. Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft*, in: PROKLA, Jg. 39, Heft 157, S. 629.
- 15 Vgl.: Hiro: *After Empire*, s.o., S. 62.
- 16 Vgl.: Baruah, Amit: *Can Brics rival the G7?* (bbc.co.uk, 29.03.2012). www.bbc.co.uk/news/world-asia-india-17515118.
- 17 „Nach Berechnungen des volkswirtschaftlichen Research von Goldman Sachs werden im Jahr 2050 die fünf größten Volkswirtschaften der Welt aus den vier Bric-Ländern Brasilien, Russland, Indien, China sowie den USA bestehen (O’Neill, Jim: *Ein globales Beben geht durch die Weltwirtschaft* (handelsblatt.com, 21.04.2012). www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-ein-globales-beben-geht-durch-die-weltwirtschaft/6534528.html).“
- 18 Vgl.: Sharma, Ruchir: *Broken BRICs. Why the Rest stopped rising*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 91, Nr.6, November-Dezember 2012.
- 19 van Agtmael, Antoine: *Think Again: The BRICS* (foreignpolicy.com, November 2012). www.foreignpolicy.com/articles/2012/10/08/think_again_the_brics?page=full.
- 20 Prashad, Vihay: *Neoliberalismus mit südlichem Antlitz. Der Aufstieg des BRICS-Blocks*, Rosa Luxemburg Stiftung, New York Office, Mai 2013. www.rosalux-nyc.org/wp-content/files_mf/prashaddeubrics.pdf, S. 13.
- 21 Zur Bedeutung des Dollars für die US-amerikanische Vormachtstellung vgl.: Wagner, Jürgen: *USA – Erlassjahr 2015? Washingtons erodierende Vorherrschaft und der Kreuzzug zum Erhalt der Dollarhegemonie*, Teil 1 in: IMI Ausdruck 3/2006, Teil 2 in: IMI Ausdruck 4/2006.
- 22 Vgl.: Serbin, Andrés: *América del Sur en un mundo multipolar. ¿Es la UNASUR la alternativa?*, in: *Nueva Sociedad*, Nr. 219, Januar/Februar 2009, S. 145-156.
- 23 Laut der SIPRI Military Expenditure Database belief sich das US-Rüstungsbudget 2012 auf 668 Mrd. Dollar, das Chinas auf 157 Mrd. Dollar (vgl.: www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex_database).
- 24 Vgl.: Hiro: *After Empire*, s.o., S. 178.
- 25 Harvey, David: *Der neue Imperialismus*, VSA-Verlag, Hamburg 2005, S. 32.
- 26 Zitiert nach Kappel: *Der Abstieg Europas und der Vereinigten Staaten*, s.o., S. 2.
- 27 Vgl.: Ritz: *Warum der Westen Russland braucht*, s.o., S. 95.
- 28 Harvey: *Der neue Imperialismus*, s.o., S. 83; gegen eine Überbetonung der militärischen Macht gegenüber der ökonomischen Macht durch die USA argumentiert ebenfalls der Politologe Daniel W. Drezner in seinem Artikel „*Military Primacy Doesn’t Pay (Nearly As Much As You Think)*“, in: *International Security*, Jg. 38, Nr. 1, Sommer 2013, S. 52-79.
- 29 Zitiert nach Wagner, Jürgen: *USA – Erlassjahr 2015*, Teil 1, s.o., S. 26.
- 30 Vgl.: Wagner, Jürgen: *Anwalt der Reichen und Militaristen. Mitt Romney und die Rückkehr der Neokonservativen*, junge Welt, 25.09.2012.
- 31 Wagner, Jürgen: *Die Rückkehr der Schattenkrieger. Spezialeinheiten als neue Speerspitzen des Interventionismus*, in: *Dokumentation des IMI-Kongresses 2012*.
- 32 Ebd.; „Darüber hinaus sind sie für die Exekutive mit vergleichsweise geringen politischen Risiken behaftet, da ihnen in der Regel – wenn überhaupt – relativ wenige (westliche) Soldaten zum Opfer fallen und die Einsätze sich ohnehin weitgehend einer öffentlichen Kontrolle entziehen (ebd.).“
- 33 Vgl: Klare, Michael T.: *Kurs auf den Pazifik. Obamas Militärstrategie setzt neue Prioritäten*, in: *Le Monde Diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Nr. 9748, März 2012, S.5.
- 34 Ebenau/Schmalz: *Auf dem Sprung*, s.o., S. 178.
- 35 Kappel: *Der Abstieg Europas und der Vereinigten Staaten*, s.o., S. 3.
- 36 Van Langenhove, Luk: *The EU as a Global Actor in a Multipolar World and Multilateral 2.0 Environment*, Egmont Paper 36, März 2010, S.6.
- 37 Ebd., S.22.
- 38 Korski, Daniel: *Partners in Decline* (ECFR, 03.03.2010). ecfr.eu/content/entry/commentary_partners_in_decline_daniel_korski.
- 39 Vgl.: *Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung* (www.auswaertiges-

- amt.de/cae/servlet/contentblob/608384/publicationFile/169965/Gestaltungsmachtkonzept.pdf
- 40 Deutschland bildet zwar gemeinsam mit Brasilien, Indien und Japan die sogenannten G4-Staaten, die sich für eine Erweiterung des Sicherheitsrats einsetzen. Großbritannien und Frankreich werden ihre Privilegien als zwei von fünf ständigen Mitgliedern jedoch verteidigen wollen. Insgesamt könnte eine Anpassung der Stimmrechte an die heutige Situation nur einen Einflussverlust Europas als Gesamtes zufolge haben.
- 41 Bolzen, Stefanie: EU nimmt Video nach Rassismus-Vorwurf vom Netz (welt.de, 07.03.2012). www.welt.de/politik/ausland/article13908247/EU-nimmt-Video-nach-Rassismus-Vorwurf-vom-Netz.html
- 42 Ebd.
- 43 Das Video lässt sich noch auf Youtube betrachten: youtu.be/9E2B_yI8jrl.
- 44 Rice, Condoleezza: „In Wirklichkeit war ‚Multipolarität‘ nie eine einigende Idee“. Rede in London am 26. Juni 2003, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2003, S. 1007.
- 45 Ebd.
- 46 Vgl.: Hiro: After Empire, s.o., S. 271.
- 47 Vgl.: Prashad: Neoliberalismus mit südlichen Antlitz, s.o., S. 8.
- 48 Mouffe, Chantal: Democracy in a Multipolar World, in: Millennium: Journal of International Studies, Jg. 37, Nr.3, 2009, S. 556.
- 49 Vgl. etwa Snidal, Duncan: The limits of hegemonic stability theory, in: International Organization, Jg. 39, Nr. 4 Herbst 1985), S. 579-614; Chan, Steve: Realism, Revisionism, and the Great Powers, in: Issues & Studies, Jg. 40, Nr. 1, März 2004, S. 135-172.
- 50 So meint z.B. der US-Politologe Dale C. Copeland: „Kriege unter Großmächten werden normalerweise von einer dominierenden militärischen Macht begonnen, die sich vor einem signifikanten Abstieg sorgt [...]“ (Copeland, Dale C.: The Origins of Major War, Cornell University Press, Ithaca/London 2000, S. 3).
- 51 Vgl.: Salomon, David: Geopolitik im Ausnahmezustand? Carl Schmitt und seine Konjunkturen, in: Wissenschaft und Frieden 1/2013, S. 20.
- 52 Ebd., S. 21.
- 53 Vgl.: ebd., S.22.
- 54 Spöndli, Markus: Die guten Imperialisten? (woz.ch, 28.03.2013). www.woz.ch/1313/schwellenlaender/die-guten-imperialisten.
- 55 Prashad: Neoliberalismus mit südlichem Antlitz, s.o., S. 4.
- 56 Ebd., S. 18.
- 57 Vgl.: Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?, Siedler Verlag, München 2008.
- 58 Inzwischen findet das Weltsozialforum jährlich an verschiedenen Orten statt; 2013 war die tunesische Hauptstadt Tunis der Austragungsort.
- 59 Žižek, Slavoj: Gewalt. Sechs abseitige Reflektionen, Laika Verlag, Hamburg 2011, S. 22.
- 60 Brandt, Ulrich: Transformation tut Not. Zwölf Jahre Weltsozialforum, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2013, S. 92.
- 61 Ebd., S. 96.
- 62 Wallerstein, Immanuel: After Developmentalism and Globalization, What?, in: Social Forces, Jg. 83, Nr.3, März 2005, S. 1277; „keine Geografie“ bedeutet natürlich nicht, dass die Auseinandersetzungen nicht an realen Orten ausgetragen werden und dort nicht spürbar wären.

Polizeizusammenarbeit mit Mexiko: Folter weiterhin egal!

„Folter? Egal“ war der Titel einer Themaseite, die am 10. Mai 2012 in der jungen Welt erschien und sich mit deutschen Rüstungsexporten nach Mexiko bzw. mit dem beabsichtigten Abkommen zu einer deutschen Zusammenarbeit mit der korrupten mexikanischen Polizei befaßte. Die Situation ist seit der Machtübernahme durch die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) eher noch schlimmer geworden. Die PRI, die bis zum Jahr 2001 das Land 70 Jahre lang ununterbrochen beherrscht hatte, stellt mit Enrique Peña Nieto seit Dezember 2012 wieder den Präsidenten. Folter und Repression sind weiterhin an der Tagesordnung. In den letzten Monaten haben immer öfter die BürgerInnen kleinerer Städte und ganzer Landkreise, insbesondere in den Bundesstaaten Guerrero und Michoacan, die korrupte, mit den Drogenbanden kooperierende Polizei verjagt und stattdessen Bürgerwehren aufgestellt. Das ist nicht ganz unproblematisch. Wenn derartige Strukturen nicht über Jahre gewachsen und von der Bevölkerung demokratisch kontrolliert sind, so wie im Fall der Policia Comunitaria (CRAC) im Osten Guerrerros, besteht bei solchen, aus einem Akt der Verzweiflung entstandenen Einheiten manchmal auch die Gefahr, daß neue Konflikte entstehen, nachdem alte

gelöst wurden. Doch die derzeit stattfindende Entwaffnung und Zerreibung der von BürgerInnen gebildeten Gemeindepolizei hat nichts mit dieser latenten Gefahr zu tun. Durch den Militäreinsatz werden letztendlich die alten korrupten Verhältnisse wieder hergestellt. Dabei kam es zu massiven Verhaftungen und teilweisem Verschwindenlassen von über 70 Mitgliedern der CRAC, deren Aufbau vom Menschenrechtszentrum Tlachinolán begleitet worden war und mit der die Regierung des Bundesstaates Guerrero eine Zeit lang zusammengearbeitet hatte. Seit Jahren hatte die CRAC dafür gesorgt, daß es in ihrem Einflußbereich sowohl eine niedrige Kriminalitätsrate als auch ein vertrauensvolles Verhältnis der Bevölkerung zu ihrer Polizei, der Gemeindepolizei gab.

Doch die deutsche Regierung scheint sich weder an der gewaltsamen Wiederherstellung korrupter Verhältnisse noch am Fortbestehen gravierender Menschenrechtsverletzungen durch die mexikanischen Sicherheitskräfte zu stören, denn sie hält trotz der Ablehnung des geplanten Polizeiabkommens durch die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (siehe auch die Antworten der Bundesregierung auf die Anfrage „Sicherheits- und Rüstungskooperation mit Mexiko“ vom 28.12.2011) und die kürzlich erfolgten

Proteste mexikanischer Menschenrechtsorganisationen gegen dieses Vorhaben an ihren Absichten fest. Doch damit nicht genug: Schon bevor dieses Abkommen paraphiert und seine notwendige parlamentarischen Absegnung erfolgt ist, schafft die Bundesregierung vollendete Tatsachen. In einer momentan laufenden Stellenausschreibung sucht die deutsche Botschaft in Mexiko zum 1.11.2013 eine Bürosachbearbeiter/in „zur Unterstützung bei der Organisation und Verwaltung des Büros für polizeiliche Zusammenarbeit“. Doch wo eine Sachbearbeiterin unterstützen soll, muß es auch einen Büroleiter geben. Die Frage ist, wie dessen Zusammenarbeit mit einer mexikanischen Polizei aussieht, einer Polizei, die immer stärker direkt vom Militär kontrolliert wird und deren Strukturen notorisch korrupt sind. Andererseits ist diese Polizeizusammenarbeit nicht völlig neu. So wurde laut einem vorliegenden Dokument bereits im September 2011 mit deutschen Steuergeldern in Höhe von 10.000 EUR ein Lehrgang zur „Operativen Analyse“ für die mexikanische Polizei durchgeführt, und im Mai 2011 gab es mit deutscher Unterstützung einen Lehrgang zum „Einsatz bei Geiselnahme“.

Peter Clausing

Ägyptische Militärregierung wird weiter aus der EU unterstützt

Eine „Referenz in Sachen Demokratie und Menschenrechte“?

von Bernhard Klaus

Mit einer gehörigen Portion Ideologie versuchte der Außenminister Luxemburgs, Jean Asselborn, die anhaltende Unterstützung der EU- und NATO-Staaten für die ägyptische Militärregierung zu rechtfertigen – und die daraus sich offen ergebenden Widersprüche zu übertünchen: „Wir sind eine Referenz für die arabische Welt und vor allem für Ägypten, was Rechtsstaatlichkeit angeht, was Menschenrechte angeht, was Demokratie angeht“, so Asselborn in einem Interview am 20. August mit dem Deutschlandfunk.¹ Die heftigste Phase der Proteste gegen die Räumung der Camps von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi war gerade vorüber, etwa 800 Tote zu beklagen. Ein Augenzeugenbericht der Journalistin Sarah Carr berichtete von einer Situation, in der Demonstranten auf einer Brücke von zwei Seiten beschossen wurden, viele stürzten sich in Panik in die Tiefe.² Es kam im Zuge der Auseinandersetzung auch zu Übergriffen gegen christliche Einrichtungen und andere Minderheiten. Am Tag zuvor wurde berichtet, dass mindestens 35 mutmaßliche Muslimbrüder bei einem Gefangenentransport an Tränengas erstickten. Die Verhaftungswellen gegen Führungsfiguren der Muslimbrüderschaft waren zu dieser Zeit noch im vollen Gange.

Die erwogenen „Sanktionen“

Konkreter Anlass für das Interview war jedoch das für den kommenden Tag geplante Sondertreffen der EU-Außenminister zu Ägypten. Asselborn sprach sich klar gegen „Sanktionen“ und damit implizit für die weitere Unterstützung der Militärregierung (bzw. der vom Militär eingesetzten Übergangsregierung) aus. Er kritisierte sogar, dass Deutschland einige Hilfen, die direkt über die ägyptische Regierung laufen, bereits eingefroren hatte, „bevor wir europäische Richtlinien fixiert haben zu Ägypten“.

Generell herrscht ein seltsamer Begriff von „Sanktionen“ vor, wenn es um Ägypten geht. Gemeint ist dann fast ausschließlich der Stop zugesagter Transferleistungen, die immer an Bedingungen gekoppelt sind. So schwammig sich diese in der Praxis auch ausnehmen, so rechtfertigt die Absetzung der Regierung durch das Militär doch in jedem Falle ein Einfrieren von Kooperationsprogrammen. Sanktionen, wie sie ansonsten in der Außenpolitik viel weitergehend verstanden werden, gegen unliebsame Regime in großem Maßstab zum Einsatz kommen und von den EU-Außenministern oder auf globaler Ebene vom UN-Sicherheitsrat beschlossen werden, wurden bislang noch nicht einmal ernsthaft erwogen. Gemeint sind damit Maßnahmen, die den Handel mit einzelnen Güter(gruppe)n, Entitäten oder Personen verbieten und es den Mitgliedsstaaten erlauben, dieses Verbot auch durchzusetzen. Solche Sanktionen haben in der Vergangenheit ganz überwiegend zu einer Eskalation der Lage beigetragen, weil sie die Lage der Bevölkerung weiter verschlimmern.³ Das gilt in vielen Fällen auch für das Einfrieren von Hilfgeldern, was die EU in der Vergangenheit mehrfach genutzt hat, um in Putschsituationen Einfluss auf den Lauf der Dinge zu nehmen. So verwerflich es ist, Entwicklungshilfgelder einzusetzen, um eigene Interessen durchzusetzen, ist es doch moralisch angezeigt, die aktive finanzielle

Unterstützung für Putschregierungen, die mit Massenverhaftungen und militärischer Gewalt gegen Bevölkerungsgruppen vorgehen, einzustellen. Asselborn sieht das nicht so. Deshalb vermeidet er auch, wie viele seiner Amtskollegen, das Wort „Putsch“, obgleich er einräumt: „Das stimmt, Mursi ist gewählt worden, demokratisch gewählt worden.“

Roadmap zur „Versöhnung“

Was die Legitimität der aus dem Putsch hervorgegangenen Regierung unter der Kontrolle des Militärschefs Abdel Fattah al-Sisi angeht, wird Asselborn nur sehr indirekt deutlich, wenn es darum geht, was nun geschehen solle: „Die eigene Roadmap der Übergangsregierung, des Übergangspräsidenten“ müsse umgesetzt werden, „das heißt, schnelle Ausarbeitung einer Verfassung, Wahlen organisieren, legitime Regierung, Militärs in die Kasernen, inklusive aller Schichten der ägyptischen Bevölkerung müssen vertreten sein. Das ist, glaube ich, die Grundbotschaft, die wir geben müssen.“ Das ist v.a. Politikersprech vom Feinsten: Eine Militärregierung soll eine Verfassung ausarbeiten und Wahlen organisieren, aus denen dann eine legitime Regierung hervorgehen soll. Eine Regierung übrigens, die jederzeit wieder damit rechnen muss, vom Militär gestürzt zu werden, weil das ja bereits zuvor zwei Mal im Abstand von zweieinhalb Jahren international akzeptiert wurde.

Ähnlich dubios kaschierte Ahnungslosigkeit sind auch Asselborns Vorschläge zum Ende der Gewalt: „[I]ch weiß nicht, wie man das anders sagen soll, [dass] die Gewalt gestoppt werden muss, aber, damit sie gestoppt wird, braucht man eine nationale Versöhnung. Und hier sind die Militärs und die Übergangsregierung vor allem gefordert.“ Versöhnung klingt gut! Aber was ist damit gemeint, wenn sie von denen ausgehen soll, die offensichtlich bislang am meisten Gewalt ausgeübt haben und sich gleichzeitig weigern, mit denen zu verhandeln, die (auch) „Blut an den Händen“ haben? Und welche Gewalt ist eigentlich gemeint, wenn sie erst enden kann, wenn es „nationale Versöhnung“ gab? Letztlich scheint mit dieser „Versöhnung“ genau die gewaltsame Niederschlagung von Protest bei gleichzeitiger Massenmobilisierung der eigenen, ebenfalls zunehmend militant agierenden Anhängerschaft gemeint zu sein, die wir in diesen Tagen beobachten mussten. Deshalb will Asselborn die Übergangsregierung und ihre „Roadmap“ ja auch weiter unterstützen.

Die Gefahr eines Bürgerkrieges?

Wie gefährlich dieses Vorgehen ist, beschreibt Eric Trager vom Washington Institute for Near East Policy in einem Artikel für die New Republic.⁴ Nachdem er die Muslimbrüderschaft als streng hierarchische Organisation darstellt, schließt er Überlegungen an, ob die Strategie des Militärs zur Lähmung der Muslimbrüderschaft nicht zu erfolgreich war: „Indem die oberen Ebenen der Organisation entfernt wurden, hat das Militär einen Strategiewechsel für sie unmöglich gemacht. Es hat nun keine Möglichkeit mehr, die Brüderschaft zu verpflichten, ihre zerstörerischen Proteste aufzugeben und statt dessen wieder in den politischen Prozess einzutreten, was angeblich das Ziel des Militärs ist, weil alle leitenden und lokalen Führer, die ihren Kadern einen Kurswechsel auftragen könnten, von der Bühne verschwunden sind. Schlimmer noch: durch die Desorganisation der geschlossensten islamistischen

Gruppe haben die Generäle hunderttausende hochideologisierte Muslimbrüder zu freien Radikalen gemacht, die nicht mehr auf ihre normalerweise vorsichtigen Führer hören werden.“

Obgleich auch das reichlich alarmistisch wirkt, spricht Trager nur von einem drohenden „islamischen Aufstand“, der Ägypten treffen könnte. Andere – auch das ägyptische Militär – gingen bereits vor dem letzten Putsch deutlich weiter und warnten damals schon vor einem „Bürgerkrieg“, ein Wort das seitdem in der Berichterstattung über Ägypten immer wieder auftaucht und damals schon als Anzeichen gewertet werden konnte, dass das Militär nicht eben zimperlich vorgehen würde. Ein Wort, das sicherlich nicht zufällig ins Spiel kam, denn die Aussicht auf einen weiteren Bürgerkrieg in einem an Israel grenzenden Land, durch dessen Suez-Kanal zudem noch durchschnittlich 60 Frachtschiffe und rund eine Million Barrel Öl pro Tag transportiert werden, mag manchen westlichen Politiker, wie etwa Asselborn, zur Nachsicht mit der Putschregierung bewogen haben. Insofern war die Eskalationsstrategie des ägyptischen Militärs absehbar. Je höher die Gefahr eines Zusammenbruchs, desto freiere Hand hat die Militärregierung.

Exzess

Nicht nur die Gewalt in den Straßen und die mediale Hetze, auch das Vorgehen der Justiz trägt jedoch nicht nur moralisch, sondern auch realpolitisch Züge eines Exzesses. Die Anklage gegen Mohammed el-Baradei und v.a. die geplante Freilassung Husni Mubaraks verweisen wie auch das gemeinsame Vorgehen von Militär und Polizei bei der Niederschlagung des Protests auf einen fatalen Kompromiss zwischen altem Regime (in Verwaltung, Justiz und Polizei) und neuer Militärführung, bei dem sich beide Seiten freie Hand lassen und gegenseitig aufschaukeln. Insofern droht die Lage doch auch aus Sicht der Militärführung und ihrer heimlichen Verbündeten im Westen außer Kontrolle zu geraten und auch militärisch weiter zu eskalieren. Dass tatsächlich ein Bürgerkrieg mit mehreren gut bewaffneten und militärisch organisierten Parteien droht, erscheint zwar unwahrscheinlich, anhaltende Auseinandersetzungen mit radikalisierten Muslimbrüdern, aus Libyen einsickernden Waffen und Kämpfern wären jedoch durchaus denkbar – und ein willkommener Anlass für die dauerhafte Aufrechterhaltung der Gewaltherrschaft. In dieser Situation ist es nicht nur geboten, deutliche Worte zu finden, sondern die Putschregierung auch als das zu benennen, was sie ist, und alle Unterstützung einzustellen. Der notorisch vorgetra-

gene Verweis auf Saudi Arabien, das angeblich bereits Milliarden in Aussicht gestellt hat, um ausbleibende Militärhilfen der USA zu kompensieren, ist dabei Augenwischerei. Das Argument, dass Regierungen ausbleibende Hilfe oder Handel mit anderen Staaten kompensieren, hat selbst bei „echten“ Sanktionen – etwa gegenüber dem Iran oder Syrien – nie eine Rolle gespielt. Vor allem aber übersieht es, dass Saudi Arabien selbst von westlichen Waffenlieferungen und Ausbildungsunterstützung abhängig ist und das ägyptische Militär eigenständig niemals so kontinuierlich auf dem neuesten Stand halten kann, wie es die USA in den letzten 30 Jahren taten.

Der Verlust der US-Hilfen wäre schmerzlich für die Militärführung, kann aber nur ein Anfang sein. Falls sich die EU tatsächlich für eine „Referenz für die arabische Welt ... was Rechtsstaatlichkeit angeht, was Menschenrechte angeht, was Demokratie angeht“ hält, wäre sie ohnehin verpflichtet, den Militärputsch und die Massaker auf den Straßen scharf zu verurteilen und ihre Schlüsse daraus ziehen: Das wäre auch ein erster Schritt, die Macht der Militärs in Ägypten zumindest auf lange Sicht nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Denn wenn Martin Gehlen in der Zeit Online schreibt, „die Armee könnte bald einflussreicher sein als unter Mubarak“, dann ist das noch untertrieben.⁵ Sie ist jetzt schon mächtiger als je zuvor.

Anmerkungen

- 1 „Asselborn: EU muss Ägyptern Perspektive geben“, Interview von Mario Dobovisek mit Jean Asselborn, Deutschlandfunk, 20.08.2013.
- 2 Sarah Carr: An account of the Ramses violence, www.madamasr.com/content/account-ramses-violence.
- 3 Solche Sanktionen stellen oft einen ersten Schritt auch zur militärischen Intervention dar und bereiten ihr auch theoretisch durch eine Einschränkung der Souveränität bzw. der formalen Gleichheit der Staaten den Boden (vgl.: Christoph Fleischmann: Smart Sanctions oder Mittel der Kriegsführung? MDR Politikum vom 07.02.2013). Sie werden deshalb nicht nur wegen ihrer Auswirkung für die Bevölkerung – im Gegensatz zur Einstellung aller aktiven Unterstützungsleistungen – vom Autor nicht befürwortet.
- 4 Eric Trager: The Islamic Insurgency That Could Soon Hit Egypt – The danger in destroying the Muslim Brotherhood's leadership, New Republic, 19.08.2013, www.newrepublic.com/article/114367/egypt-muslim-brotherhood-islamist-insurgency.
- 5 Martin Gehlen: Der Militärstaat kehrt zurück, in Zeit Online vom 18.08.2013.



Ein „Globemaster“ der U.S. Air Force beim Flug über die Pyramiden von Gizeh, Foto: U.S. Air Force, Sgt. Jacob N. Bailey/Released

Iran: Charmeoffensive als Lackmustest

von Jürgen Wagner

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im September 2013 betonte der neue iranische Präsident Hassan Rouhani, sein Land habe keinerlei Absicht, Atomwaffen zu bauen: „Das Ziel eines Atomprogramms eines jeden Landes darf nur die friedliche Nutzung sein. Ich erkläre hier mit aller Deutlichkeit, dass das der alleinige Zweck des iranischen Atomprogrammes ist. Nuklearwaffen und andere Massenvernichtungswaffen haben keinen Platz in der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin des Iran und widersprechen unseren fundamentalen religiösen und ethischen Überzeugungen. [...] Der Iran ist bereit, sofort an fristgebundenen und ergebnisorientierten Verhandlungen teilzunehmen, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und Unsicherheiten mit völliger Transparenz auszuräumen.“ (Auszüge der Rede finden sich bei [Spiegel Online](#), 25.09.2013) Allerdings pochte Rouhani kurz vor seinem Auftritt in New York auf das – durch den Atomwaffensperrvertrag eigentlich garantierte, vom Westen aber abgesprochene – Recht, Uran für friedliche Zwecke anzureichern: „Rouhani [hatte] erklärt, der Iran könnte innerhalb kurzer Frist Garantien für den friedlichen Charakter seines Atomprogramms geben – allerdings unter der Bedingung, dass sein Recht auf eine eigene Atomenergetik, darunter die Urananreicherung, respektiert wird.“ ([RIA Novosti](#), 22.09.2013)

Aufgrund der iranischen Charmeoffensive spekulierten viele sogar damit, es könnte während der UN-Generalversammlung zu dem ersten Treffen der Präsidenten beider Länder seit der iranischen Revolution 1979 kommen. Wie [Spiegel Online](#) (25.09.2013) anmerkt, hätte es sich hierbei um eine Geste mit weitreichender Wirkung gehandelt: „Die Entspannung, die in diesem Kalten Krieg zwischen Iran und den USA seit Rohanis Amtsantritt im Juni in der Luft liegt - sie hätte ihr Symbolbild bekommen.“ Dass das Treffen nicht zustande kam, wird laut [Spiegel Online](#) (25.09.2013) primär auf Protokollfragen geschoben, die dies „zu kompliziert“ gemacht hätten, dennoch seien die Zeichen für eine Entspannung im beiderseitigen Verhältnis unübersehbar.

Gelöst ist damit der Konflikt aber noch lange nicht: Die israelische Seite etwa zeigt sich alles andere als kompromissbereit, indem nämlich der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu Rouhanis Auftritt vor der UN-Generalversammlung als „eine zynische Rede voller Heuchelei“ bezeichnete ([RIA Novosti](#), 25.09.2013), obwohl Rouhani in einem Interview kurz zuvor den Holocaust auf Schärfste verurteilte und sich damit klar von seinem Vorgänger Mahmud Ahmadinedschad absetzte ([Reuters](#), 24.09.2013). Die scharfe Attacke Netanjahus dürfte wohl nicht zuletzt Resultat der folgenden Passage aus Rouhanis Rede vor der UN-Generalversammlung gewesen sein: „Was gegen das unschuldige palästinensische Volk unternommen wurde und wird, ist nichts anderes als organisierte Gewalt. Palästina ist besetzt; die Grundrechte der Palästinenser werden tragisch verletzt und sie werden an ihrem Recht gehindert, ihr Zuhause, ihre Geburtsorte und ihr Heimatland zu betreten. Apartheid kann als Konzept kaum die Verbrechen und die organisierte Aggression gegen das unschuldige palästinensische Volk beschreiben.“

Auch andere Streitfragen bleiben, wobei der wesentliche Knackpunkt weiter die Frage nach den künftigen Machtverhältnissen am Persischen Golf bleibt. Auch hier sind die Konflikte offen-

sichtlich: Während Barack Obama in seiner Rede unmissverständlich betonte, dem syrischen Staatschef Baschar al-Assad könne nicht erlaubt werden, an der Macht zu bleiben, wird er vom Iran weiter unterstützt. Schon lange haben die USA durch die Bewaffnung der Aufständischen auf einen Regimewechsel hingearbeitet und

zwar als Teil ihrer größer angelegten Strategie, in der gesamten östlichen Region anti-amerikanische Regierungen durch prowestliche Kräfte zu ersetzen. Nachdem diese US-Politik aber vor allem zu einer Stärkung radikalislamistischer Gruppen geführt hat, ist die Frage, ob Washington seine Strategie beibehalten wird (siehe [IMI-Standpunkt](#) 2013/051). Sollte dies jedoch auch weiter der Fall sein, ist es schwer vorstellbar, wie es zu einer Einigung und Deeskalation zwischen den USA und dem Iran kommen soll – schließlich würde ein Regimewechsel in Teheran gewissermaßen die „Krönung“ der US-Neuordnungspläne darstellen.

Geht es aber tatsächlich „nur“ um das iranische Atomprogramm, so sollten Fortschritte vergleichsweise leicht erzielbar sein. Schließlich bestätigte auch der jüngste „National Intelligence Estimate“, ein Gemeinschaftsprodukt aller 16 (bekannten) US-Geheimdienste, im Februar 2012, es gäbe keine belastbaren Hinweise, dass der Iran sich für den Bau einer Atomwaffe entschieden habe ([New York Times](#), 25.02.2013). Dies deckt sich mit dem Bericht der „Internationalen Atomenergiebehörde“ von Ende 2011, der so gut wie keine Belege für ein Atomwaffenprogramm aufführt: „Die Wiener Behörde erklärt in ihrer Untersuchung, dass Iran wahrscheinlich bis 2003 ein Programm zum Bau von Atomwaffen betrieben habe. Über die Zeit danach schreibt die Behörde jedoch selbst, dass es nur wenig konkrete Hinweise gäbe, und kommt zu dem vagen Schluss, dass einige Aktivitäten aus dem Programm möglicherweise fortgeführt werden („some activities may still be ongoing“).“ ([W&F](#) 1-2012)

Dennoch sprach Obama in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung von dem „iranischen Streben nach Atomwaffen“ („Iran's pursuit of nuclear weapons“) und übernahm damit weitgehend die Sichtweise zahlreicher Hardliner im Kongress, die von einer Deeskalation und ernsthaften Verhandlungen nichts wissen wollen. So äußerte sich etwa der republikanische Kongressabgeordnete Mike J. Rogers, es sei „zu spät“ für Verhandlungen ([antiwar.com](#), 24.09.2013). Diese und andere Aussagen veranlassten Rouhani wiederum zu der Aussage, er hoffe, Obama werde die Gelegenheit für Verhandlungen nicht aufgrund des Drucks „kriegstreiberischer Lobbygruppen“ verstreichen lassen ([Reuters](#), 24.09.2013). Auf der anderen Seite betonte Obama allerdings auch, die Chance für Verhandlungen und eine Deeskalation müsse ergriffen werden und beauftragte John Kerry diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Dass die Gespräche nun erstmals direkt auf Außenministerebene geführt werden, wird teils als Zeichen für die Ernsthaftigkeit der US-Verhandlungsabsichten gewertet – es bleibt allerdings abzuwarten, ob sich diese Einschätzung bewahrheitet ([The Guardian](#), 24.09.2013).

Der Hut wurde nun jedenfalls von Rouhani in den Ring geworfen: Wenn die USA wirklich an ernsthaften Verhandlungen um das iranische Atomprogramm interessiert sind, so haben sie nun alle Möglichkeiten, diese aufzunehmen. Hierfür müssen sie aber logischerweise zwingend von ihrer Politik des Regimewechsels Abstand nehmen, eine Nicht-Angriffsgarantie anbieten und bereit sein, die rasche Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran anzubieten. Es ist nur schwer vorstellbar, dass der Iran in diesem Fall nicht bereit wäre, sämtliche strittigen Fragen zu seinem Atomprogramm aus der Welt zu räumen.

IMI-Aktuell

Afghanistan: Null-Lösung? (2)

Spiegel Online (08.10.2013) berichtet über eine scharfe Kritik des afghanischen Staatschefs Hamid Karzai am westlichen NATO-Militäreinsatz. Er habe "viel Leid gebracht, den Verlust zahlreicher Leben und keine Vorteile, denn das Land ist nicht sicher". Unter Verweis auf die zähen Verhandlungen zwischen den USA und Afghanistan um ein Stationierungsabkommen, dass den Verbleib für die Zeit ab 2015 regeln würde, gab Karzai weiter an, es sei keineswegs in Stein gemeißelt, dass sich dann überhaupt noch westliche Soldaten im Land aufhalten würden. "Wenn diese Vereinbarung Afghanistan nicht Frieden und Sicherheit bringt, dann wollen die Afghanen sie nicht", sagte er. Können keine zufriedenstellende Einigung mit Washington erzielt werden, "dann werden wir natürlich getrennte Wege gehen". In diesem Zusammenhang meldete die New York Times (04.10.2013), in den USA werde nun wieder ernsthaft über die „Null-Option“, also den vollständigen Abzug aller Truppen, nachgedacht. (jw)

IMI-Aktuell 2013/417

Atomwaffen

Laut Hans M. Kristensen und Robert S. Norris (Bulletin of the Atomic Scientists, September/Oktober 2013) seien seit 1945 insgesamt 1250.000 Atomsprenköpfe hergestellt worden. Aktuell würden die USA über 2150 montierte und 4650 eingelagerte (zu einem späteren Zeitpunkt montierbare) Sprengköpfe verfügen. Bei Russland sind es 1800 (4480), Großbritannien 160 (225) und Frankreich 290 (300). Die restlichen Länder verfügen „nur“ über eingelagerte Sprengköpfe, China über 250, Indien 110, Pakistan 120 und Israel 80. Zu Nordkorea ließen sich aufgrund der Datenlage keine Angaben machen. (jw)

IMI-Aktuell 2013/412

Kindersoldaten: Bann aufgehoben

Der "Child Soldiers Prevention Act of 2008" (CPSA) verbietet es der US-Regierung, Waffen an Regierungen zu liefern, deren Truppen Kindersoldaten umfassen oder die bewaffnete Gruppen unterstützen, die Kindersoldaten rekrutieren und einsetzen. Das Ganze hatte jedoch wie üblich einen Pferdefuß: Das Gesetz sieht

vor, dass der Präsident das Gesetz außer Kraft setzen kann, sollte er dies für erforderlich halten. Und genau dies hat Barack Obama antiwar.com (01.10.2013) zufolge nun auch getan. Für den Jemen, Tschad und Südsudan seien jegliche Beschränkungen aufgrund des CPSA komplett außer Kraft gesetzt worden, für Somalia und den Kongo für alle Waffenlieferungen, die im Zusammenhang mit den jeweils im Land befindlichen UN-Missionen stehen. (jw)

IMI-Aktuell 2013/410

AFRICOM: Umtriebig!

Nick Turse, der wohl bestinformierte Kritiker von US-Spezialoperationen und Militärbasen, veröffentlichte schon vor einigen Tagen auf Tomdispatch (05.09.2013) eine Artikel über die Aktivitäten des US-AFRICOM. Der viel sagende Titel "The Pivot to Africa. The Startling Size, Scope, and Growth of U.S. Military Operations on the African Continent" deutet bereits an, dass das Kommando eine noch wichtigere und problematischere Rolle spielt, als dies gemeinhin angenommen wird. Turse schreibt, die USA seien in nicht weniger als 49 afrikanischen Ländern militärisch aktiv – von Ausbildungshilfe über Spezialoperationen bis hin zu Drohnenkriegen ist nahezu alles dabei. (jw)

IMI-Aktuell 2013/403

China: McRüstung

Schritt für Schritt verlieren westliche Firmen – bislang noch kleine – Teile am weltweiten Rüstungskuchen. Doch auch in diesem strategisch hochrelevanten Feld, macht China (Russland ist hier traditionell schon recht stark) Boden gut. Ein wesentlicher Grund ist der Preis: So berichtet die Asia Times (27.09.2013 via 9-11-bpb-newsletter) trotz zahlreicher politischer Konflikte – man denke nur an die grundverschiedenen Positionen zu Syrien – sei es zu einer Einigung zwischen der Türkei und China über den Ankauf von Raketenabwehrsystemen (FD-2000) im Wert von mehr als 3 Mrd. Dollar gekommen. (jw)

IMI-Aktuell 2013/402

Libyen: Totalschaden

Über die Verhältnisse in Libyen, die nach der NATO-Intervention allem Anschein nach vollkommen chaotisch sein müssen,

wie Joachim Guilliard in der jungen Welt (26.09.2013) darlegt: „Libyen ist seither ohne zentrale Staatsgewalt, ohne funktionierende Regierung, Verwaltung und Polizei. Es fehlt eine nationale Armee, die sich gegen die Milizen und lokalen Militärräte, unter denen die Macht aufgeteilt ist, durchsetzen könnte. Alle Anstrengungen, das Land wieder zu stabilisieren, sind bisher gescheitert. Lege man die gängige Definition zugrunde, so sei Libyen nicht bloß ein schwacher, sondern überhaupt kein Staat mehr, so der renommierte US-Politologe Robert D. Kaplan in einer Analyse für den privaten US-amerikanischen Nachrichtendienst Stratfor.“ (jw)

IMI-Aktuell 2013/399

SWP: Ade Parlamentsarmee

Eine kürzlich erschienene Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) plädiert für eine „begrenzte Reform des Parlamentsbeteiligungsgesetzes“. Jedenfalls lautet so der Zusatz zum Titel dieser Arbeit, in dem von Ekkehard Brose, einem Ministerialdirigenten im Auswärtigen Amt, „Vorschläge für eine bündnisfreundlichere Gestaltung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes“ gemacht werden. Der Autor sieht in der neuen Legislaturperiode dafür ein „Fenster der Gelegenheit“. Konkret schlägt er Änderungen in zwei Kernbereichen vor: „Erstens sollte die bisheriger Praxis entsprechende deutsche Mitwirkung an den Hauptquartieren der integrierten Kommandostruktur der NATO auch für die Zukunft außer Frage stehen und der tatsächlichen Entwicklung zu mehr Flexibilität der Kommandostruktur angepasst werden. Zweitens sollte die Teilnahme deutscher Soldatinnen und Soldaten an der bündnisgemeinsamen Aufklärungs- und Führungsfähigkeit vom Gesetz ohne Ansehung des Einzelfalls zugesichert werden.“ Die IMI hat sich bereits öfter mit Versuchen auseinandergesetzt, das Parlamentsbeteiligungsgesetz auf zu weichen. Eine umfassendere Bearbeitung dieser Problematik kann hier (IMI-Studie 2013/04) nachgelesen werden. (mh)

IMI-Aktuell 2013/396

Alle IMI-Aktuell:

www.imi-online.de/publikationen/imi-aktuell/

KONGRESS

DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

16./17. NOVEMBER 2013



Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstr. 2

KRIEG UM DIE KÖPFE

Über die **Mobilisierung** von **Zustimmung** und die **Demobilisierung** von **Protest**

Freitag 15.11.

19:00 **AUFTAKTVERANSTALTUNG**
(in der Hausbar der Schellingstr. 6)
The Front-Show: Stars und Sternchen für den Krieg. Mit Vokü (ab 19h) und anschließender Kneipe.

Samstag 16.11.

12:00 - 12:10 **BEGRÜSSUNG**

12:10 - 12:30 **EINFÜHRUNG**
Die Drohnendebatte und der Krieg um die Köpfe

Alle Vorträge und Veranstaltungen am Samstag und Sonntag finden im **SCHLATTERHAUS, Österbergstraße 2, statt.**

Samstag 16.11.

12:30 - 13:45
Die mediale Konstruktion von Bedrohung und die Normalisierung von Krieg (Claudia Haydt)

14:00 - 15:15
Alles ist Front: Die Militarisierung von Forschung und Wissenschaft (Frank Reichherzer)

15:45 - 17:00
Rüstungs- und „Sicherheitsindustrie“: Rechtfertigungsstrategien einer „bedrohten“ Branche (Malte Lühmann)

Samstag 16.11.

17:15 - 19:00
PODIUM
Banale Militarisierung: Ehrenmäler und Orden, Kindertagesstätten und Schulbücher (Thomas Mickan, Jonna Schürkes und Frank Brendle)

19:30 - 21:00
WORKSHOPS

- Schulterchluss zwischen Militär und Gewerkschaften?
- Bundeswehr an Schulen
- Militarisierung der Hochschulen
- Feministische Drohnenkritik

Sonntag 17.11.

9:30 - 11:00
Das Kommando Territoriale Aufgaben: Einsatz und Desinformation an der „Heimatfront“ (Martin Kirsch)

11:15 - 12:45
Polizei und Geheimdienste als Linienrichter der sicherheitspolitischen Debatte (Heiner Busch und NN)

13:00 - 14:30
Das neue Bild vom Krieg: Schwierigkeiten und Perspektiven der antimilitaristischen Bewegung (Johannes Becker und Tobias Pflüger)